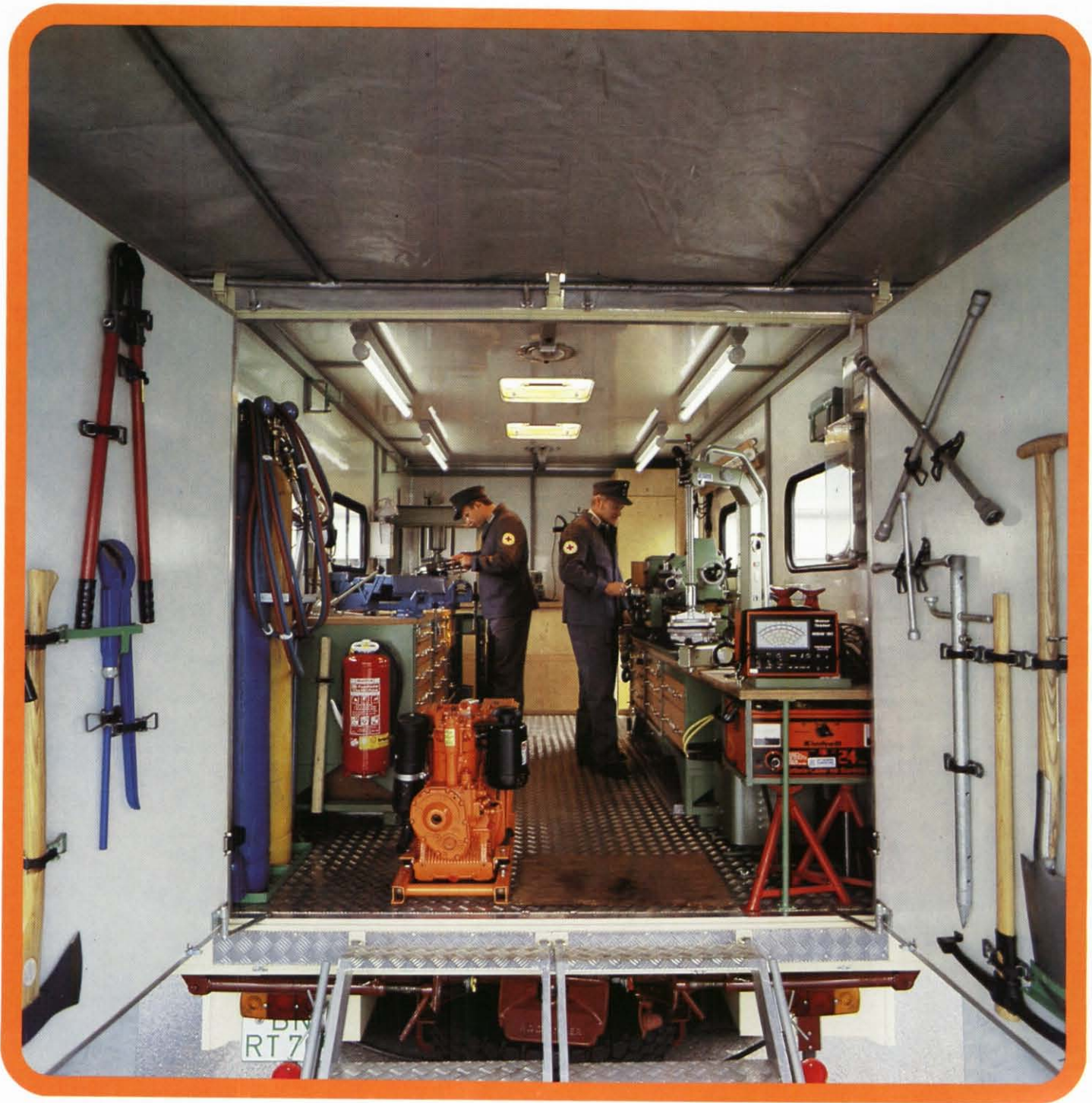


zivilschutz magazin



Vineta, die Märchenstadt – oder nur ein berüchtigtes Piratennest?

Heute: Die endgültige Zerstörung Vinetas im Jahre 1304

In der letzten Folge unserer Serie der historischen Katastrophen haben wir über Rungholt und sein Schicksal berichtet; ein Pendant dazu finden wir an der Ostseeküste auf der Insel Wollin: Vineta. Um diese Märchenstadt ranken sich noch viel prächtigere Überlieferungen. „Quondam celebris Vineta sub undis“ – das einst berühmte Vineta unter den Wogen, so heißt es bereits vor Jahrhunderten über diese versunkene und geheimnisvolle Stadt.

Was von den Überlieferungen wahr ist, die sämtlich von einer glänzenden, großen und reichen Metropole berichten, konnte erst sehr spät und nur in Umrissen wissenschaftlich geklärt werden, nämlich in den dreißiger Jahren unseres Jahrhunderts. Noch 1936 schrieb Professor Dr. Albert Herrmann in dem umfassenden Werk „Katastrophen, Naturgewalten und Menschenschicksale“: „Arge Zerstörungen haben die Küsten von Usedom und Wollin erlitten; daher die Sage von der einst blühenden Handelsstadt Vineta. Wenn auch ihr katastrophaler Untergang im Meere erfunden sein mag, eine solche Stadt hat es dort gegeben... Aber das Meer hat hier so gründlich gehaust, daß man bisher keine Reste dieser Sagenstadt gefunden hat, ja, bis heute ist man sich noch nicht einmal über ihre Lage im klaren.“

„Urbs Venetorum“, die Stadt der slawischen Wenden, geht zurück auf die Wikinger-Festung Jumne. Die Joms-Wikinger, die um das Jahr 1000 weite Teile der Ostsee beherrschten, errichteten im Stetti-

ner Haff nördlich der Oder-Mündung – damals waren die Inseln Usedom und Wollin noch mit dem Festland verbunden – die Jomsburg, eine Festung mit Hafem, von der der Chronist Adam von Bremen um 1075 berichtete: „Es ist die größte von allen Städten, die Europa umschließt. In ihr wohnen Slawen und andere Nationen, Griechen und Barbaren...“

Als Adam von Bremen dies aufschrieb, war Jumne jedoch bereits zerstört – die Informationen über solche Ereignisse verbreiteten sich eben noch nicht mit Windeseile. Die Joms-Wikinger waren damals den anderen Ostsee-Anrainern zu mächtig geworden, sie kontrollierten die Seewege und lebten – so scheint ziemlich sicher – in erster Linie von Piraterie. Hans Biedermann schreibt in seinem Buch „Die versunkenen Länder“ von einem „berühmtberüchtigten Piratennest, deren Insassen beinahe ordensmäßig organisiert waren“. Der norwegische König Magnus der Gute, der zugleich König von Dänemark war, zog gegen die Seeräuber zu Felde, eroberte die Jomsburg 1043 und zerstörte sie völlig.

Damit war die Geschichte Vinetas aber längst nicht zu Ende. Die Freibeuter bauten ihre Seefestung, deren Hafen gegen See abgeschlossen war, wieder auf; 1090 unternahm der dänische König Erik I einen erneuten Feldzug gegen die räuberischen Wikinger, 1184 wurde Vineta ein weiteres Mal erobert und zerstört.

Vermutlich wurde das Piratennest zehnmal geschleift, ehe die Seewege wieder eini-

germaßen sicher waren. Die Ruinen Vinetas gingen endgültig durch die Springflut des Jahres 1304 unter; sechs Jahrhunderte der Überlieferung machten nun aus Vineta die prunkvolle Handelsstadt. Professor Herrmann schrieb 1936: „Es muß in der Tat eine glänzende Handels- und Seestadt gewesen sein, die nicht nur mit den Ostseeländern, sondern auch mit den Arabern über Rußland engste Beziehungen gepflogen hat.“

Mitte der dreißiger Jahre begann die Suche nach der Sagenstadt, die schließlich auch gefunden wurde. Die Überreste lagen in sechs Metern Tiefe am Boden. Doch dann ging Vineta noch ein elftes Mal unter: Die wissenschaftlichen Ergebnisse der Grabungen und Forschungen wurden völlig vernichtet, als Wollin im Zweiten Weltkrieg zu 90 Prozent zerstört wurde. Es ist schon ein eigenartiges Schicksal, wenn das fast gelüftete sagenhafte Geheimnis ausgerechnet durch den furchtbarsten aller Kriege erneut ins Dämmerlicht der Spekulationen zurücksinkt... .

„Das einst berühmte Vineta unter den Wogen“ fand Eingang in die nordische Joms-vikinga-Saga, in der berichtet wird: „Jetzt kam Palnatoki ins Wendenland, wo König Burisleif herrschte, und dieser hatte von seinen Taten erfahren. Da sandte er Männer an Palnatoki mit der Botschaft, daß er ihn zu einem Gelage für drei Nächte lade, und daß er Frieden mit ihm haben wolle. Der Einladung folgte der Antrag, daß ihm der König die Herrschaft über das Land anbiete, daß Johm hieß, damit Palnatoki sich da niederlasse, und vor allem wolle der König ihm deshalb diese Herrschaft übergeben, daß er mit ihm gemeinsam das Land verteidige, wenn Krieg entstände. Palnatoki nahm mit den Seinen das Anerbieten an und zog mit Gefolge zum Gastmahl des Königs Burisleif, und so schlossen sie denn Freundschaft miteinander. Danach ließ Palnatoki eilig eine große Feste errichten, und diese war später Jomsburg genannt. Dann ließ er weiter in der Feste einen so großen Hafen anlegen, daß darin 250 Langschiffe Platz fanden, und daß sie alle geschlossen innerhalb der Feste waren. Mit großer Kunstverständigkeit war alles im Hafen hergerichtet, und es war auch ein torartiger Verschluss da. Über den Sund war ein großer Steinbogen gespannt. Vor den Toren saßen starke Eisenriegel und waren von innen her vom Hafen aus geschlossen mit Eisenstacheln. Oben auf dem Steinbogen war ein großes Vorwerk, in welchem sich viele Schlachtschleudern befanden. Ein Teil der Feste erstreckte sich hinaus in die See, und der Hafen befand sich also innerhalb der Jomsburg.“

Jomsburg, Jumne, Vineta: War es die größte Handelsstadt Europas oder nur das kleine, befestigte Seeräubernest? – die Sage lebt weiter und beflügelt die Phantasie.

Der Untergang von Vineta, phantastischer Holzschnitt aus Conrad Lycosthenes „Prodigiorum ac ostentorum chronicon“, Basel 1557.



zivilschutz magazin



ISSN 0173-7872

Juni
6/83

Dieses Heft ist mit Ausnahme des Umschlags aus 100 Prozent Altpapier hergestellt! Helfen Sie mit, hochwertigen Rohstoff zu erhalten. Falls Sie das ZS-Magazin nicht sammeln, geben Sie das gelesene Heft – nach Entfernen des Umschlags – zur Altpapiersammlung.



Impressum

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz Eupener Straße 74, 5 Köln 41
Telefon: (0221) 49881

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „Zivilschutz-Magazin“ erscheint monatlich; im Juli/August als Doppelnummer.

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Redaktion:

Jochen von Arnim
Dorothee Boeken
Günter Sers

Layout:

Paul Claes

Druck, Herstellung und Vertrieb

A. Bernecker
Postfach 140, 3508 Melsungen
Tel.: (05661) 8086, Telex: 09-9960

Anschrift der Redaktion:

Eupener Straße 74, 5 Köln 41
Postfach: 450247, Ruf (0221) 49881

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.
Abonnement jährlich DM 33,60,
zzgl. Versandkosten

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind 6,5 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum Schluß eines Kalender- vierteljahres erfolgen. Sie muß bis spätestens an dessen erstem Tag beim Vertrieb eingehen. Bestellungen beim Vertrieb.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Inhalt

„Zivilschutz ist Friedensdienst und kein Akt der Kriegsvorbereitung“ 6

Bundesinnenminister Dr. Zimmermann:
Zivilschutz ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Politik einer aktiven Friedenssicherung.

„Hilfe ist nicht nur ein leeres Wort, sondern braucht Vorbereitung“ 10

Bundespostminister Dr. Schwarz-Schilling zum 20jährigen Bestehen des Katastrophenschutzes der Deutschen Bundespost.

„Präventive Medizin ist die vornehmste Aufgabe der Ärzteschaft“ 15

Generaloberstabsarzt Dr. Linde zur zivil-militärischen Zusammenarbeit in Katastrophensituationen.

„Gesammelte Feuerwehrgeschichte“ 20

Ein Privatmann trägt seit Jahrzehnten Feuerwehrequisiten zusammen.

„Helferververtretung des BVS beriet aktuelle Fragen“ 25

„Zusammenarbeit der GZS mit der Verwaltungsakademie“ 32

„THW-Großeinsatz beim Rheinhochwasser“ 37

„Zauberei im Zeichen des Roten Kreuzes“ 43

„ASB: 8 205 Helfer im Katastrophenschutz“ 47

„Bundeswettkampf der JUH“ 49

„MHD: Sanitätsdienst auf dem Petersplatz“ 51

„Berichte aus der Facharbeit des DFV“ 53

„DLRG übte zusammen mit holländischer Rettungsbrigade“ 59

„Das Minimagazin“ U 3

In diesem Monat: Safety first im Brandschutzdienst.

Dr. Dr. Ulrich Eichstädt †

Mitten aus einem schaffensreichen Leben gerissen wurde am 26. Juni 1983 der Präsident der Akademie für zivile Verteidigung, Dr. jur. Dr. phil. Ulrich Eichstädt. Dr. Dr. Eichstädt, einer der profiliertesten Kenner der Materie der zivilen Verteidigung, als Lehrender und Autor im In- und Ausland, in zivilen wie militärischen Führungskreisen hoch geschätzt.



Der Verstorbene wurde am 25. Mai 1925 in Danzig geboren; nach der Reifeprüfung studierte er Rechts- und Staatswissenschaft sowie Geschichte. Im November 1947 legte Eichstädt das erste juristische Staatsexamen ab, im Dezember promovierte er zum Dr. jur. Nach der Referendarzeit in der niedersächsischen Justiz legte er im März 1952 die zweite juristische Staatsprüfung ab, zuvor promovierte Eichstädt zum Dr. phil. in Göttingen. Es folgten Tätigkeiten als Richter und Staatsanwalt in Niedersachsen sowie ein Stipendium am Institut für europäische Geschichte in Mainz.

Ab 1953 war Dr. Dr. Eichstädt in der Zentralabteilung des Bundesministeriums des Innern tätig, von 1959 bis 1965 als Koordinierungsreferent für die zivile Verteidigung. Im Herbst wurde Eichstädt mit dem Aufbau der Akademie für zivile Verteidigung betraut, deren Aufgaben so umrissen waren: Unterweisung des auf dem Gebiet der zivilen Verteidigung tätigen verantwortlichen

Personals des Bundes, der Länder, Kommunen und Kommunalverbände sowie anderer öffentlich-rechtlicher Aufgabenträger über die Gesamtzusammenhänge der zivilen Verteidigung, Vorbereitung des für verantwortliche Stellen in der zivilen Verteidigung eingeteilten oder vorgesehenen Personals auf seine Aufgabe in einem Verteidigungsfall, Mitwirkung an der Leitung und Durchführung gemeinsamer Einweisungen der zivilen und militärischen Verteidigung, Durchführung von Studien und

Untersuchungen auf dem Gebiete der zivilen Verteidigung im Auftrag des Bundesministers des Innern.

Die Akademie für zivile Verteidigung ist durch Erlaß des Bundesministers des Innern vom 29. Juli 1966 als nicht rechtsfähige Bundesanstalt errichtet worden, ihre Leitung übernahm Dr. Dr. Eichstädt im gleichen Jahr. 1967 wurde Dr. Dr. Eichstädt Präsident der Akademie, die ihren Sitz in Bonn-Bad Godesberg hat.

THW-Bundeswettkampf entschieden: Saarland und Niedersachsen vorn

Am 18. Juni 1983, um 9.00 Uhr eröffnete der Direktor des Technischen Hilfswerks (THW), Dipl.-Ing. Hermann Ahrens, in Darmstadt den THW-Bundeswettkampf 1983. Zum siebten Male trug

das THW einen Wettkampf aus, bei dem fachliches Können im Vordergrund stand. Unter den kritischen Augen von Schiedsrichtern und Gästen – an der Spitze Bundesinnenminister Dr. Fried-



rich Zimmermann – wetteiferten je ein Instandsetzungszug und eine Jugendgruppe aus den elf THW-Landesverbänden um die begehrten Trophäen.

Die Aufgaben aus verschiedenen Fachbereichen stellten erhebliche Anforderungen an die Wettkampfteilnehmer. Einen Teil des Wettkampfes bestritten die Jugendgruppen, die Verletzte aus angenommenen Gefahrenlagen zu bergen hatten, wobei mehrere Hindernisse zu überwinden waren. Die anderen Mannschaften hatten beschädigte Wasser- und Abwasserleitungen instandzusetzen und Strom heranzuführen.

Der vom Bundesminister des Innern gestiftete Pokal ging an den Instandsetzungszug aus Theley (Saarland), während die Jugendgruppe aus Lüchow-Dannenberg (Niedersachsen) den Pokal des Präsidenten des Bundesamtes für Zivilschutz, Dr. Paul Wilhelm Kolb, erhielt. Damit hat das Saarland zum vierten Male den Bundessieger gestellt.

In einer Ansprache vor mehreren tausend THW-Helfern und Gästen lobte Bundesinnenminister Dr. Zimmermann die Aktivitäten der THW-Helfer. Er erklärte, die Bundesregierung vertrete eine Politik, die grundsätzlich dem privaten Engagement für die Gemeinschaft den Vorzug vor staatlichen Maßnahmen gebe. Er sehe deshalb in dem freiwilligen und ehrenamtlichen Dienst der Helferinnen und Helfer des Technischen Hilfswerks eine wichtige gesellschaftspolitische Komponente, die er uneingeschränkt fördern werde (das Zivilschutz-Magazin wird in seiner nächsten Ausgabe noch ausführlich über den THW-Bundesswettkampf berichten).

Zu unseren Fotos: Die Ehrengäste beim Bundeswettkampf in Darmstadt (Foto oben, von links): der Polizeipräsident von Darmstadt, Bernet, Bundesinnenminister Dr. Zimmermann, THW-Bundessprecher Merck, THW-Landesbeauftragter Lossen und Staatssekretär Dr. Fröhlich, BMI. Foto unten: Eine der Wettkampfaufgaben – der Transport eines Verletzten über ein Hindernis.

(Fotos: Hilberath/THW)

JUH und MHD begingen gemeinsam die Johannisfeier

Die Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) und der Malteser-Hilfsdienst (MHD) hatten für den Vorabend des Gedenktages des Heiligen Johannes Repräsentanten aus Politik, Kirche, den Hilfsorganisationen, der Verwaltung sowie Freunde und Förderer zu einer gemeinsamen Johannisfeier nach Bonn eingeladen.



Der Präsident des MHD, Graf Landsberg-Velen, betonte an diesem Abend des 23. Juni im Rheinau-Park der Bundeshauptstadt die gemeinsame Wurzel der beiden humanitären Organisationen, die „junge Zweige am gleichen Ordensstamm“ seien, organisatorisch getrennt, jedoch in ihrem Auftrag verbunden. Graf Schwerin, Präsident der JUH, nahm in seiner Ansprache das Stichwort „Frieden“ auf und bezeichnete es als absurd, den Zivil- und Katastrophenschutz als „Kriegsvorbereitung“ zu apostrophieren. „Wir werden diesen Dienst ausführen, ohne zu fragen wofür und warum“, denn es handele sich um den Dienst am Nächsten.

Als Vertreter der Bundesregierung hatten sich zu dieser Feier Bundesverkehrsminister Dollinger und der Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Kroppenstedt, Würdenträger beider Kirchen, Repräsentanten der Stadt Bonn, der Hilfsorganisationen, der Presse sowie hohe Ministerialbeamte eingefunden (das Zivilschutz-Magazin wird noch ausführlich berichten).

Unser Bild: Der Bundesminister für Verkehr, Dollinger, im Gespräch mit den Präsidenten der JUH und des MHD, Graf Landsberg-Velen und Graf Schwerin.

(Foto: Sers)

Gäste aus Taiwan an der KSB

Eine 20köpfige Delegation höherer Beamter verschiedener Ministerien und Verwaltungen aus Taiwan besuchte En-

de Juni die Katastrophenschutzschule des Bundes (KSB) in Bad Neuenahr-Ahrweiler. Die jungen Beamten kamen aus verschiedenen Bereichen: Ärzte, Polizisten, Beamte vom Presseamt, aus der Justiz, Sozialverwaltung, aus dem Wirtschaftsministerium und dem Kulturamt. Sie wollten sich umfassend informieren über den Zivil- und Katastrophenschutz in der Bundesrepublik.



Die Delegation ist bereits die zweite Gruppe aus Taiwan, die zu Gast an der Bundesschule war. Die Informationsveranstaltung wurde vom Leiter der Katastrophenschutzschule des Bundes, Ferdinand Ständer, eingeleitet. Beate Coellen hielt anschließend einen Vortrag über den Zivil- und Katastrophenschutz in der Bundesrepublik sowie über die Aufgaben und Einrichtungen der KSB. Nach einem gemeinsamen Mittagessen führte Frau Coellen die Besucher durch die Schule. Die Delegation, die Gast des Deutschen Beamtenbundes des Landes Nordrhein-Westfalen war, zeigte sich sehr wißbegierig in Zivil- und Katastrophenschutzangelegenheiten und war von der Einrichtung, den Anlagen sowie der Ausbildung an der KSB sehr beeindruckt.

(Foto: Claus v. Döhren)

Erdrutsch verursachte Zugunglück: Fünf Reisende getötet

Fünf Fahrgäste und der Lokführer kamen bei einem schweren Eisenbahnunglück ums Leben, das sich am Abend des 26. Mai 1983 in der Ortschaft Großkönigsdorf (Erftkreis) in der Nähe von Köln ereignete. 26 Fahrgäste mußten mit zum Teil schweren Verletzungen in die umliegenden Krankenhäuser eingeliefert werden.

Durch tagelang anhaltende Regenfälle

war die Böschung der Bahnstrecke Köln-Aachen unterspült worden und Schlamm- und Geröllmassen hatten die Gleise überflutet. Dadurch entgleiste der mit 130 Stundenkilometern herannahende Ostende-Wien-Expreß und prallte mit voller Wucht gegen die Wand einer Unterführung.

Über 200 Helfer von Feuerwehr und Hilfsorganisationen waren die ganze

Nacht im Einsatz, um eingeklemmte und verletzte Fahrgäste aus den zertrümmerten Waggons zu bergen. Erst 40 Stunden nach dem Unglück konnte die wichtige europäische Bahnlinie wieder freigegeben werden.

Über den Ablauf der Rettungsarbeiten wird das „Zivilschutz-Magazin“ in seiner nächsten Ausgabe berichten.

(Foto: Jülicher)



Großfeuer im Essener Einkaufszentrum: Über 20 Millionen DM Schaden

Ein Großfeuer hat in der Nacht zum Donnerstag, 2. Juni 1983, große Teile des modernen Einkaufszentrums am neuen Essener Rathaus zerstört und nach ersten Schätzungen einen Schaden von rund 20 Millionen DM an-

gerichtet. 13 Geschäfte und zwei Restaurants wurden ein Raub der Flammen, Menschen wurden nicht verletzt. Fast 100 Feuerwehrleute bekämpften aus 18 Rohren die Flammen, konnten jedoch die Feuerwalze erst kurz vor dem Rathaus stoppen.

Um 1.44 Uhr wurde der Feuerwehr der Brand gemeldet, der – wie die Staatsanwaltschaft erklärte, vermutlich durch einen Kurzschluß entstanden ist – rasch

um sich griff, obwohl die Feuerwehr bereits vier Minuten nach dem Eingang des Alarms eintraf. Während die Feuerwehr pro Minute 4000 Liter Wasser in die Flammen schoß, fraß sich das Feuer in Windeseile weiter. Am nächsten Morgen machten sich Zehntausende von Neugierigen selbst ein Bild von den Verwüstungen. Zunächst wurde noch vermutet, daß ein Feuerteufel eventuell den Brand gelegt haben könnte, die Staatsanwaltschaft konnte jedoch diesen Verdacht eindeutig ausschließen.

Unser dpa-Foto zeigt das zur Hälfte ausgebrannte City-Center und im Hintergrund das zum Glück unbeschädigt gebliebene 22geschossige Essener Rathaus.



Rheinhochwasser: NRW-Innenminister dankt den Helfern und der Polizei

Dank und Anerkennung sprach der nordrhein-westfälische Innenminister Dr. Herbert Schnoor den Hilfsorganisationen, besonders den Freiwilligen Feu-

erwehren, dem Technischen Hilfswerk, dem Deutschen Roten Kreuz und dem Malteser-Hilfsdienst sowie den Berufsfeuerwehren, der Polizei und dem Bundesgrenzschutz für ihren unermüden Einsatz beim letzten Rheinhochwasser aus. „Rund 2000 Helfer trugen rund um die Uhr zusammen mit den betroffenen Menschen dazu bei, die Schäden so gering wie nur möglich zu halten“, erklärte Minister Schnoor. Außerdem hätten sich die Helfer in vielen Fällen vorbildlich für die Versorgung der vom Hochwasser Betroffenen eingesetzt und bei den Räumungsarbeiten wertvolle Hilfe geleistet. Das Lob der Bevölkerung, daß die Helfer zu wahren „Wasserhelden“ geworden seien, sei voll gerechtfertigt, betonte der Minister.

„Christoph – das Baby von der Autobahn“

... mit dieser Riesen-Überschrift berichtete eine große deutsche Boulevard-Zeitung über einen ungewöhnlichen, aber erfolgreichen Einsatz des Rettungshubschraubers „Christoph 8“. Die Zeitung schrieb über die „wohl spannendste Entbindung des Jahres“:

„Auf der Autobahn bei Dortmund wurde die schwangere Gabriele F. (19) im Auto ihres Bruders plötzlich von heftigen Geburtswehen geschüttelt – sieben Tage zu früh!

16 Minuten später brachte Gabriele auf dem Autobahn-Parkplatz bei km 18,2 einen strammen, schwarzhaarigen Jungen zur Welt – die wohl spannendste Entbindung des Jahres!

Polizeihauptmeister Walter H. (42) hat miterlebt, wie es dazu kam: Ich beobachtete im Streifenwagen von der Standspur aus den Straßenverkehr auf der Sauerlandlinie. Plötzlich riß ein junger Mann die Tür auf, schrie aufgeregt: „Meine Schwester bekommt ein Baby ...!“

Der Polizist winkte ihn auf den 500 Meter entfernten Parkplatz, funkte den Rettungshubschrauber Christoph 8 aus dem Marienhospital in Lünen herbei. Er landete auch neun Minuten später neben der werdenden Mutter, die auf braunen Decken lag. Notarzt Dr. Volker Packschies (33): Es dauerte sieben Minuten, dann war das Baby da, genau um 14.12 Uhr. Es kam mit dem Kopf zuerst. Das war meine erste Geburt unter freiem Himmel, ein tolles Gefühl ...

Der Junge soll Christoph heißen – wie der Hubschrauber, der die Retter zur Autobahn gebracht hat.“

Veranstaltungsplan der BVS-Bundesschule

Der Bundesverband für den Selbstschutz führt im zweiten Halbjahr 1983 an der BVS-Bundesschule in Bad Neuenahr-Ahrweiler die nachfolgenden Veranstaltungen durch. Teilnehmermeldungen sind der BVS-Bundesschule mindestens vier Wochen vor Veranstaltungsbeginn durch die BVS-Landesstellen vorzulegen:

Nr.	Veranstaltung	in der Zeit vom	bis
59	Grundlagenlehrgang „Selbstschutzführung“	4. 7.	8. 7.
60	Abschlußlehrgang „Öffentlichkeitsarbeit“	4. 7.	8. 7.
61	Aufbaulehrgang „Bergungs- und Sanitätsdienst“	4. 7.	8. 7.
62	Aufbaulehrgang „Waffenwirkungen und Schutzmöglichkeiten“	15. 8.	19. 8.
63	Aufbaulehrgang „Brandschutzdienst“	15. 8.	19. 8.
65	Grundlagenlehrgang „Öffentlichkeitsarbeit“	22. 8.	26. 8.
66	Fortbildungslehrgang „Redner und Fachlehrer“	22. 8.	26. 8.
67	Informationstagung „Zivilschutz“	22. 8.	24. 8.
68	Aufbaulehrgang „Bergungs- und Sanitätsdienst“	29. 8.	2. 9.
69a	Aufbaulehrgang „Selbstschutzführung“	29. 8.	2. 9.
70	Abschlußlehrgang „Waffenwirkungen und Schutzmöglichkeiten“	29. 8.	2. 9.
71	Grundlagenlehrgang „Selbstschutzführung“	5. 9.	9. 9.
72	Aufbaulehrgang „Öffentlichkeitsarbeit“	5. 9.	9. 9.
73	Fortbildungslehrgang „Redner und Fachlehrer“	5. 9.	9. 9.
74	Aufbaulehrgang „Selbstschutzführung“	12. 9.	16. 9.
75	Abschlußlehrgang „Öffentlichkeitsarbeit“	12. 9.	16. 9.
76	Abschlußlehrgang „Bergungs- und Sanitätsdienst“	12. 9.	16. 9.
77	Grundlagenlehrgang „Öffentlichkeitsarbeit“	19. 9.	23. 9.
78	Grundlagenlehrgang „Waffenwirkungen und Schutzmöglichkeiten“	19. 9.	23. 9.
81	Abschlußlehrgang „Brandschutzdienst“	26. 9.	30. 9.
82	Fortbildungslehrgang „Redner und Fachlehrer“	26. 9.	30. 9.
83	Aufbaulehrgang „Öffentlichkeitsarbeit“	3. 10.	7. 10.
85	Fortbildungslehrgang „Redner und Fachlehrer“	3. 10.	7. 10.
86a	Grundlagenlehrgang „Selbstschutzführung“	10. 10.	14. 10.
87	Aufbaulehrgang „Waffenwirkungen und Schutzmöglichkeiten“	10. 10.	14. 10.
88	Abschlußlehrgang „Bergungs- und Sanitätsdienst“	10. 10.	14. 10.
89	Abschlußlehrgang „Öffentlichkeitsarbeit“	17. 10.	21. 10.
90	Grundlagenlehrgang „Schutzbau Teil I“	17. 10.	19. 10.
91	Abschlußlehrgang „Brandschutzdienst“	17. 10.	21. 10.
92	Aufbaulehrgang „Selbstschutzführung“	24. 10.	28. 10.
93	Abschlußlehrgang „Waffenwirkungen und Schutzmöglichkeiten“	24. 10.	28. 10.
94	Fortbildungslehrgang „Redner und Fachlehrer“	24. 10.	28. 10.
95	Grundlagenlehrgang „Frauenarbeit Teil II“	2. 11.	4. 11.
96	Aufbaulehrgang „Selbstschutzführung“	7. 11.	11. 11.
97	Abschlußlehrgang „Waffenwirkungen und Schutzmöglichkeiten“	7. 11.	11. 11.
98	Grundlagenlehrgang „Öffentlichkeitsarbeit“	7. 11.	11. 11.
99	Grundlagenlehrgang „Selbstschutzführung“	21. 11.	25. 11.
100	Fortbildungslehrgang „Redner und Fachlehrer“	21. 11.	25. 11.
101	Grundlagenlehrgang „Schutzbau Teil II“	21. 11.	23. 11.
102	Aufbaulehrgang „Selbstschutzführung“	28. 11.	1. 12.
103	Abschlußlehrgang „Waffenwirkungen und Schutzmöglichkeiten“	28. 11.	1. 12.
104	Aufbaulehrgang „Öffentlichkeitsarbeit“	28. 11.	1. 12.
105	Grundlagenlehrgang „Schutzbau Teil II“	5. 12.	7. 12.
106a	Aufbaulehrgang „Selbstschutzführung“	5. 12.	9. 12.
107	Abschlußlehrgang „Öffentlichkeitsarbeit“	5. 12.	9. 12.

Ulrich Weidner / Fotos: Günter Sers

In Wertheim am Main entsteht eine Mehrzweckhalle für über 4000 Personen

Bundesinnenminister Dr. Friedrich Zimmermann:

„Zivilschutz ist Friedensdienst und kein Akt der Kriegsvorbereitung“

Dem Zivilschutz kommt eine starke friedensfördernde Funktion zu – Wertheim erhält eine Zivilschutzanlage für fast ein Viertel der Bevölkerung

„Wer dann nicht baut, ist selbst schuld“, meinte Stefan Gläser, Oberbürgermeister der Stadt Wertheim am Main, kurz und bündig zu der Entscheidung, die derzeit größte im Bau befindliche Mehrzweckanlage der Bundesrepublik gerade in dieser idyllischen Stadt zwischen Aschaffenburg und Würzburg zu bauen. Der Oberbürgermeister spielte damit auf die Kostensituation an: Wertheim erhält mit einem Schlage Schutzplätze für fast ein Viertel seiner Einwohner und 300 dringend benötigte Kraftfahrzeug-Stellplätze für den engen, überfüllten, aber romantischen Altstadt kern.

Die Dimension des Projekts „Schloßberg-tunnel“ sind beeindruckend: Durch zwei je 45 m lange Zufahrtstunnel wird die viertelkreisförmige Parkkaverne von 216 m Länge und 16,7 m Breite erreicht, die auf zwei Ebenen Parkraum für insgesamt 300 Pkw bietet. Im Zivilschutzfall finden über 4100 Personen Platz; für die technischen Einrichtungen der Mehrzweckanlage ist auf einer dritten Ebene direkt unter der Tunnelwölbung gesorgt. Die Felsüberlagerung des Schloßbergtunnels beträgt 25 bis 30 m, rund 30 000 m² Gestein müssen ausgebrochen werden.

Zurück zu den Kosten: Die Anlage wird, wenn sie Ende 1984 fertiggestellt ist, nach den Voranschlägen rund 12,7 Millionen DM gekostet haben, davon tragen Bund und Land Baden-Württemberg zusammen 10 Millionen DM – wer dann nicht baut...

„Ein Zeichen für den Zivilschutz“

Nach altem bergmännischen Brauch wurde der Beginn der Bauarbeiten am 30. Mai 1983 mit einer zünftigen „Barbara-Feier“ zum Tunnelanschlag, also der ersten Sprengung, gefeiert. Dazu war hoher Besuch aus Bonn und Stuttgart erschienen: Bundesinnenminister Dr. Friedrich Zimmermann, Bundestagsabgeordneter Dr. Karl Miltner und Ministerialdirektor Benno Bueble vom Innenministerium Baden-Württemberg wohnten dem Festakt bei.

Das Baustellenschild weist auf die Dimensionen des Schloßberg-Tunnels hin: Die Mehrzweckanlage faßt 300 Pkw und verfügt über 4100 Schutzplätze.

Oberbürgermeister Stefan Gläser begrüßte Innenminister Dr. Friedrich Zimmermann und den CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Karl Miltner auf der Baustelle.

Zahlreiche Gäste hatten sich zur sogenannten „Tunnelanschlagsfeier“ in Wertheim eingefunden.





Bundesinnenminister Dr. Zimmermann sagte zum offiziellen Beginn der Arbeiten: „Ich bin sicher, daß diese Anlage nur Fahrzeuge aufnehmen wird. Sie ist aber auch ein Beitrag zur Friedenssicherung.“

Aufgaben gegeben habe. Jetzt sollen jedoch nach und nach die Möglichkeiten genutzt werden: Zwar ist der Zivilschutz nicht in den Vordergrund zu stellen, aber das Thema darf auch nicht unerwähnt bleiben, erläuterte Dr. Zimmermann. „Wir werden niemals das Schießen beginnen, aber wir müssen uns davor schützen. Denn wer den Zweiten Weltkrieg kennt, weiß, daß der Zivilschutz nicht vernachlässigt werden darf.“ Der Minister erklärte weiter, daß die Sowjets „einseitig gegen Europa vorrüsten – das schafft uns die Probleme“. Man dürfe kein Übergewicht entstehen lassen, aber gerade dazu sei die Sowjetunion auf dem Wege. „Wir müssen das Unsere für die Verteidigung und das Unsere für den Zivilschutz tun“, meinte Dr. Zimmermann zur Bedeutung des Zivilschutzes.

Weiter sagte der Minister u. a.: „Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland ist in ihrer großen Mehrzahl von der Notwendigkeit militärischer Verteidigungsbereitschaft überzeugt. Beim Zivilschutz sieht es anders aus, dabei ist der Zivilschutz nur die andere Seite der gleichen Medaille, der Sicherung von Frieden und Freiheit. Die öffentliche Meinung zum Zivilschutz ist selten paradox. Tut der Staat nichts, so wird ihm die Gefährdung der Bürger für den Konfliktfall angekreidet. Werden Schutzräume gebaut, so unterstellen manche, hier solle der Konflikt vorbereitet werden.“

Tatsache ist, daß der Zivilschutz nicht parallel zur Bundeswehr ausgebaut wurde und

Oberbürgermeister Gläser stellte fest, daß der Bundesminister des Innern „ein Zeichen für den Zivilschutz“ setze, und Dr. Zimmermann erwähnte selbst, diese Mehrzweckanlage sei das erste Projekt dieser Art in seiner Amtszeit. „Selbstverständlich läßt sich nicht in einem Zuge eine Zivilschutzanlage für 20 000 Menschen bauen, in dieser Hinsicht bedarf es dauerhafter und langfristiger Überlegungen und Anstrengungen. Diese Tatsache kann uns doch aber nicht von der Verpflichtung entbinden, deshalb gar nichts zu tun, weil nicht auf einmal für alle Mitbürgerinnen und Mitbürger Schutzräume geschaffen werden können“, erklärte der Wertheimer Oberbürgermeister.

chen Rede ebenfalls sein Bemühen: Es gebe für ihn nur eins, nämlich zu verhindern, daß es jemals wieder einen Krieg gibt. Zum Zivilschutz erwähnte der Politiker die „ungeheueren Fortschritte“ der Schweiz, die bei uns nach dem Kriege nicht möglich gewesen seien, da es viele andere

Der „Tunnelpatin“ Ursula Hartmann wurde nach altem Brauch eine in Holz geschnitzte Heilige Barbara überreicht.



Die erste Sprengung für die Felskaverne zündete dann die Wertheimer Bürgerin Ursula Hartmann, die somit als „Tunnelpatin“ fingiert, und deren Vorname „Ursula“ dem Tunnel den Namen gibt. Bei der anschließenden Feier für die rund 350 anwesenden Bauarbeiter und Gäste ging der Wertheimer Oberbürgermeister noch einmal auf den Zivilschutz-Aspekt der Anlage ein: „Wir alle sind keine Bürger, die irgendeiner kriegerischen Auseinandersetzung das Wort reden würden. Wir alle, jeder an seinem Platz, treten für den Frieden ein, wollen ihn sichern helfen . . . Man kann aber auch die Angst in der Bevölkerung herbeireden.“

Ursula Hartmann gab das Signal zur ersten Sprengung.



Den Krieg verhindern

Bundesinnenminister Dr. Friedrich Zimmermann unterstrich in seiner grundsätzli-

das Versäumte heute nicht mehr nachholbar ist. Dazu zwingen schon die leeren Kassen der öffentlichen Haushalte. Dennoch bleibt der Zivilschutz ein notwendiges Anliegen.

Zivilschutz ist eine unerläßlich humanitäre Aufgabe

Der Zivilschutz ist unbestritten eine besonders wichtige humanitäre Aufgabe, weil er dem Schutz und der Erhaltung menschlichen Lebens dient. Er ist nicht nur ein Gebot vorsorgender Klugheit, sondern vor allem ein zwingendes Gebot der Menschlichkeit, Maßnahmen zum Schutz unserer Zivilbevölkerung gegen die Gefahren zu treffen, denen sie in einem militärischen Konflikt ausgesetzt wäre.

Zivilschutz ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Politik einer aktiven Friedenssicherung

Die Erhaltung des Friedens in Freiheit hat für die Bundesregierung höchste Priorität, ohne jede Einschränkung. Diesem Ziel dient eine Vielzahl von Aktivitäten.

Neben unserer militärischen Verteidigung, die ausschließlich defensiven – also friedensorientierten Charakter hat, kommt gerade auch dem Zivilschutz, der wichtigsten Komponente unserer zivilen Verteidigung, eine starke friedensfördernde Funktion zu.

Die auf Friedenssicherung gerichtete Verteidigungsbereitschaft wird glaubhafter, wenn zur militärischen Verteidigung auch Maßnahmen des Zivilschutzes hinzutreten.

Zivilschutz ist Friedensdienst und kein Akt der Kriegsvorbereitung, wie dies gelegentlich von Diskussionsrednern der sog. Friedensbewegung behauptet wird.

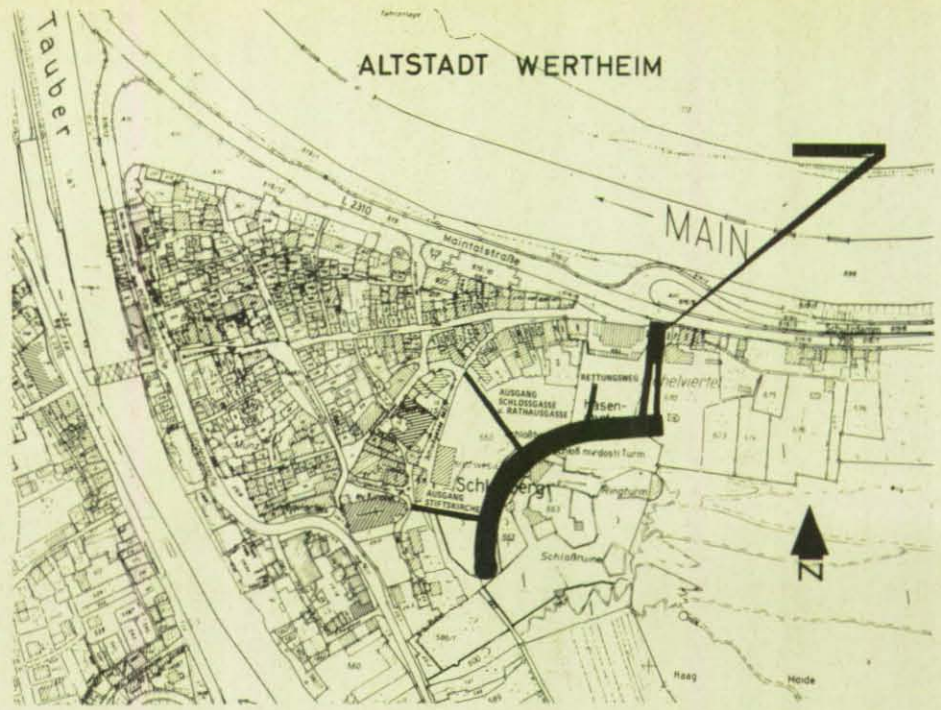
Es ist abwegig, ja geradezu absurd, die friedenssichernde Funktion des Zivilschutzes umzukehren in eine friedensgefährdende. Aus der Geschichte ist kein Beispiel dafür bekannt, daß eine Maßnahme zum Schutz der Bevölkerung, etwa der Bau von Schutzräumen, jemals zum Auslösefaktor einer kriegerischen Auseinandersetzung geworden wäre.

Zivilschutz kann schließlich nicht ersetzt werden durch eine noch so starke Friedenssehnsucht oder durch Hoffnung auf den Fortbestand des Friedens.

Wer den Zivilschutz vernachlässigt, weil er glaubt, dadurch dem Frieden zu dienen, macht sich zum Opfer einer Illusion und handelt verantwortungslos. Das Gegenteil ist richtig: Wer den Frieden will, muß sich für den Zivilschutz engagieren und ihn stärken.

Zivilschutz ist nicht ausschließlich eine Aufgabe des Staates

Einen wirksamen Zivilschutz, der diesen Namen verdient, werden wir nur dann er-



Lage der Mehrzweckanlage unter dem Schloßberg, die einen Viertelkreis beschreibt.

reichen, wenn staatliches Handeln und private Vorsorge einander sinnvoll ergänzen.

Zunächst einmal aber müssen wir den Zivilschutz aus seinem Schattendasein befreien. Ihn endlich herausholen aus der Tabuzone, in der er sich noch immer befindet. Wir werden dem Zivilschutz nur dann zum entscheidenden Durchbruch verhelfen, wenn wir die Ursachen seiner geistigen Verdrängung beseitigen.

Beginnen wir damit, uns klarzumachen, was der Zivilschutz **nicht** ist:

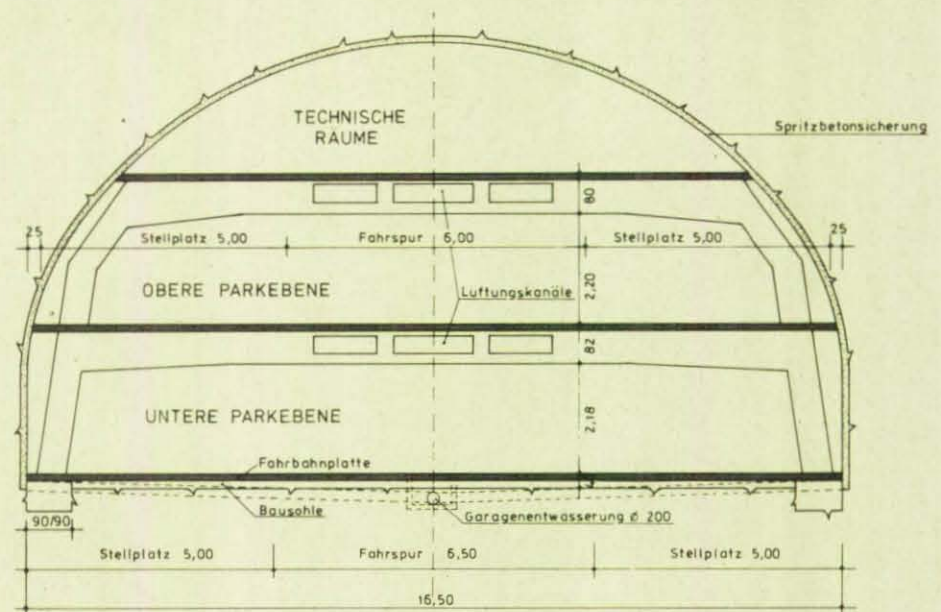
– Zivilschutz ist keine Nebensache, um die man sich am besten überhaupt nicht erst kümmert.

– Zivilschutz ist auch keine ‚Geheimwissenschaft‘, die nur von wenigen Experten beherrscht wird.

– Zivilschutz hat schon gar nicht die Funktion eines Alibis, mit dem wir unser Gewissen beruhigen.

Dem Zivilschutz im Bewußtsein einer breiten Öffentlichkeit den Stellenwert zu verschaffen, der ihm zukommt, ist weder schwierig noch unmöglich. Jeder von uns muß nur bei sich selbst den Anfang machen.

Lassen Sie mich abschließend aus der großen Zahl der Aufgabenbereiche des Zivilschutzes – gleichsam stellvertretend



Schnitt durch den Tunnel: Die Fahrzeuge werden auf zwei Ebenen parken, die technischen Räume für die Mehrzweckanlage sind unter der Tunneldecke angeordnet.

für den gesamten Zivilschutz – denjenigen herausgreifen, der im Mittelpunkt dieses festlichen Ereignisses steht, und der auch mir besonders am Herzen liegt: Ich meine den **Schutzraumbau**.

Der Schutzraumbau ist ein besonders wichtiger, aber zugleich auch der mit den meisten Problemen belastete Bereich des gesamten Zivilschutzes.

Schutzräume sind sinnvoll und notwendig, weil sie – weit mehr als jede andere

Zivilschutzmaßnahme – die Überlebenschancen der Menschen in einem Verteidigungsfall beträchtlich vergrößern und gleichzeitig aufwendige Rettungsmaßnahmen ersparen.

Leider ist die Zahl der vorhandenen Schutzplätze noch immer unzureichend, obwohl der Bund den Schutzraumbau bisher mit mehr als 1 Milliarde DM gefördert hat. Hierfür sind zahlreiche Gründe in der Vergangenheit verantwortlich, die sich heu-

te nur schwer und mit hohem Kostenaufwand korrigieren lassen würden.

Gleichwohl besteht kein Anlaß zur Resignation. Daß das Problem lösbar ist, beweist das Beispiel gerade der neutralen Länder Schweden und Schweiz, der im Schutzraumbau weltweit führenden Länder. Dort ist das Ziel der Schutzplatz-Vollversorgung mit Hilfe der Schutzbaupflicht und beträchtlicher Eigenbeiträge der Bürger nahezu erreicht.

Allerdings kann es der bei uns gegenwärtig ausschließlich auf freiwilliger Grundlage betriebene Schutzraumbau allein nicht schaffen, die Bevölkerung in einem überschaubaren Zeitraum mit genügend Schutzplätzen zu versorgen.

Deshalb ist jeder Bürger aufgefordert, für seinen persönlichen Schutz eine konsequente Eigenversorgung zu betreiben.

Keiner ist hierbei auf sich allein gestellt. Der Staat gewährt zahlreiche Hilfestellungen. Allerdings kann die Hilfe des Staates immer nur eine Hilfe zur Selbsthilfe sein. Die Finanzkraft des Staates reicht nun einmal nicht aus, den Bürgern auf Staatskosten, sozusagen ‚prämienfrei‘ gegen alle Gefahren zu sichern und zu schützen.“

Es gebe „keinen Anlaß zur Resignation“, unterstrich Bundesinnenminister Dr. Zimmermann, denn Schweden und die Schweiz beweisen, was im Zivilschutz möglich ist. Zum Projekt Schloßbergtunnel meinte Dr. Zimmermann abschließend: „Ich bin sicher, daß die Anlage nur Fahrzeuge aufnehmen wird. Aber sie ist auch ein Beitrag zur Friedenssicherung.“



Dr. Zimmermann betonte in seiner Rede: „Zivilschutz ist Friedensdienst und kein Akt der Kriegsvorbereitung.“



Den zu geringen Stellenwert des Zivilschutzes in der Vergangenheit sprach der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Miltner an und unterstrich: „Zivilschutz ist nichts anderes als eine humanitäre Aufgabe.“



Als Vertreter der baden-württembergischen Landesregierung überbrachte Ministerialdirektor Bueble die Grüße von Ministerpräsident Späth und Innenminister Herzog.

„Stellenwert zu gering“

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Karl Miltner, Vertreter des dortigen Wahlkreises im Deutschen Bundestag, betonte in seiner kurzen Ansprache, in seiner 14jährigen Zugehörigkeit zum Bundestag habe er stets das Anliegen des Zivilschutzes vertreten, jedoch sei im Hinblick auf das Beispiel der neutralen Länder „der Stellenwert des Zivilschutzes in der Vergangenheit zu gering“ gewesen. „Zivilschutz ist nichts anderes als eine humanitäre Aufgabe“, erklärte Dr. Miltner.

Nach der Tunnelanschlagsfeier gingen in Wertheim die Bauleute ans Werk, in sieben Monaten sollen die Ausbruchsarbeiten – 30000 m² Buntsandstein sind herauszubrechen – beendet sein. Dann müssen Armierung und Spritzbeton eingebracht werden, das wird bis Oktober 1984 dauern, ehe die abschließenden Ausbaurbeiten stattfinden können. Die ersten Fahrzeuge sollen im Dezember 1984 im Wertheimer Schloßberg parken.

„Hilfe ist nicht nur ein leeres Wort, sondern braucht Vorbereitung“

Bundespostminister Dr. Schwarz-Schilling forderte die Helfer auf, ihre Gedanken weiterzutragen – Jubiläumsfeier in der Katastrophenschutzschule des Bundes

Zwar kam der Minister aus einer Kabinettsitzung in Bonn mit 20minütiger Verspätung, aber in Ahrweiler ließ er sich viel Zeit. Der Anlaß war angemessen: 20 Jahre besteht der Katastrophenschutz der Deutschen Bundespost. In einer Feierstunde auf dem Gelände der Katastrophenschutzschule des Bundes in Ahrweiler würdigte Bundespostminister Dr. Christian Schwarz-Schilling das Engagement der 32.000 freiwilligen Helfer aus allen Bereichen des Post- und Fernmeldewesens, die im Bedarfsfall von ihren Arbeitsplätzen zum Einsatz gerufen werden. Im Rahmen der Jubiläumsfeier wurde eine Vollübung für zwei Katastrophenschutzzüge der Deutschen Bundespost durchgeführt, und eine Geräteschau demonstrierte, wie und womit die Helfer ausgerüstet sind.

„Sie unterstreichen die Wichtigkeit der Personalfürsorge“

Rund hundert Gäste hatten sich am Nachmittag des 1. Juni in der geschmückten Halle 11 der Katastrophenschutzschule eingefunden, um das 20jährige Bestehen des Katastrophenschutzes der Bundespost zu würdigen, darunter der Leiter der Abteilung „Zivile Verteidigung“ im Bundesministerium des Innern, Ministerialdirektor Hans Dieter Wedler, der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Dr. Paul Wilhelm Kolb, der Direktor des Bundesverbandes für den Selbstschutz, Helmut Schuch, sowie Vertreter der Hilfsorganisationen, so auch der Bundesgeschäftsführer des Deutschen Feuerwehrverbandes, Reinhard Voßmeier.

Hans-Ulrich Schönfeld, Referatsleiter für den Katastrophenschutz der Deutschen Bundespost im zuständigen Ministerium, begrüßte unter den örtlichen Repräsentanten auch Landrat Dr. Egon Plümer und wandte sich an Bundespostminister Dr. Schwarz-Schilling: „Wir wissen ganz besonders zu schätzen, daß Sie heute hier sind. Damit unterstreichen Sie die Wichtigkeit der Personalfürsorge.“ Schönfeld dankte in seiner kurzen Ansprache dem Bundesverband für den Selbstschutz für

Hans-Ulrich Schönfeld, Referatsleiter für den Katastrophenschutz der Deutschen Bundespost, dankte dem BVS für die Unterstützung.



Der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Dr. Paul Wilhelm Kolb, unterstrich die gemeinsame Aufgabenstellung des BZS und der Bundespost in Zivilschutzangelegenheiten.



Bundespostminister Dr. Schwarz-Schilling: „Hilfe ist nicht nur ein leeres Wort, sondern braucht Vorbereitung.“



die Ausbildung der KatS-Einheiten der Bundespost und dem Bundesamt für Zivilschutz sowie den Sanitätsorganisationen für ihre Unterstützung.

Gemeinsame Aufgabenstellung

Der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz (BZS), Dr. Paul Wilhelm Kolb, begrüßte den Bundespostminister und unterstrich die gemeinsame Aufgabenstellung im Zivilschutz, indem er dazu zwei Beispiele nannte: die fachliche Beratung der Deutschen Bundespost durch das BZS in Zivilschutzangelegenheiten und die fernmeldetechnisch enge Verknüpfung des bundesdeutschen Warndienstes mit seinen zehn Warnämtern und mehr als 67000 Sirenen. „Die Basis des Warnsystems liegt im Sektor des Fernmeldewesens, also ist die Post aufgrund des Fernmelderegals ständiger Gesprächspartner des BZS, sei es als Berater, sei es als Lieferant.“ Allerdings mußte Dr. Kolb einräumen, daß „die Beziehungen zwischen Zivilschutz und Post von Wolken beschattet“ seien. Er



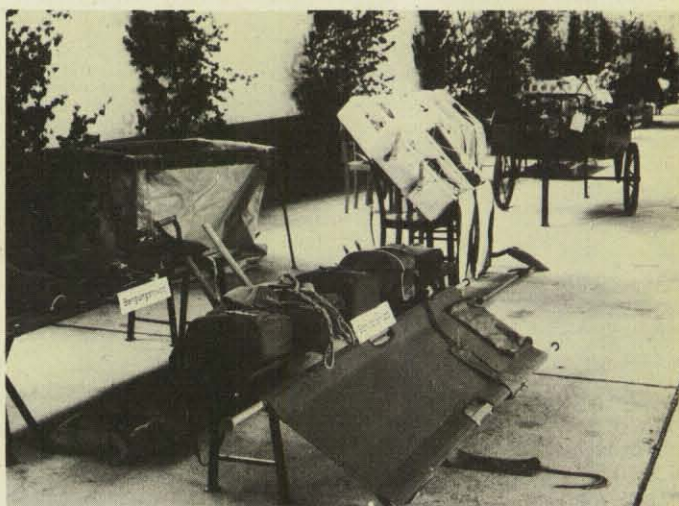
Blick in die Reihen der Festgäste. Vierter von rechts: Dr. Kolb, Präsident des BZS, daneben Bundespostminister Dr. Schwarz-Schilling und Ministerialdirektor Hans Dieter Wedler, Abteilungsleiter „Zivile Verteidigung“ im Bundesinnenministerium.

erwähnte die Helfer im Zivil- und Katastrophenschutz, auch beim THW, die zugleich Bedienstete der Post sind. Dort seien Fälle eingetreten, „in denen Bedienstete der Deutschen Bundespost im Auftrage der Bundesregierung an Auslandseinsätzen

des THW teilgenommen haben, wofür ihnen dann der Arbeitgeber Bundespost Abzüge bei der anrechenbaren Zeit für die Altersversorgung gemacht hat“. Dr. Kolb appellierte an den Minister, hier fördernd einzugreifen.



Als symbolische Geste des Dankes überreichte Minister Schwarz-Schilling den Führern der KatS-Züge Augsburg und Köln der Deutschen Bundespost einen Bierkrug.



Die Geräteschau in der Halle 11 der Katastrophenschutzschule des Bundes fand viel Interesse.



Sie verfolgten die Vollübung auf dem Gelände der Bundesschule (von links): Dr. Kolb, Minister Schwarz-Schilling und Hans Dieter Wedler.



Helmut Schuch, Direktor des Bundesverbandes für den Selbstschutz (rechts), im Gespräch mit Dr. Andrews, Referatsleiter im Bundesinnenministerium.

„Innere Befriedigung, anderen Menschen zu helfen“

Der Minister zeigte sich erfreut über den Stand des Katastrophenschutzes der Bundespost. Er dankte Dr. Kolb in seiner Eigenschaft als „Hausherr“ der Katastrophenschutzschule des Bundes auch für die Unterstützung. „Das Kommunikationsbedürfnis gewinnt im Katastrophenfall Priorität“, meinte Dr. Schwarz-Schilling, der als Beispiele dafür die Anforderung und Lenkung von Hilfs- und Rettungsmaßnahmen, Koordinierung der Versorgung, Berichterstattung, Wunsch der Bevölkerung, sich über die Situation von Verwandten und Freunden zu informieren, nannte. Als oberstes Gebot müßten die Post- und Fernmeldedienste – so der Minister – aufrechterhalten werden. „Die Post hat für diese Sicherstellung Vorsorge getroffen.“

Nach 20 Jahren sei es an der Zeit, den Katastrophenschutz der Deutschen Bundespost vorzustellen, denn er sei relativ unbekannt, fuhr der Minister fort. 32000 freiwillige Helfer gibt es bei der Bundespost. Bisher sei – so der Minister – die Bundespost von Katastrophen und größeren Unglücksfällen verschont geblieben, so daß es nicht zu aufsehenerregenden Einsätzen gekommen sei. Dennoch gab es im vergangenen Jahr 257 Notfalleinsätze des Katastrophenschutzes der Post. Auch in jüngster Zeit habe er bei den Überschwemmungen an Rhein und Mosel vielerorts Hilfe geleistet. Dies geschehe jedoch zumeist in eigenen Anlagen und somit gewissermaßen unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Insgesamt bestehen 1441 Katastrophenschutzzüge bei der Post (rund acht Prozent der vollbeschäftigten Arbeitskräfte = 32000 Helfer). „8000 Helfer haben sich für mindestens zehn Jahre verpflichtet und wurden dafür vom Wehrdienst freigestellt“, erläuterte Dr. Schwarz-Schilling.

Dank sprach der Minister denjenigen aus, „die schon rechtzeitig gegen die Argumentation vieler angekämpft“ und gearbeitet



Beate Coellen, Lehrkraft an der Katastrophenschutzschule des Bundes, hatte vor der Übung den Verletzendarstellern täuschend echte Wunden geschminkt.

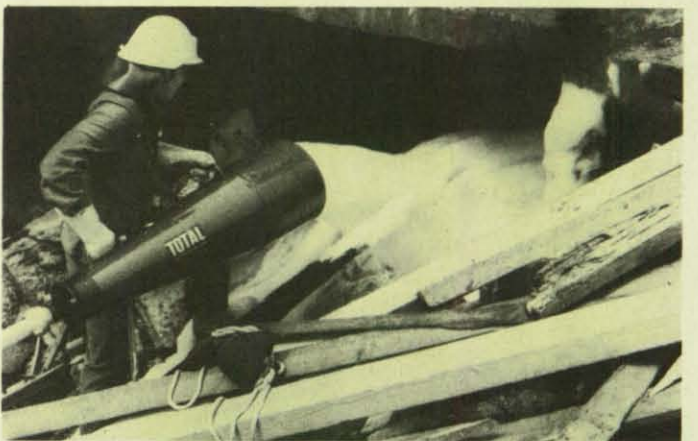
Die Übung hat begonnen.



Die Brandschutzgruppe löscht einen „Mittelbrand“ mit zwei C-Strahlrohren.



Eine weitere Brandschutzgruppe hat einen Flüssigkeitsbrand zu löschen.



Mit Mittelschaumrohren geht eine Brandschutzgruppe gegen einen Kellerbrand vor.

haben: „Hilfe, das ist nämlich nicht nur ein leeres Wort, sondern braucht Vorbereitung.“ Als oberster Dienstherr fühlte er sich verpflichtet, den Mitarbeitern zu danken und das persönliche Engagement zu unterstützen. „Es ist kein Zufall, daß ich hier bin, sondern meine Aufgabe.“ Im Namen der Bundesregierung forderte der Minister die Mitarbeiter auf, ihre Gedanken weiterzutragen, „es als innere Befriedigung anzusehen, anderen Menschen zu helfen“. Als symbolisches Zeichen des Dankes überreichte Dr. Schwarz-Schilling den Helfern einen Bierkrug.

Die Helfer suchen systematisch nach Verletzten.



Geräteschau und praktische Übung

In der Halle 11 konnten sich die Gäste eine Geräteschau ansehen, die die Ausrüstung der im Katastrophenschutz der Post tätigen Helfer nachwies. Da wurden zum Beispiel die TS 2/5 der Brandschutzstaffel gezeigt, die Ausrüstung der Sanitätsstaffel oder der Bergungsstaffel. Da wurden die Stärken des großen, gemischten, mittleren und kleinen Katastrophenschutz zuges aufgezeigt.

Nach der viel beachteten Rede des Bundespostministers wurden die fachkundigen Besucher eingeladen, eine praktische Übung der beiden Katastrophenschutz züge der Bundespost aus Köln und Augsburg zu verfolgen. Um die Übung möglichst realistisch zu gestalten, mimten 14 Männer der Oberpostdirektion Koblenz die Verletzten darsteller. Zuvor waren sie von der Lehrkraft der KSB, Beate Coellen, perfekt geschminkt worden. Sie schminkte den Darstellern Arm- und Brustwunden, Gesichtsverletzungen, Schock... Denn schließlich müssen die Katastrophenschutz helfer wissen, wie sie mit dem Verletzten umgehen sollen: Ob sie ihn in die stabile Seitenlage oder in die Schocklage bringen, oder er kurzfristig transportfähig gemacht werden kann und, und, und...

Die Ausgangslage der Übung wurde von Hans-Ulrich Schönfeld erklärt: Bei einem zweistrahligen Transportflugzeug fallen unmittelbar hintereinander beide Triebwerke aus. Das Flugzeug verliert schnell an Höhe. Um 12.59 Uhr befindet sich die Maschine über der Stadt Hornheim. Der Pilot sucht eine Fläche, um notlanden zu können und sieht das freie Wiesengelände hinter der Poststraße. Er versucht die Notlandung; dabei streift das Flugzeug die Gebäude des Postamtes. Es demontieren die Tragflächen und das Leitwerk. Der Rumpf schlägt auf der Wiese am Nord-Ost-Rand der Poststraße auf und brennt. Der Katastrophenschutzleiter des Postamtes Hornheim hat den Vorgang beobachtet und löst KatS-Alarm aus.

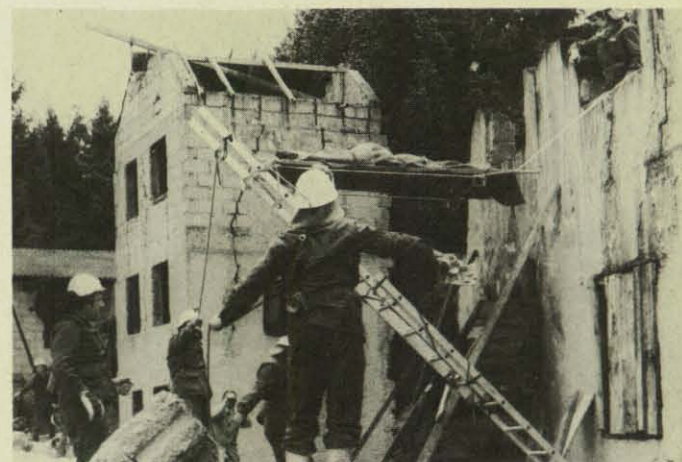
Bergungshelfer schneiden mit der Kettensäge einen versperrten Eingang frei.



Der Bundesminister läßt es sich nicht nehmen, selbst auf das Übungsgelände zu gehen und mit den Helfern zu sprechen.



Mit Hilfe eines Leiterhebels werden „Verletzte“ aus dem Obergeschoß eines Hauses geborgen.





Ein Dreibock wird aufgerichtet.



Per Seilbahn werden die „Verletzten“ aus höher gelegenen Geschossen nach unten transportiert.

Der Bundesminister war beeindruckt

Jürgen Lampe, Lehrkraft an der BVS-Bundesschule in Ahrweiler, gab den Startschuß für die folgende Übung. Der Übungszweck war, die Lage zu beurteilen, Entschlüsse zu fassen, Einheiten zu führen, das Zusammenwirken der Fachdienste zu prüfen, Erstversorgung bei Verletzten vorzunehmen, Verletzte aus Höhen zu bergen, eine Verletztenablage einzurichten und natürlich auch Brände abzulöschen.

Die Übung auf der „Trümmerstraße“ der Schule zeigte die Einsatzstärke der beiden KatS-Züge. Von zwei Seiten rückten die Züge an: Während die Brandschutzgruppe die Wasserversorgung aus einem Hydrant aufbaute und einen Mittelbrand mit zwei C-Strahlrohren bekämpfte, war eine weitere Brandschutzgruppe mit einem Brand beschäftigt, den sie mit Schwertschaumrohren S 2/15 löschte. Aus den zerstörten Häusern mußten Verletzte geborgen und an die Sanitätsstaffel übergeben werden.

Von der anderen Seite her heulte die Motorkettensäge: Bergungshelfer schnitten Holzstücke aus einem Dachstuhl zurecht, um das Haus behelfsmäßig abzustützen. Dann wurde ein Leiterhebel eingesetzt, um einen Verletzten aus dem Obergeschoß eines Hauses zu bergen. Schwere Lasten

In der Verletztenablage versorgen Helfer der Sanitätsstaffel die „Verletzten“ weiter und betreuen sie.



wurden mit Zweibock, Dreibock, Greifzug, Unterstellheber, Zahnstangenwinde, Brechstange oder Hebel bewegt – die Helfer waren pausenlos im Einsatz. Schließlich ein besonderes Ereignis: Eine Seilbahn wurde gebaut, dazu ein Erdanker eingesetzt. So konnten Verletzte auf ihrer Trage von einem oberen Stockwerk hinab transportiert werden. Die Zuschauer staunten: Die Schnelligkeit und das konzentrierte Arbeiten der KatS-Helfer der Bundespost

imponierten. Da gab es keine sinnlose Hektik.

Bundesminister Schwarz-Schilling ließ es sich nicht nehmen, noch während der knapp einstündigen Übung auf das Gelände zu gehen, um unmittelbar das Geschehen und die einzelnen Handgriffe beobachten zu können. Er zeigte sich sichtlich beeindruckt von dem Können der freiwilligen Helfer des Katastrophenschutzes der Deutschen Bundespost.

Generaloberstabsarzt Dr. Hajo Linde:

„Präventive Medizin ist die vornehmste Aufgabe der Ärzteschaft“

Der Inspekteur des Sanitäts- und Gesundheitswesens der Bundeswehr gab einen Überblick über die zivil-militärische Zusammenarbeit in Katastrophensituationen



Der DLRG-Bezirk Köln führt in seiner Rettungs- und Schulungsstation am Kölner Rheinufer regelmäßig Vortragsveranstaltungen zum Thema Katastrophenschutz durch, bei denen namhafte Sachkenner zu Worte kommen. Im Rahmen dieser Vortragsreihe hielt der Inspekteur des Sanitäts- und Gesundheitswesens der Bundeswehr, Generaloberstabsarzt Dr. Hajo Linde, kürzlich ein Referat über das Thema „Zivil-militärische Zusammenarbeit in Katastrophensituationen aus medizinischer Sicht“. Das „Zivilschutz-Magazin“ möchte seinen Lesern die interessanten Ausführungen nicht vorenthalten und druckt das Referat nachstehend im Wortlaut ab.

Presse, Rundfunk und Fernsehen vermitteln uns aus aller Welt Eindrücke und Bilder des Grauens nach Eintritt von Katastrophensituationen und schildern Hilfsmaßnahmen, die oft überstürzt und wenig organisiert und koordiniert durchgeführt werden und auf diese Weise einen Großteil ihrer Effektivität einbüßen. So werde ich versuchen, ohne zu sehr in medizinische Details zu gehen, Ihnen einen Überblick zu geben, wie sich die Situation in Deutschland darstellt. In der Diskussion bin ich dann gerne auch bereit, über die spezielle Situation zivil-militärischer Zusammenarbeit in der Katastrophe und im Verteidigungsfall einzugehen.

Mit Deutlichkeit hat gerade vor einigen Monaten Carl-Friedrich von Weizsäcker darauf hingewiesen, wie dringend notwendig ein Wandel des öffentlichen Bewußtseins in Fragen des Bevölkerungsschutzes ist: „Es handelt sich darum, seit Jahrzehnten Versäumtes rasch, maßvoll, entschlossen und ohne Panik nachzuholen. Der Grund dafür ist rein humanitär: Menschen müssen vor Katastrophen geschützt werden.“

Naturkatastrophen hat es zu allen Zeiten gegeben. So stellt schon die Sintflut die Urkatastrophe der alten Völker dar; und bis zum heutigen Tage gibt es Katastrophen durch Dammbürche, Überschwemmungen und Monsunregen. Erdbeben, wie das im Jahre 1755 in Lissabon mit 50000 Toten, oder Vulkanausbrüche, wie schon im Jahre 79 nach Christi im Pompeji mit 20000 Toten, oder Wirbelstürme, z.B. 1977 in Indien mit 10000 Toten, erinnern uns an die Gewalten der Natur, wie auch das große Erdbeben in Italien im Jahr 1981.

Zivilisationskatastrophen durch Verkehr, Industrie und Großbrände sind uns aus den letzten Jahren hinlänglich bekannt. Ich erinnere an die Massenvergiftung in Seveso durch nur 3,5 kg Trichlorphenol mit immerhin 200000 kontaminierten Patienten. Und 1980 waren wir Zeugen der Explosion beim Münchener Oktoberfest mit 230 Verletzten.

Und schließlich stellen **kriegerische Auseinandersetzungen** die größte der Katastrophen dar, seien sie mit konventionellen Waffen oder mit ABC-Kampfmitteln geführt.

Zur Begriffsbestimmung sei folgendes ausgeführt: Notfallmedizin ist Individualmedizin, die sich vornehmlich mit der Wiederherstellung und Stabilisierung der wichtigen lebensnotwendigen Funktionen von Herz-Kreislauf und Atmung befassen, Begriffe, wie sie in Ihrer täglichen Rettungsarbeit bei der DLRG vorkommen.

Von einem Massenansturm von Patienten sprechen wir dann, wenn an einem Ort gehäuft Patienten anfallen, diese aber in der Mehrzahl noch mit notfallmedizinischen Einzelmaßnahmen behandelt werden können und für deren Abtransport in geeignete stationäre Sanitätseinrichtungen gesorgt werden kann. In jedem Falle ist die Lage überschaubar und kann beherrscht werden.

Von einer **Katastrophensituation** sprechen wir dann, wenn der Massenansturm von Patienten nicht mehr beherrscht werden kann und die Kriterien zur Auswahl von Patienten, die behandelt werden können, einsetzen. Eine Kategorisierung nach der Dringlichkeit der Behandlung wird hier erforderlich (Triage, Sichtung, Sorting, Einstufung). Es handelt sich dabei um ein Schadensereignis, dessen Folgen durch lokale Mittel nicht beherrscht werden können. Es besteht immer ein Mißverständnis zwischen Hilfsbedürftigkeit und optimaler Hilfeleistung. Ein derartiges Ereignis führt zur förmlichen Erklärung des Katastrophenfalles durch die zuständigen Behörden und zur Einleitung der erforderlichen Hilfsmaßnahmen. Organisation und Improvisation werden zunächst die Szene beherrschen. Je besser die Organisation, desto weniger ist das Improvisieren vonnöten.

Bei all diesen zivilen wie auch bei militärischen Katastrophen können entstehen:

- Massenverletzungen,
- Massenvergiftungen,
- Strahlenunfälle,
- Seuchen oder

- Kombinationsschäden als Mischprodukt aus den vorgenannten Schädigungsfaktoren, so daß die Wirkung einzelner Erkrankungen oder Verletzungen sich potenziert.

- Hierin einzuordnen sind auch die psychischen Alterationen der von Angst und Panik massenhaft betroffenen Menschen.

Immer wird es sich um die ärztliche Behandlung von **Notfallpatienten in Ausnahmesituationen** handeln, die wie folgt zu definieren sind: Zum Notfallpatienten wird derjenige, der infolge eines Traumas oder einer lebensbedrohlichen akuten Er-

krankung hinsichtlich seiner vitalen Funktionen - Atmung, Herz-Kreislauf - gestört ist. Hinzuzurechnen sind auch solche Patienten, bei denen mit einer lebensbedrohlichen Störung als Folge eines akuten Ereignisses zu rechnen ist. Die Erfahrungen aus den letzten großen Katastrophen bestätigen, daß mindestens 30 % der Verletzten als Notfallpatienten einzuordnen sind.

Es soll heute hier nur kurz die Frage angeschnitten werden, wie sich die Verhältnisse in der **Bundesrepublik Deutschland** bei Eintreten einer **Katastrophe** gestalten, welche Mittel zur Verfügung stehen und wer für die organisatorische Eindämmung und Behebung einer Katastrophe zuständig ist.

In erster Linie wird man geneigt sein zu denken, daß **Streitkräfte mit einem organisierten Sanitätsdienst**, mit den notwendigen anderweitigen logistischen und technischen Hilfsmitteln ausgestattet, die ideale Truppe für die Behebung von Katastrophen darstellen. Die Bundeswehr und speziell auch der Sanitätsdienst der Bundeswehr hat mit seinen Spezialeinheiten für die Katastrophenbewältigung im In- und Ausland wirkungsvolle Hilfe geleistet. Ich denke hier z. B. an die Hilfeleistungen bei Erdbebenkatastrophen in der Türkei und in Italien, ich denke an die Flutwasserkatastrophe in Hamburg, in der auch Ihre Helfer und Einheiten maßgeblich eingesetzt waren, und ich denke an die Waldbrandkatastrophe in Niedersachsen vor wenigen Jahren.

Die Bundeswehr steht immer zur Verfügung, wenn die zivilen Dienste nicht oder nicht ausreichend oder nicht rechtzeitig eingesetzt werden können. Das mag zwar zunächst so stimmen, doch nach dem in der Bundesrepublik geltenden Recht obliegen der Katastrophenschutz und die Bewältigung von Katastrophen ausschließlich dem Verantwortungsbereich ziviler Behörden. Dabei kommt der Bundesregierung eine steuernde Rahmenkompetenz zu, während die Bundesländer und Stadtstaaten mit den ihnen nachgeordneten Bezirksregierungen, Landkreisverwaltungen und Kommunalbehörden für den Katastropheneinsatz und den öffentlichen Gesundheitsdienst zuständig sind.

So sind z. B. durch die Länder Katastrophenschutz- und Rettungsdienstgesetze erlassen worden; jedoch gibt es in den einzelnen Bundesländern nur sehr lückenhafte Bestimmungen, um ein Funktionieren des Sanitätsdienstes, des Rettungsdienstes, der Feuerwehren, der Polizei, der Hilfsorganisationen, zu der ich auch die Ihrige rechnen darf, der Katastrophenschutzeinheiten in koordiniertem Einsatz bei einer Großkatastrophe oder gar im Verteidigungsfall zu gewährleisten.

So existiert bei den **Gesundheitsämtern**

kaum mehr ein **karteimäßig erfaßter Nachweis** von Ärzten und medizinischem Assistenzpersonal, welches im beruflichen Leben steht, geschweige denn von dem Personal, welches zwar ausgebildet ist, jedoch zur Zeit keiner beruflichen Tätigkeit nachgeht. Hier aber gerade dürfte sich ein großes Reservoir finden, um in einer Großkatastrophe eingesetzt zu werden.

Außer der karteimäßigen Erfassung müssen aber seitens der Gesundheitsämter **Alarmierungspläne** für diesen Personenkreis geschaffen werden, und es muß dieses Personal in regelmäßigen Abständen in sein Aufgabengebiet in Form von Fortbildungsveranstaltungen eingewiesen werden. Außerdem muß dieses Personal **verpflichtet** werden, bei jeder Status- oder **Wohnortänderung** entsprechende Angaben an das Gesundheitsamt zu machen.

Nur so ist eine Planung zur Deckung des Personalbedarfs in den freien Arztpraxen, bei den Sanitätseinheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes, bei der Aktivierung der Hilfskrankenhäuser, bei der Erweiterung bestehender Krankenanstalten, beim öffentlichen Gesundheitsdienst und schließlich beim Sanitätsdienst der Bundeswehr möglich.

Statistisch gesehen dürfte die **Deckung des erhöhten ärztlichen Bedarfs** durchaus möglich sein, denn jetzt schon stehen rund 143000 berufstätige Ärzte und Ärztinnen zur Verfügung, rund 28000 stehen derzeit nicht im Beruf.

Das **weibliche Pflegepersonal** ist in normalen Zeiten, insbesondere in den Krankenhäusern, gerade ausreichend. Das **Funktionspersonal** an Op.-Schwestern, Röntgen- und Anästhesieschwestern sowie das medizinische und pharmazeutisch-technische Personal wird in einer Großkatastrophe in nicht ausreichender Zahl vorhanden sein.

Der große zusätzliche Bedarf an weiblichem Pflegepersonal ist zahlenmäßig durch Ausbildung von Schwesternhelferinnen sichergestellt, auch hier haben die Hilfsorganisationen den wesentlichen Anteil an der Ausbildung geleistet. So konnten rund 250000 Frauen ausgebildet werden, aber auch hier muß mit natürlichem Abgang und mit entsprechenden Befreiungsgründen beim Einsatz gerechnet werden, so daß die Ausbildung weiter fortzuführen ist. Das Planungsziel ist es, jeweils 200000 ausgebildete Schwesternhelferinnen zur Verfügung zu haben. Auch dieser Personenkreis ist fortzubilden, der jeweilige Stand der Fortbildung ist karteimäßig zu erfassen.

Die materielle Bedarfsdeckung liegt bezüglich der Schwierigkeit keinesfalls hinter der personellen zurück. So ist eine **Kapazitätserweiterung bestehender Krankenanstalten** um 30 % für viele Häuser ein

großes Problem. Hilfskrankenhäuser sind einzurichten, unterirdische Krankenhausobjekte sind zu aktivieren. Im Rahmen eines entsprechenden Programms sind bisher nur 83 000 Bettenplätze als geschützte Betten und Behandlungseinheiten errichtet worden. Jedes zivile Krankenhaus muß für den eigenen Bereich einen Katastrophenplan erstellen, der alle organisatorischen, personellen wie materiellen Maßnahmen umfaßt.

Derzeit stehen der zivilen Seite rund 460 000 Betten in Krankenhäusern zur Verfügung; rechnet man Kurheime und dergleichen als Hilfskrankenhäuser hinzu, so kommt man auf eine Gesamtbettenkapazität von 1,2 Millionen.

Auch die **Vorratshaltung von Sanitätsmaterial** seitens der 16 000 freien Apotheken und Krankenhausapotheken und der pharmazeutischen Industrie ist relativ gering. Auch hier ist es gesetzlich zu prüfen, ob die Industrie veranlaßt werden kann, wenigstens die Rohstoffe in größerem Umfange zu bevorraten, die erforderlich sind, um eine ausgewählte Zahl von Arzneimitteln, vornehmlich für Schmerzbekämpfung, Anästhesie und Schockbehandlung herzustellen. Eine Rechtsgrundlage hierfür wäre im Wirtschafts-Sicherstellungs-Gesetz gegeben. Derzeitig werden lediglich Arzneimittel für 206 000 Schwerverletzte, für drei Wochen sowie Verbandmaterial für 290 000 Patienten für drei Wochen bevorratet. Schon aus diesen Zahlen ergibt sich die Begrenztheit von personellen und Infrastrukturmaßnahmen, welche sinnlos erscheinen, wenn nicht die anderen materiellen Voraussetzungen geschaffen werden. Dennoch glaube ich, daß wir in Deutschland jeder Katastrophensituation gewachsen sind und die personellen wie infrastrukturellen und materiellen Grundlagen dafür ausreichen.

Doch in einem Verteidigungsfall, der größten aller Katastrophen, ergeben sich ganz andere Dimensionen. Der militärische Sanitätsdienst hat hier natürlich Vorsorge getroffen. Wesentlich schlechter sieht diese Vorsorge aber für die Zivilbevölkerung aus.

Da es aber in einem Verteidigungsfall kaum eine Trennung zwischen zivilen und militärischen Krankenhäusern geben kann und jeder Patient, ob Zivilist oder Soldat, dort erste chirurgische Behandlung erfahren muß, die dem Ort seiner Verwundung am nächsten gelegen ist, und bedenkt man, daß ein Verteidigungsfall sich vornehmlich auf deutschem Gebiet abspielen wird und daß damit Zivilpatienten in mindestens gleichem Maße anfallen wie Soldatenpatienten, so wird die Forderung zu Recht gestellt, auch für den zivilen Bereich gleichermaßen gute Behandlungsmöglichkeiten wie für den militärischen Bereich zu fordern.

Zur Zeit sieht die zivile Planung ein Kran-

kenhausbett auf 50 Einwohner vor, während die militärische Seite ein Bett auf 10 Soldaten vorgeplant hat. Gleiche Verhältnisse gelten für die Vorsorge mit Arznei- und Verbandmitteln, wie ich sie zuvor für die zivile Seite darlegen konnte.

Nach dem Gesagten kann gefolgert werden, daß es möglich ist, **Vorsorge** für einen Katastrophenfall oder gar für einen Verteidigungsfall zu treffen. Diese Vorsorge umfaßt personelle, infrastrukturelle und materielle Maßnahmen, erfordert jedoch zunächst einmal organisatorische und gesetzgeberische Maßnahmen. Präventive Medizin ist die vornehmste Aufgabe der Ärzteschaft. Fehlende Planung wird man ihr nicht verzeihen können.

So wird von einem **Gesetz zur Sicherstellung der Gesundheit** gefordert, daß dieses eine verbindliche Rechtsgrundlage zur Deckung des personellen und materiellen Bedarfs im Katastrophen- und Verteidigungsfall bildet. Es muß eine organisatorische Basis für ein Sanitätswesen geschaffen werden, das gleichermaßen die Belange der Zivilbevölkerung wie auch der Streitkräfte berücksichtigt.

Vorrangig scheint mir eine Regelung für die Sonderstellung der Gesundheitsämter zu sein,

– denen eine **zentrale Bestandserfassung** aller in medizinisch-pflegerisch ausgebildeten Berufen zu übertragen ist.

– Die enge **Zusammenarbeit mit der Arbeitsverwaltung** muß geregelt sein, um zu gegebener Zeit entsprechende Verpflichtungen durchführen zu können.

– Ferner ist eine **Meldepflicht** aller berufstätigen Ärzte, Apotheker, Veterinäre, des med.-techn. ausgebildeten Personals, der Schwestern und Krankenpfleger sowie auch der nicht mehr diesen Beruf ausübenden Personen herbeizuführen.

– Eine **zentrale Bedarfsermittlung** für alle Bereiche des Gesundheits- und Sanitätswesens ist zu erstellen,

– außerdem sollte die **Fortbildung** des angesprochenen Personenkreises gesetzlich geregelt werden.

– Planung, Vorbereitung und Durchführung von zusätzlichen Einrichtungen und **Kapazitätserweiterungen in Krankenhäusern** sind sicherzustellen und müssen durch die Gesundheitsämter überwacht werden.

– Bei diesen ist ein **zentraler Bettennachweis** zu führen.

– Ebenso ist **Transportkapazität bereitzustellen** und zentral zu führen.

– Für alle Krankenhäuser sind **Alarm- und Katastropheneinsatzpläne** aufzustellen.

– Neben den Hauptverwaltungsbeamten der Kreise und kreisfreien Städte, die für

die örtlichen Katastrophenschutzmaßnahmen verantwortlich sind und neben den eingerichteten Rettungsleitstellen sind beim Hauptverwaltungsbeamten **Arbeitsstäbe** und **Lagezentren** einzurichten, wobei diese mit Vertretern aller beteiligten Organisationen, der Polizei, der Feuerwehren, der Ärzteschaft des Bundesgrenzschutzes und der Bundeswehr zu besetzen sind.

Bislang gibt es jedoch dieses Gesetz erst als CDU/CSU-Referentenentwurf, der sich ausdrücklich mit der Sicherstellung des Sanitäts- und Gesundheitswesens befaßt und somit koordinierende Aufgaben insbesondere für das Krankenhauswesen und die Zusammenarbeit zwischen zivilem und militärischem Sanitätsdienst bindend festlegt, wie das in der Schweiz, in Schweden und in Israel und selbstverständlich in allen Ostblock-Staaten der Fall ist. In diesem Gesetz ist auch die Fortbildung der Ärzteschaft in Katastrophenmedizin festgelegt. Daß ein solches Gesetz so lange hat auf sich warten lassen, liegt zum einen sicher daran, daß man bislang der Meinung ist, daß es eine genügende Anzahl von Krankenhäusern gibt, die jederzeit die ärztliche Behandlung sicherstellen können und zum anderen, daß man einfach nicht an regional übergreifende Katastrophen glauben will, die zu einer Koordinierung aller medizinischen Hilfsmittel zwingen.

Die Bewältigung von Katastrophen mit Massenankunft von Verletzten ist natürlich nicht nur eine medizinisch-sanitätsdienstliche Aufgabe. Zunächst hat eine Aufklärung der Ausdehnung des Schadensgebietes zu erfolgen, bei der Art und Schwere der Schäden beurteilt und Zu- und Abgangswege erkundet werden müssen. Hubschraubern des Katastrophenschutzes sowie Fernmeldemitteln kommen hier besondere Bedeutung zu. Oft werden es technische Hilfsmittel sein, die zuerst eingesetzt werden müssen, ehe der Sanitätsdienst an die Notfallpatienten herankommt.

Hier sollen diese Dinge aber nicht näher in Betracht gezogen werden, sondern im folgenden soll aufgezeigt werden, welche Aufgaben dem Sanitätsdienst zufallen. Diese Grundsätze gelten für den zivilen Sanitätsdienst gleichermaßen wie für den militärischen. Will man sich einen **Überblick über Möglichkeiten der Katastrophenhilfe** verschaffen, so ist es nützlich, diese in drei Phasen aufzuteilen.

Die **erste Phase** – oder wie sie Lanz aus der Schweiz genannt hat „die **Isolationsphase**“ – besteht darin, daß das Schadensereignis unvorhergesehen und innerhalb kurzer Zeit auf einen nicht vorbereiteten Bevölkerungsteil oder einen ungenügend geschützten Bevölkerungsteil hereinbricht. Spontane Selbst- und Nächstenhilfe durch Laien gehören zu den ersten Maß-

nahmen und entscheiden über das Überleben. So kann es nur begrüßt werden, daß wenigstens Grundkenntnisse bei der Gesamtbevölkerung in Deutschland vorhanden sind, sei es durch die Absolvierung eines Kurzlehrganges zur Führerscheinprüfung, sei es durch die freiwillige Ausbildung zum Beispiel als Schwesternhelferin oder als Hilfskrankenpfleger bei den sogenannten Hilfsorganisationen wie DRK/BRK, Arbeiter-Samariter-Bund, Johanniter-Unfall-Hilfe und Malteser-Hilfsdienst und sicherlich nicht zuletzt zu nennen, Ihre Organisation, die DLRG.

Es wird schließlich in der sogenannten **Rettenungsphase** zu einer **organisierten Hilfe** durch geschulte Helfer kommen können, jedoch ist diese Hilfe in Stunden anzusetzen.

Schließlich kann es zur **Wiederherstellung** durch Einsatz von Spezialisten kommen; hier sind Tage anzusetzen, in denen der geschulte Arzt unter Kenntnis der Sichtung, der „Triage“ und der speziellen Technik der Versorgung verschmutzter und infizierter Wunden eingesetzt wird.

Beim Massenansturm von Verletzten steht die sogenannte **Sichtung** der Verletzten an erster Stelle. Es gilt daher, daß das Bestmögliche für möglichst viele zur rechten Zeit und am rechten Platz getan werden kann. Die goldene Regel der 6-Stunden-Frist für operative Behandlung sollte dabei Anwendung finden. Bei der Sichtung und damit der Feststellung von Art und Schwere einer Verwundung und ihrer Auswirkung auf den Überlebenszustand des Verletzten ist aber auch von dem sichtigenden Arzt zu berücksichtigen und abzuwägen, welche Möglichkeiten des **Weitertransportes** in nicht überlastete Sanitätseinrichtungen gegeben sind. Aus dem zuvor Gesagten resultiert die Festlegung der Dringlichkeit für eine Behandlung und für den Abtransport jedes einzelnen Patienten.

Die Sichtung (im englischen Schrifttum „Sorting“, im französischen „Triage“ und im Sprachgebrauch der Warschauer-Pakt-Staaten „Einstufung“ genannt) beinhaltet grundsätzlich einen Filtervorgang zur „Sortierung“ von Kranken und Verwundeten, um die ärztlichen Maßnahmen dem Verletzungs- oder Erkrankungsgrad jeweils anpassen zu können. Eine Sichtung wird immer dann vorgenommen, wenn mehrere Verletzte oder Kranke zur gleichen Zeit in einer Sanitätseinrichtung eintreffen. So ist auch heute in einem Krankenhaus die Sichtung durch die Aufnahme station nichts Besonderes, wenn drei oder vier Verletzte in der Klinik erscheinen. In jeder Sanitätseinrichtung gehören zur Sichtung folgende Maßnahmen:

– Feststellung der Art und Schwere der Erkrankung/Verwundung und ihre Auswir-

kungen auf den allgemeinen Gesundheitszustand des Patienten sowie

– Kenntnis der eigenen und der benachbarten Sanitätseinrichtungen hinsichtlich deren Kapazität, ärztlichen Leistungsvermögens und Arbeitsbelastung.

Bei Überlastung oder bei sonstiger Insuffizienz – sei es ärztlich oder pflegerisch – der eigenen Einrichtung muß die Sichtung die Transportfähigkeit des Patienten umfassen. Dies ist auch speziell bei Ihren Einsätzen mehr als wichtig.

Da sich sowohl das Krankheitsbild als auch der Personal- und Materialbestand sowie die Abtransportmöglichkeiten und die taktische Lage in Katastrophen- oder Kriegsgebieten ändern können, muß zwangsläufig die Sichtung als ein dynamischer Vorgang angesehen werden, der zu wiederholen und in jeder Sanitätseinrichtung neu durchzuführen ist.

Man tut sich leichter, wenn man zunächst die Leichtverwundeten/Kranken feststellt und hier entscheidet, ob durch schnelle ärztliche oder besonders auch durch nicht-ärztliche Maßnahmen geholfen werden kann. Indem man sich so möglichst schnell durch organisatorische und Hilfsmaßnahmen der Leichtverwundeten entledigt, können sich die Ärzte mit besonderer Sorge den Schwerverletzten zuwenden.

Neben der Erhaltung oder Wiederherstellung ihrer Vitalfunktionen, d. h. Herz-, Kreislauf-, Atmungs-Funktionen, ist zu entscheiden, in welcher weiteren Sanitätseinrichtung und mit welchen Transportmitteln eine Weiterbehandlung erfolgen soll. Gerade auf diesem Gebiet hat uns der Einsatz von Rettungshubschraubern des Katastrophenschutzes, die sogenannten „Gelben Engel“ des ADAC, sowie die eigens eingerichteten Rettungshubschrauber der Bundeswehr und der Deutschen Rettungsflugwacht, als selbständige zivile Organisation, manch lehrreiche Erfahrung gebracht.

Aus der Sichtung, die durch den erfahrenen Arzt am Katastrophenort durchzuführen ist, ergeben sich Einteilungen in Dringlichkeitskategorien zur Behandlung.

Der **1. Dringlichkeitskategorie** werden Patienten zugeordnet, die der Behandlung aus vitaler Indikation bedürfen: Blutungen, Erstickten, Ertrinken etc., Milzruptur, akuter Bauch etc. = Lebensrettende Sofortmaßnahmen mit Behandlungspriorität (I).

Der **2. Dringlichkeitskategorie** sind diejenigen Patienten zuzuordnen, bei denen eine **verzögerte oder aufgeschobene Therapie** toleriert werden kann: Geschlossene Frakturen, z. T. Verbrennungen über 30% Körper-Oberfläche. = Aufgeschobene Behandlung mit Transportpriorität (II).

Der **3. Dringlichkeitskategorie** sind alle Leichtverletzten hinzuzurechnen mit geringfügigen Wunden, Quetschungen, Ver-

stauchungen, leichten Verbrennungen etc., die durch Selbst- und Kameradenhilfe versorgt werden können. Die Hilfeleistung soll möglichst außerhalb der Behandlungseinrichtung auf einem Leichtverwundeten-Sammelplatz erfolgen. = Behandlung von Patienten mit leichten Gesundheitsschäden (III).

Die **4. Dringlichkeitskategorie – Abwartende Behandlung** – umfaßt diejenigen Schwerverletzten, bei denen kaum Überlebensaussicht besteht, denen allenfalls in gut eingerichteten und voll funktionsfähigen Operationseinrichtungen geholfen werden kann. Diese Patienten können auf die Dauer der Situation eines Massenansturms nur palliativ behandelt werden. Es ist jede Anstrengung zu unternehmen, ihnen durch intensive pflegerische und medikamentöse Maßnahmen ihr Schicksal zu erleichtern. Hierunter fallen vor allem polytraumatisierte, ausgedehnte Verbrennungen, schwere Bauch- und Brusthöhlenverletzungen und irreversible Schockzustände.

Die Einreihung von Katastrophenopfern in die IV. Kategorie ist nie eine endgültige. Ständige Überwachung und wiederholte Sichtung tragen dafür Sorge, daß die Patienten bei positivem Verlauf ggf. der Gruppe II – aufgeschobene Behandlung – oder der Gruppe I – sofortige Maßnahmen – zugeordnet werden können.

Es wird nicht verkannt, daß gerade die Sichtung bei Massenansturm immer mit den stärksten moralischen Bedenken verbunden sein wird. Je mehr jedoch „Rettungs-sanitäter“ eine Ausbildung erfahren haben, qualifizierte lebensrettende Maßnahmen durchzuführen, desto mehr kann der ärztliche Bereich entlastet werden, sich auf wesentliche ärztliche Maßnahmen bei der lebensrettenden Sofortbehandlung der Gruppe I beschränken und sich vermehrt der Gruppe II zuwenden. Automatisch wird dadurch möglicherweise Kapazität auch für die zuvor erwähnte Gruppe IV frei.

Unter Berücksichtigung der Dringlichkeit ergibt sich folgende prozentuale Zuordnung zu Dringlichkeitsstufen:

I. Sofortige ärztliche Behandlung	20%
II. Aufzuschiebende chirurgische Behandlung	20%
III. Leichtverletzte – Selbst- und Kameradenhilfe	40%
IV. Schwerverletzte – Abwarten	20%

Beim **Massenansturm von Notfallpatienten** kommen die Einsatzkräfte zwangsläufig auch bald an die Grenze nicht nur ihrer physischen, sondern auch psychischen Belastung. Die Individualbehandlung eines Notfallpatienten muß zwangsläufig konkurrieren mit dem Auftrag, ärztliche Behandlung einer Masse von Notfallpatienten zu kommen zu lassen. Damit wird der Arzt

aber zwangsläufig auch zum Richter über Leben und Tod. Er wird – wie es Graul (Marburg) kürzlich einmal gesagt hat – mit Entscheidungen moralischer-ethischer Natur konfrontiert, für die es keine Dienstweisung gibt. Der Arzt wird in seiner Entscheidung auf sich allein gestellt sein und seinem eigenen Gewissen zu folgen haben.

Zur Klarstellung sei nachfolgend nochmals eine Definition gegeben:

– Von einem Massenansturm von Patienten sprechen wir dann, wenn ungewöhnlich viele Patienten von einer Sanitätseinrichtung versorgt werden müssen, jedoch die Möglichkeit besteht, durch Zuführung von Personal und Material als auch durch Abtransport von Verletzten diesen Massenansturm zu bewältigen.

– Der Begriff einer Katastrophensituation im medizinischen Sinne ist dann gegeben, wenn ungewöhnlich viele Patienten in einer Sanitätseinrichtung versorgt werden müssen, die Zuführung von Personal und Material und auch ein Abtransport von Patienten in andere Sanitätseinrichtungen nicht möglich sind.

Zwei Beispiele:

So handelte es sich bei dem Explosionsunglück auf dem Münchener Oktoberfest 1980 nicht um eine Katastrophensituation, sondern um einen **Massenansturm** von 200 Patienten, der dank vorzüglicher Organisation durch Ärzte und Feuerwehr am Unfallort schnell beherrscht werden konnte. Es erfolgte eine Sichtung der Patienten, danach entsprechend dem Dringlichkeitsgrad ein Abtransport in die verschiedensten geeigneten Kliniken der Stadt München und deren unmittelbare Umgebung.

Als Beispiel einer **Katastrophensituation** im medizinischen Sinne sei ein Eisenbahnunglück in Südbayern erwähnt, bei dem zwar innerhalb kürzester Zeit Rettungswagen und technisches Personal zur Verfügung standen, jedoch 32 schwerverletzte Patienten ungesichtet vom Ort der Katastrophe in das nächste kleine Krankenhaus gebracht wurden. So wurde der Katastrophensituation von der Unfallstelle nur in das Krankenhaus verlagert. Hierbei wurde deutlich, wie wichtig es ist, daß ein erfahrener Arzt am Katastrophensituation die Sichtung vorzunehmen hat.

Nach Sichtung und der Überprüfung der Diagnose wird in den meisten Fällen eine primäre **Schocktherapie** durchzuführen sein, die im wesentlichen gleichen Grundsätzen folgt, wie sie unter Normalverhältnissen bei der Individualtherapie anzuwenden ist.

Im Mittelpunkt der Maßnahmen bei der Ersten Hilfe steht zweifellos der **Kampf gegen den Verblutungstod** sowie gegen das akute Versagen der Herz-, Kreislauf-

und Atemfunktion. Selbst- und Kameradenhilfe vermögen hier vieles, doch sollte eine breite Anzahl von **Rettungssanitätern** in Friedenszeiten sowohl auf dem zivilen als auch auf dem militärischen Sektor so ausgebildet werden, daß diese jederzeit in der Lage sind, qualifizierte Erste Hilfe zu leisten, d. h. den Patienten vor dem Verblutungstod zu retten und die vitalen Funktionen von Herz-Kreislauf und Atmung wiederherzustellen oder zu bewahren, bis der Patient der ersten ärztlichen Behandlung zugeführt werden kann.

Breiten Raum ärztlicher Tätigkeit wird die Behandlung von Patienten mit Verbrennungen einnehmen, wie uns die Campingplatz-Katastrophe 1978 in Spanien gelehrt hat oder auch die Erdbebenkatastrophe in Ostanatolien mit vielen Verbrennungsoffern, hervorgerufen durch umgestürzte Heizöfen. Auch hier wird man bei der operativen Deckung großflächiger Verbrennungen umdenken müssen und ggf. Hauttransplantate von Leichen nutzen. Aus dem Ausland liegen hierüber erste erfolgversprechende Berichte vor.

In der Behandlung von Patienten ergeben sich grundlegende Unterschiede zur Friedenschirurgie bei der **Chirurgie mit Massenansturm** von Verwundeten. Insbesondere dann, wenn die alten Grundsätze der Chirurgie, der Krankenhaushygiene, der Asepsis und Antisepsis, schließlich der Ernährung und der Anästhesie Feld- und Katastrophensituationen anzupassen waren.

Wenngleich durch die Einbeziehung des **Hubschraubers** als einem schonenden und **schnellen Transportmittel** zusätzliche Möglichkeiten eröffnet wurden, die Überlebenschancen der Patienten deutlich zu verbessern, so dürfen doch die erdgebundenen Rettungsmittel nicht vernachlässigt werden. Selbst im Zweiten Weltkrieg waren nach Großflächenangriffen auf das Schienen- und Straßennetz innerhalb weniger Stunden Transporte mit Schwerverletzten auf Schiene und Straße möglich.

Ausdrücklich weise ich in diesem Zusammenhang darauf hin, daß kein Verletzter oder Kranker vom Orte des Geschehens abtransportiert werden darf, ehe nicht seine Transportfähigkeit festgestellt wird. Dies gilt im Frieden wie auch in einem Verteidigungsfall, bei dem ggf. in Kauf genommen werden muß, daß Schwerverletzte oder Frischoperierte unter Zurücklassung von geeignetem Sanitätspersonal in Feindeshand fallen müssen, um nicht Patienten zu Tode zu transportieren. Wir müssen in jedem Falle davon ausgehen, daß die Gesetze der Genfer Konventionen beachtet werden.

Wenn ich in diesem **Übersichtsreferat** nur einige wenige Probleme der Katastrophmedizin anschnitten konnte, so ist doch

aus dem Gesagten klageworden, daß jede Katastrophe mit Massenansturm von Verletzten zum Umdenken im ärztlichen Handeln zwingt. Aus diesem Grunde erscheint es unerlässlich, daß die Grundsätze beim Massenansturm von Notfallpatienten auch in den Universitäten gelehrt werden.

Wie aber eingangs erwähnt, reicht es nicht aus, daß nur die Sanitätsdienstlichen und ärztlichen Belange vorprogrammiert sind, wenn es in der Gesamtbevölkerung an der nötigen Einsicht von Vorsorgemaßnahmen fehlt und wenn es an Vorbereitungen für einen Katastropheneinsatz hinsichtlich Infrastrukturmaßnahmen mangels Geldmittel fehlt.

Dennoch sollten wenigstens die organisatorischen Voraussetzungen für einen solchen Einsatz gegeben sein, sei es auf der Ebene der Länder und Bezirksregierungen, sei es aber auch in einer organisatorischen Vorsorge in jedem Krankenhaus der Bundesrepublik Deutschland.

So kann dieses Referat auch nur Anregung geben, daß ein jeder in seinem Verantwortungsbereich sich nachhaltiger in die offiziellen Planungen zur Katastrophensituation einschaltet und den fachlichen Erfordernissen mehr Einfluß verschafft.

Und so darf ich mit den Worten Carl-Friedrich von Weizsäckers schließen, der zu den Fragen des zivilen Bevölkerungsschutzes Stellung genommen hat und ausführte: „Alles technisch Sinnvolle kann getan werden, wenn wir, die Menschen dieses Landes, es als sinnvolle Vorsichtsmaßnahme erkennen. Nicht Sinnvolles wird geschehen ohne diese Erkenntnis. Deshalb tut heute ein Wandel des öffentlichen Bewußtseins in Fragen des Bevölkerungsschutzes not.“

Gerne wird von Kriegsdienstverweigerern mit dem Berthold Brecht zugeschriebenen Slogan „Stell Dir vor, es kommt Krieg und keiner geht hin!“ zur Untätigkeit aufgefordert in der trügerischen Hoffnung, damit könnte die größte aller Katastrophen, der Krieg, verhindert werden.

Hier wird aber in zweifacher Hinsicht geirrt: Einmal dadurch, daß dieser Spruch nicht aus der Feder von Berthold Brecht stammt und zum anderen, daß Berthold Brecht durchaus die fatalen Folgen erkannt hat, die durch Untätigkeit und mangelnden Verteidigungswillen heraufbeschworen werden. Lassen Sie mich abschließend Berthold Brecht zitieren:

„Wer zuhause bleibt, wenn der Kampf beginnt und läßt andere kämpfen für seine Sache, der muß sich vorsehen: denn wer den Kampf nicht geteilt hat, der wird teilen die Niederlage; nicht einmal Kampf vermeiden, wer den Kampf vermeiden will: denn es wird kämpfen für die Sache des Feindes, wer für seine eigene Sache nicht gekämpft hat!“

Günter Sers

Privatmann trägt seit Jahrzehnten Feuerwehrrequisiten aus allen Bereichen des Feuerlöschwesens von den Anfängen bis heute zusammen

Gesammelte Feuerwehrgeschichte

Fast 700 Einzelteile in eigenem Museum ausgestellt – Eine einmalige Schau in Nordrhein-Westfalen

„Es war Frühjahr 1945, als ich nach einigen Zwischenstationen in verschiedenen Gefangenenlagern endlich nach Hause kam. Das Feuerwehrgerätehaus meines Heimatortes Lövenich war restlos ausgeräumt, sogar Tore und Dachziegel waren verschwunden. Um für einen Einsatz gerüstet zu sein, suchten wir überall nach Geräten. Auf einem Feld fand ich einen durchlöcherter Stahlhelm und in einem aufgefüllten Bombentrichter ein altes Feuerwehrbeil; das war meine erste persönliche Ausstattung. Helm und Beil trug ich noch bis 1949 im Feuerwehrdienst. Sie waren der Grundstock meiner Sammlung.“

Peter Höpgens, selbständiger Dachdecker und Oberbrandmeister der Freiwilligen Feuerwehr Erkelenz-Lövenich (Nordrhein-Westfalen) erinnert sich sehr gut, wie seine Sammelleidenschaft begann. Oft wurde er danach gefragt, oft hat er die Geschichte schon erzählt, die eigentlich auch die Geschichte der Feuerwehr ist. Höpgens hat als Privatmann seit den fünfziger Jahren Feuerwehrrequisiten aus allen Bereichen des Feuerlöschwesens von den Anfängen bis heute zusammengetragen. Viel Zeit und Geld hat er in sein Hobby investiert.

Und es hat sich gelohnt: Die umfangreiche und anschauliche Sammlung beinhaltet heute fast 700 Einzelteile. Prachtvolle Stücke, die die Sach- und Fachkenntnisse des Sammlers verraten und um die ihn viele Kenner beneiden. Über 100 Helme, viele Uniformen, Hakengurte, Beile, Strahlrohre, lederne Löscheimer, Atemschutzgeräte sowie Großgeräte wie Handdruckspritzen, Drehleitern und Feuerwehr-Oldtimer geben einen interessanten Einblick in die lange Geschichte der Feuerwehren.

Ein mühevolleres Hobby

„Bis Ende der fünfziger Jahre konnte ich dem Grundstock kaum etwas hinzufügen“, erzählt Höpgens. „Erst etwa ab 1960 war es möglich, die Sammlung, wenn auch mühevoll und mit sehr viel Reisen verbunden, entscheidend zu erweitern.“ Sein Hobby führte Höpgens immer öfter nach Süddeutschland. Hier war er fündig geworden. Er reiste von Antiquitätenhändler zu Antiquitätenhändler, erwarb, was angeboten wurde, hinterließ seine Anschrift, falls interessante Stücke zum Verkauf standen.



Peter Höpgens mit dem Grundstock seiner Sammlung – einem durchgeschossenen Stahlhelm und einem alten Feuerwehrbeil.

„Das Ärgerlichste, was ich damals erlebte, geschah in Rothenburg ob der Tauber. Ich verhandelte gerade mit einem Antiquitätenhändler über einen ledernen Löscheimer, als ein Amerikaner den Laden betrat. Er ging zielstrebig auf den Eimer zu, mischte sich in das Gespräch ein und schnappte mir das gute Stück buchstäblich vor der Nase weg. Darüber habe ich mich dermaßen geärgert, daß ich mir schwor: Das

passiert dir nicht mehr! Ich hatte etwas gezögert, weil mir der Preis zu hoch erschien. 180 DM war für die damalige Zeit doch sehr viel Geld. Für den Amerikaner war das gar kein Problem.“ Man merkt dem Hobbysammler an, daß ihn die verpaßte Gelegenheit noch heute ärgert.

Geräte wurden immer größer

Mehr Glück hatte Höpgens im Frankenland, eine bevorzugte und oft bereiste Gegend von ihm. „Für zwei alte Strahlrohre bin ich damals bis nach Heilsbronn bei Ansbach gefahren. Ein Händler hatte sie mir angeboten. Es hat sich gelohnt, solch seltene Stücke habe ich später nie mehr gefunden.“

Immer größer wurden die Geräte, die Höpgens von seinen „Beutezügen“ mitbrachte. So kaufte er in Süddeutschland auch Handdruckspritzen, aber immer nur Fahrzeuge, die in einem guten Zustand und auch früher in seiner rheinischen Heimat zum Einsatz gekommen waren. Mit viel Zähigkeit und Ausdauer gelang es ihm, eine seiner schönsten Spritzen zu erwerben. „Das Gerät stand in der Nähe von Rothenburg in einer kleinen Ortschaft hinter einer Scheune“, erinnert sich Höpgens. „Die Ortsfeuerwehr hatte einen neuen

Im Anbau hinter dem Haus befindet sich das Museum. Immer wieder wurde die alte Dachdeckerwerkstatt an- und umgebaut.



Tragkraftspritzenanhänger erhalten und deshalb die alte Spritze, die bis 1961 im Einsatz war, ausgemustert. Ein Gespräch mit dem Feuerwehrkommandanten ergab, daß das Gerät nicht der Wehr gehörte. Ein reicher Bauer hatte die Spritze gestiftet, zuständig war der Bürgermeister. Der wiederum meinte, er müsse die Angelegenheit vor den Gemeinderat bringen. Kurz und gut – drei Gemeinderatssitzungen waren nötig, um den Kauf perfekt zu machen.“

Ein Problem war für Höpgens natürlich der Transport der großen Handdruckspritze nach Lövenich. Zuerst sollte die Spritze als Sperrgut in einem Packwagen mitgehen. Aber der Bahnbeamte weigerte sich, es sei zu aufwendig und schwer, das Fahrzeug an den verschiedenen Bahnhöfen jeweils umzuladen. Nach langem Hin und Her entschied man sich, einen offenen Waggon zu nehmen. „Von Schillingsfürst, so heißt das Städtchen, brauchte der Waggon acht Tage bis Erkelenz. – Und das alles für 120 DM“, freut sich Höpgens noch heute.

Die „goldenen“ sechziger Jahre

Die sechziger Jahre waren die „goldenen“ Jahre für den Hobbysammler. Damals gelang es ihm, den Großteil seiner Sammlung zusammenzutragen. Schwierig wurde es danach: Die Kommunen, denen die meisten Geräte gehörten, rückten die Altertümchen nicht mehr heraus. Einzig die Antiquitätenhändler boten immer wieder Gegenstände an. In einem Fall gelang es Höpgens, Original-Feuerwehruniformen und eine Handdruckspritze von einem Händler zu erwerben, der diese Stücke mehrfach an eine Fernsehgesellschaft verliehen hatte. Oft konnte Höpgens seine jetzt eigenen Dinge im Vorspann der bekannten Sendung „Das Königliche Bayerische Amtsgericht“ sehen.

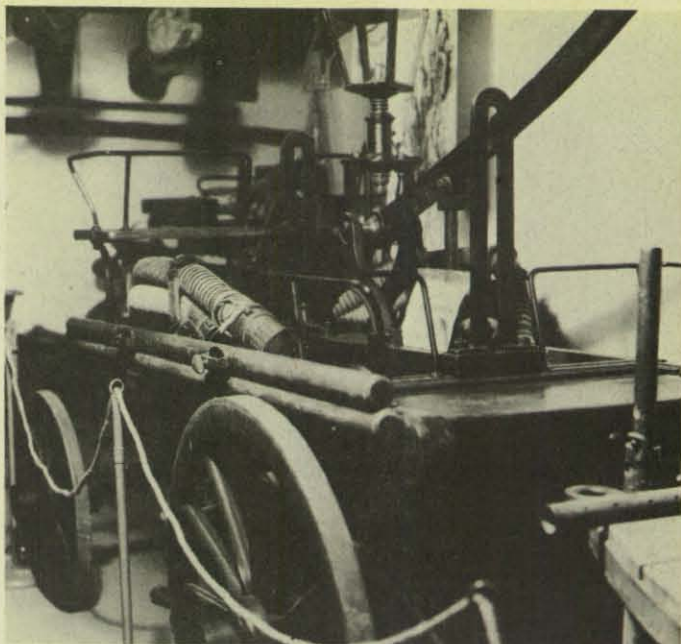
Fahrten auch ins Ausland

Auch Österreich, die Schweiz, Holland und Belgien bereiste der engagierte Sammler, immer auf der Suche nach gut erhaltenen Antiquitäten. Sehr ergiebig waren die Fahrten zum Lütticher Flohmarkt. Hier erwarb er einige rheinische Lederhelme sowie Leibriemen, Sicherheitsgurte und Beile. Die Teile waren durch die Kriegswirren ins Nachbarland gelangt.

Historische Formation bei Festzügen

Allein das Sammeln und Besitzen der Feuerwehrausrüstungsgegenstände genügte Höpgens bald nicht mehr: Er wollte die

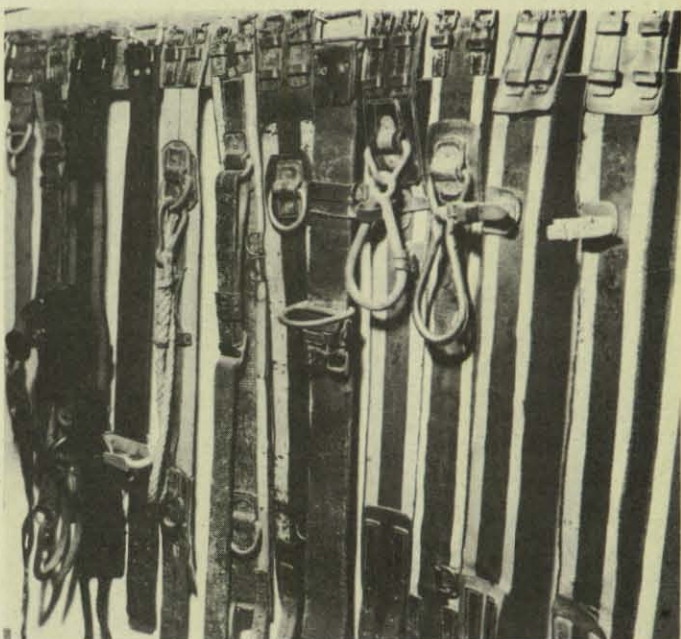
Eine pferdebespannte Überlandspritze aus dem Jahre 1888. Das Fahrzeug wäre heute noch einsatzbereit.

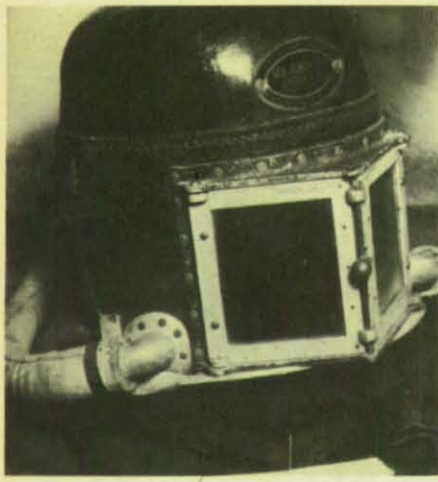


Kaum mehr Platz hat Höpgens für seine umfangreiche Sammlung. Bunt gemischt – Geräte von gestern und heute.



Viele Sicherheitsgurte aus Hanf, Leinen und Leder, der älteste aus dem Jahr 1850, zeigen die Entwicklung auf.





Wie ein Taucherhelm sieht diese alte Atemschutzmaske aus England aus.

Schmuckstücke sind diese prächtigen alten Feuerwehrhelme. Dies ist nur ein Ausschnitt der über 100 Helme umfassenden Sammlung.



Eigenes Museum eröffnet

Zeugnisse feuerwehrtechnischer Entwicklung auch der Öffentlichkeit zeigen. So marschierte er mit sechs gleichgesinnten Freunden, alle Mitglieder der Feuerwehr, 1966 im Jubiläumsfestzug der Löwenicher Wehr anlässlich des 70jährigen Bestehens mit. „Wir waren ausgestattet mit historischen Uniformen und ausgerüstet mit einer pferdebespannten Überlandspritze sowie einem Feuerwehrrad mit drei Mann Besatzung. Angeführt wurde die Gruppe von einem Hornisten auf dem Hochrad“, erzählt Höpgens. „Die Gruppe fand sehr viel Anklang, und so wurden wir oft in den folgenden Jahren von befreundeten Wehren zu Stiftungsfesten oder dergleichen eingeladen. Dieser historischen Formation gaben wir, eingedenk des Gründungsdatums der Löwenicher Wehr 1896, den Namen Abteilung 96.“

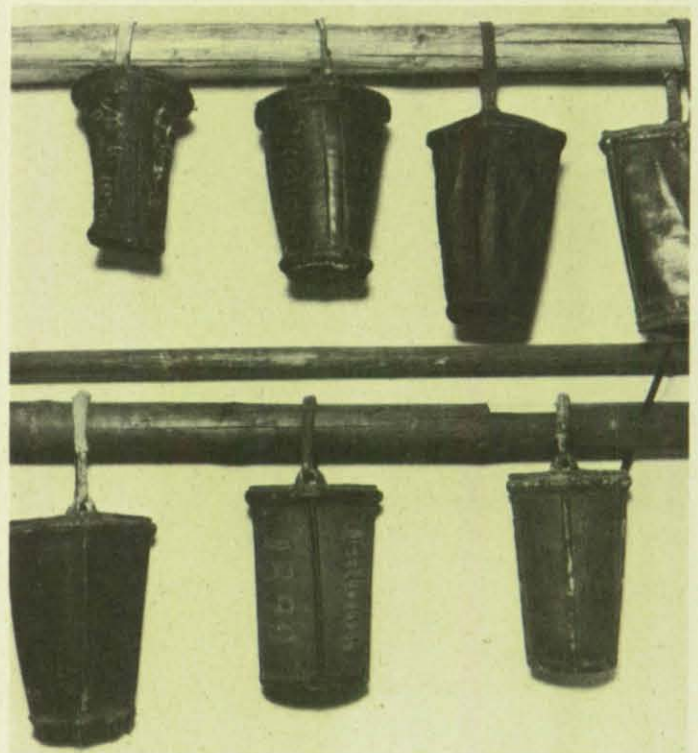
Höpgens Sammlung wurde allmählich so groß, daß er zum 75jährigen Bestehen der Löwenicher Wehr Ostern 1971 eine eigene Ausstellung veranstaltete. Die Schau war ein großer Erfolg, und Vertreter von Feuerwehren baten den Sammler, die Ausstellung doch zu den verschiedensten Anlässen zu wiederholen. Er kam dieser Bitte gern nach. Je umfangreicher die Sammlung wurde, desto schwieriger gestaltete sich aber der Transport. Leider wurden

auch einige Stücke trotz größter Sorgfalt beschädigt.

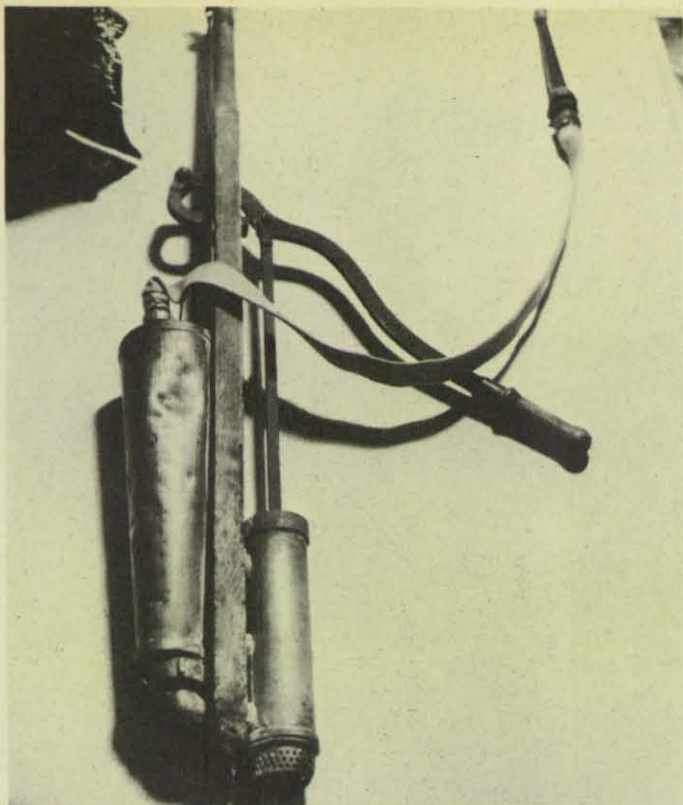
„Ich beschloß deshalb, in meinen Werkstatträumen eine ständige Ausstellung einzurichten. Zur Unterstützung dieses Vorhabens gründete die ehemalige ‚Abteilung 96‘ zusammen mit sieben weiteren Feuerwehrfreunden am 4. Mai 1976 den ‚Verein Feuerwehrmuseum Löwenich e.V.‘ Es gelang uns, meine Sammlung, zwar in beengten Räumen, aber doch in würdiger Weise unterzubringen und am 13. März 1977 erstmals als Feuerwehrmuseum der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.“



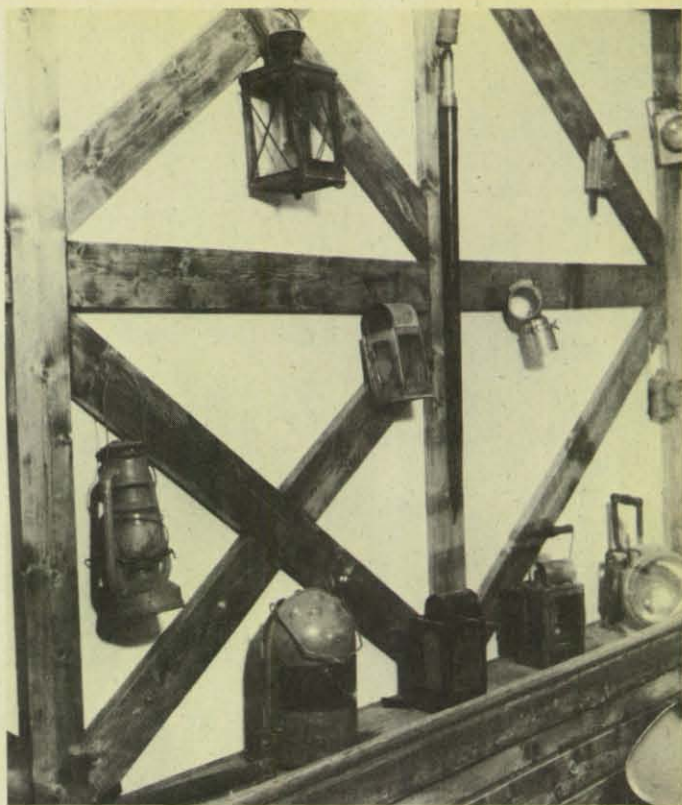
Zahlreiche Feuerwehrbeile hat Höpgens inzwischen zu seinem ersten Fund hinzugefügt.



Nur noch sehr schwer ist heute ein alter Lederlöscheimer zu erstehen. Der Sammler hat eine ganze Reihe dieser seltenen Wasserbehälter zusammengetragen.



Eine Krückenspritze Anno 1840. Eine Aachener Feuerversicherung hat sie damals den Bauern zur Verfügung gestellt, um Kleinbrände zu löschen.



Auch die verschiedensten Einsatzlampen fehlen nicht in der Geräteschau.

Sonderausstellungen bereichern die Schau

Die Männer um Höpgens haben keine leichte Aufgabe auf sich genommen. Die Ausstellung, jeweils am zweiten Sonntag im Monat geöffnet, bringt viel Arbeit mit

sich. Das Säubern der Geräte und Räume, insbesondere das Staubwischen der vielen Einzelteile, nimmt viel Zeit in Anspruch. Alles soll blank sein am Öffnungstag.

Über Besuchermangel kann der Museumsverein nicht klagen. Aus ganz

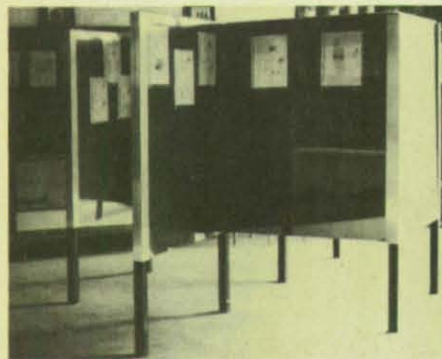
Deutschland und dem benachbarten Ausland reisen die Interessenten an. Oft sind es Gruppen von Feuerwehrangehörigen, die den Besuch des Museums mit einem allgemeinen Ausflug verbinden.

Höpgens bemüht sich ständig um Sonderausstellungen aus dem Bereich der Feuer-

Jedem Feuerwehrmann schlägt das Herz schneller beim Anblick dieses herrlichen Oldtimers aus dem Jahre 1930.



wehr. Er will damit seine Fahrzeug- und Geräteschau noch attraktiver gestalten. So stellte 1982 ein Brühler Feuerwehrmann rund 2500 Postkarten mit Feuerwehrmotiven aus; dieses Jahr zeigt Willy Berten aus Schwalmatal seine Briefmarkensammlung – natürlich Feuerwehrmotive; nächstes Jahr wollen Modellbauer ihre Arbeiten ausstellen.



Mit Sonderschauen versucht der „Verein Feuerwehrmuseum Lövenich“, die Ausstellung noch attraktiver zu gestalten. Dieses Jahr zeigt Willy Berten seine Briefmarkensammlung mit Feuerwehrmotiven.

Der größte Wunsch: ein Neubau

Wer diese in Nordrhein-Westfalen einmalige Sammlung von Gegenständen und Fahrzeugen zur Geschichte der Feuerwehr gesehen hat, ist nicht nur beeindruckt vom Umfang und der Qualität der Exponate. Er ist auch beeindruckt von der Sachkenntnis und dem Engagement des Sammlers Höpgens. Meist führt der Hausherr die Gäste durch die Räume, die trotz oder gerade wegen der Enge eine besondere Atmosphäre bieten. Alle Wände hängen voll – jede Stellfläche ist genutzt. Höpgens ist auch heute noch von seinem Hobby fasziniert, kann fast über jedes Stück eine Geschichte erzählen. „Was ist das für ein Gerät?“ – „Wofür wurde es gebraucht?“ – „Wie alt ist es?“ sind Fragen, die er gerne und detailliert beantwortet. Oft ist der Umstand, wie Höpgens zu dem Ausstellungsstück gelangte, die interessantere Story.

Des Sammlers größter Wunsch ist der Neubau eines Feuerwehrmuseums in Lövenich. „Es ist zu eng hier, viele schöne Stücke kommen nicht zur Geltung“, klagt Höpgens. Die Chancen stehen gut: Der Kreis hat sich bei der kommunalen Neugliederung verpflichtet, ein Feuerwehrmuseum zu bauen. Nur die schlechte Finanzsituation hat es bis heute noch nicht dazu kommen lassen.

Höpgens und den vielen Freunden seines Museums ist zu wünschen, daß diese einzigartigen Dokumente der Geschichte der Feuerwehr bald Räumlichkeiten erhalten, die sie voll zur Geltung bringen. Für den engagierten Sammler wäre dies der schönste Lohn.



Ausgestattet mit historischen Uniformen fährt die „Abteilung 96“ mit dem alten Mannschaftswagen bei Festzügen anlässlich von Feuerwehr-Stiftungsfesten mit.

Viel Gelächter gibt es bei den Festzügen, wenn die Gruppe mit diesem „Schnellen Vortrupp“ zum „Einsatz“ fährt.



(Fotos: Sers, Höpgens 3)

Helfervertretung des Bundesverbandes für den Selbstschutz beriet aktuelle Fragen

Auf Einladung der Bundeshelfervertretung hielten die Helfervertreter bei den zehn BVS-Landesstellen ihre jährliche Zusammenkunft in Rohrdorf am Inn ab. Bundeshelfervertreter Jürgen Grabke dankte der Landesstelle Bayern und insbesondere Landeshelfervertreter Heller (Landshut) für die Mühe bei der Vorbereitung der Zusammenkunft.

Grabke führte dann die im Verlauf des Jahres 1982 neu in das Amt des Landeshelfervertreters gewählten Kollegen ein, und zwar: Hans Joachim Soremba (Niedersachsen), Wilhelm Weißenhagen (Nordrhein-Westfalen), Peter Breitmeier (Hessen) und Willi Schröter (Rheinland-Pfalz). Ihnen, wie auch den für wiederum vier Jahre erneut gewählten Winfried Reichelt (Hamburg), Kurt Spinner (Baden-Württemberg), Georg Heller (Bayern) und Günter Wolter (Saarland) galt der Glückwunsch des Bundeshelfervertreters.

Die Helfervertreter auf Bundes- und Landesebene trafen sich in Rohrdorf am Inn zu ihrer Jahresbesprechung.



Es schloß sich ein Rückblick auf die Arbeit der Helfervertretung in den abgelaufenen vier Jahren an. Hierbei wurde anerkannt, daß die Bundeshelfervertretung seit dieser Zeit in steigendem Umfange informiert und in die Entscheidungsfindung der BVS-Bundeshauptstelle, soweit die ehrenamtliche Helferschaft betroffen ist, einbezogen wurde.

Die anschließende Aussprache hatte schwerpunktmäßig folgende Themen: rechtzeitige Beteiligung der Helfervertretung, zukünftige Form der Ausbildung, neues Zivilschutzgesetz, Satzung des BVS, Helferstatus und die Regelung der Aufwandsentschädigung.

Stv. Bundeshelfervertreter Reichelt dankte im Namen der Helferschaft Jür-

gen Grabke für seine aufopfernde Arbeit in den letzten vier Jahren und sein Engagement. Die satzungsgemäß heranstehende Neuwahl der Bundeshelfervertretung, über die bereits eingehend berichtet wurde, hatte folgendes Ergebnis: Bundeshelfervertreter Jürgen Grabke (Schleswig-Holstein), 1. Stellvertreter Winfried Reichelt (Hamburg) und 2. Stellvertreter Günter Wolter (Saarland).

Anschließend hatten die Landeshelfervertreter Gelegenheit, ausführlich aus ihrer Arbeit zu berichten. In diesem Zusammenhang wurden Fragen und Probleme festgehalten, die mit der Bundeshauptstelle besprochen werden sollten. Hierzu gehörten folgende Themen: Zusammenkünfte der Helfervertreter auf Landesebene, Sollstärkeplan, Stellenplan, Kritik der Helfer an der Ausbildung Ehrenhelfer, Versicherung von Sachschäden, Aufwandsentschädigung und Abfindung mit Reisekosten.

Am zweiten Tag der Zusammenkunft konnte Bundeshelfervertreter Grabke das Geschäftsführende Vorstandsmitglied des BVS, Direktor Helmut Schuch,

zen der Landesstellen hinaus angesprochen.

Nachdem das Thema „Ehrenhelfer“ mit der Bundeshauptstelle schon in der Vergangenheit wiederholt erörtert wurde, erfolgte hierzu ein Antrag der Helfervertretung Nordrhein-Westfalen, wonach die Altersgrenze für ehrenamtliche Helfer in der BVS-Satzung gestrichen werden sollte und eine ergänzende Regelung für die aus der aktiven Mitarbeit ausscheidenden Helfer aufzunehmen sei. Direktor Schuch zeigte Verständnis für die Beweggründe, wies aber auf die bekannten Schwierigkeiten hin, die diesem Vorhaben grundsätzlich entgegenstehen. Ein noch endgültig zu formulierender schriftlicher Antrag wird der Bundeshauptstelle vorgelegt werden.

Gleiches gilt für einen Antrag zur Änderung der Wahlordnung bezüglich einzelner, direkter Wahl (getrennte Wahlgänge), bei der Wahl des Helfervertreters und seiner beiden Stellvertreter, der schon zuvor von der Helfervertretung Saarland vorgebracht wurde. Bei der Erörterung der Regelung der Aufwandsentschädigung wurden der Bundeshauptstelle Beispiele für Härtefälle genannt.

Aus Zeitmangel wurden verschiedene Fragen, die ebenfalls einer dringenden Klärung bedürfen, nur kurz angesprochen. Es wird überlegt, in welcher Weise der zu behandelnde große Themenkreis zukünftig noch effektiver erörtert werden kann, ohne den Bereich der Berichte aus der Arbeit der Helfervertretung in den einzelnen Landesstellen über Gebühr zu kürzen.

Zwischen Nord- und Ostsee

Rendsburg. Zu einem Informationsabend mit dem BVS hatte die Paneuropa-Union Deutschland e. V., Kreisgruppe Rendsburg-Eckernförde, eingeladen. BVS-Dienststellenleiter Dieter Restorf (Lübeck) referierte über das Thema „Der Selbstschutz – wichtiger Bestandteil des Zivilschutzes“.

Restorf erläuterte zunächst die behördlichen Maßnahmen im Bereich des Zivilschutzes und die gesetzlichen Grundlagen. Zum Selbstschutz zugehörig nannte er alle Schutzvorkehrungen, die der Bürger für sich und seine Familie im Hinblick auf einen Katastrophen- oder Verteidigungsfall treffen kann, mit dem Ziel, Schäden zu verhindern, zu mildern oder zu beseitigen.

Zum Schluß appellierte Restorf, durch engagiertes Verhalten dazu beizutragen, den Selbstschutzedanken mehr als bisher in die Öffentlichkeit zu tragen.

Neustadt. Der CDU-Ortsverband Neustadt-Sierksdorf beschäftigte sich während eines Frühschoppens mit dem Thema „Selbstschutz“. Eingeladen waren neben den Mitgliedern auch alle Bürger. Referent war der Leiter der BVS-Dienststelle Lübeck, Dieter Restorf.

Die CDU kam mit diesem Vortragsthema den Bitten vieler Mitglieder nach, mehr Information über den Selbstschutz zu bieten.

Elmshorn. Über den Aufbau und die Aufgaben des BVS informierten sich die Mitglieder der Reservistenkameradschaft Elmshorn. Vor zahlreichen Zuhörern – auch viele Familienangehörige waren gekommen – erläuterte BVS-Dienststellenleiter Ingram Bonny die Aufgaben des Verbandes.

Dem Vortrag über vorbeugende und schützende Maßnahmen schloß sich eine Filmvorführung an. In einer kurzen Diskussion ging Bonny auf weitergehende Fragen der Teilnehmer ein.

Weddingstedt. Das gute Verhältnis des BVS zu den Feuerwehren hob BVS-Dienststellenleiter Ingram Bonny in der Wehrführerversammlung des Kreisfeuerwehrverbandes Dithmarschen hervor. Bonny bot den Ortswehrlern an, sich auch an den Dienstabenden einzelner Wehren als Referent zur Vergütung zu stellen.

Maßnahmen, den Ausbruch von Bränden zu verhindern, ihre Ausbreitung zu erschweren oder aber zeitlich zu verzögern, gehören, so Bonny, ebenso zur Vorsorge wie das Treffen von Vorkehrungen, die im Ernstfall das Retten von Mensch und Tier erleichtern.

„Der Erfolg aller Selbstschutzmaßnahmen in der Gemeinde hängt vor allem davon ab, ob und inwieweit es gelingt, in der Einwohnerschaft den Willen zum Selbstschutz zu wecken“, sagte Bonny und bat die Wehrführer um Unterstützung.

Schwarzenbek. Anlässlich einer Amtsausschußsitzung des Amtes Schwarzenbek-Land referierte der Leiter der BVS-Dienststelle Lübeck, Dieter Restorf, über das Thema „Selbstschutz – eine Aufgabe der Gemeinden“. Eine anfängliche Skepsis unter den Bürgermeistern war nicht zu übersehen. Ihre Zweifel galten dem Sinn von Selbstschutzmaßnahmen, mit denen die Bevölkerung im Verteidi-

gungsfall vor Schäden bewahrt werden soll.

Während ein Bürgermeister mit dem Satz „Wenn es losgeht, ist sowieso Feierabend“ offenbar die Meinung seiner Kollegen am treffendsten zusammenfaßte, wies Restorf nicht nur auf gesetzlich fixierte Zuständigkeiten der Bürgermeister und Amtsvorsteher für den Bereich des Zivilschutzes hin. Er hatte auch eine Reihe von Argumenten parat, um den Sinn von Schutzvorkehrungen zu belegen.

„Zum einen“, so Restorf, „wissen wir nicht, wie ein möglicher Krieg aussehen könnte. Es ist keineswegs zwangsläufig, daß ein bewaffneter Konflikt mit Atomwaffen ausgetragen wird. Zum anderen kann sich eine solche Vorsorge nicht nur im Verteidigungsfall als sehr nützlich erweisen.“

Restorf appellierte zum Schluß an die Bürgermeister, ihre Aufgaben in diesem Bereich wahrzunehmen und sich der Angebote des BVS zu bedienen.

Nachrichten aus Bremen

Bremen. Die BVS-Dienststelle Bremen hat ihre Informationsausstellung im Schutzraum an der Admiralstraße im Bremer Stadtteil Findorff erweitert. Interessierte Bürger können dort das Modell eines privaten Schutzraums in Originalgröße besichtigen. Der im Modell gezeigte Schutzraum bietet zehn Personen Platz, ist etwa 18 Quadratmeter groß und eignet sich zum Einbau in den Keller eines Hauses.

Vor kurzem besichtigte eine 30köpfige Delegation aus der Volksrepublik China den Schutzraum und ließ sich über die Möglichkeiten und Funktion des Selbstschutzes in der Bundesrepublik informieren. Die Chinesen – Techniker einer Firma aus der Umgebung der Hauptstadt Peking – waren Gäste einer Bremer Generatoren-Firma.

Quer durch Niedersachsen

Lillenthal. Zwei Abschlußklassen der Christoph-Tornée-Schule in Lillenthal nahmen an einem Selbstschutz-Grundlehrgang teil. Unter der Anleitung der BVS-Mitarbeiter übten die Schülerinnen und Schüler u. a. den Umgang mit Feuerlöschern und das Ablöschen einer brennenden Person mit Hilfe einer Decke.

Für Schulleiter Folker Schlender war dies nichts Neues: „Wir haben die Erfahrung gemacht, daß die Schüler der

Abgangsklassen ein besonderes Interesse an einem solchen Lehrgang haben.“ Schon seit mehreren Jahren arbeiten die Schulen und der BVS bei der Durchführung von Selbstschutz-Grundlehrgängen erfolgreich zusammen.

Haren. Einen großen Fortschritt beim Aufbau eines wirkungsvollen Selbstschutzes der Stadt Haren konnte die Verwaltung mit der Bestellung von 24 Selbstschutzberatern verzeichnen. Bürgermeister Pinkernell und Stadtdirektor Kley händigten den ehrenamtlichen Mitarbeitern im Ratssaal die Bestellungsurkunden aus.

Kley erinnerte in seiner Ansprache noch einmal an die Zeit der ersten Vorbesprechungen mit dem BVS bis hin zur Einführung der Selbstschutzberater in ihr Amt. Nicht einmal ein Jahr, so Kley, sei vergangen, bis man für jeden der sieben Wohnbereiche der Stadt zumindest einen Selbstschutzberater gefunden habe.

Die bislang ausgebildeten Mitarbeiter haben bereits einen Selbstschutz-Grundlehrgang, einen Ergänzungslehrgang, einen Strahlenschutz – sowie einen einwöchigen Fachlehrgang absolviert. Insgesamt sollen für jeden Wohnbereich mindestens sechs Selbstschutzberater zur Verfügung stehen.

Seelze. Das Ordnungsamt der Stadt Seelze informierte in Zusammenarbeit mit dem BVS auf dem Wochenmarkt die Bürger, wie man sich vor Gefahren des Alltags sowie bei Naturkatastrophen und in einem Verteidigungsfall schützen kann.

Gleichzeitig bemühte sich die Stadtverwaltung, interessierte Bürger für die Aufgaben eines Selbstschutzberaters zu gewinnen, um einen organisierten Selbstschutz in Seelze aufbauen zu können.

Stolzenau. Anlässlich einer vom Gewerbeverein Stolzenau veranstalteten Autoschau wurde von verschiedenen Hilfsorganisationen und dem BVS ein Sicherheitswettbewerb veranstaltet. An acht Stationen versuchten die Bürger verschiedene Gefahrensituationen zu bewältigen. Der BVS-Beitrag stand unter dem Motto: „Damit Hilfe kein Zufall bleibt“. Schirmherr war Bürgermeister Dieter Heuermann.

Celle. Auf das gestiegene Interesse der Bevölkerung an Schutzmöglichkeiten vor modernen Angriffswaffen wies Landesstellenleiter Edgar Sohl auf einer Arbeitstagung hin, die der BVS und eine namhafte Lufttechnik-Firma durchführten. Mehr als 60 Architekten und Bau-

ingenieure aus allen Teilen Niedersachsens nahmen daran teil.

Angesichts einer gleichzeitig zunehmend kritischen Beurteilung des Zivilschutzes durch Teile der Bevölkerung komme es darauf an, in der Öffentlichkeit eine sachbezogene Diskussion über mögliche Gefahrensituationen zu führen, betonte Sohl.

Die Teilnehmer der Tagung wurden u. a. mit der Wirkungsweise von Belüftungsanlagen für Schutzräume vertraut gemacht.

Cuxhaven. Vertreter aller Behörden des Landkreises Cuxhaven nahmen an einem Seminar der BVS-Dienststelle Cuxhaven zum Thema „Der Selbstschutz in Behörden – eine wichtige Aufgabe“ teil. Ziel der eintägigen Informationsveranstaltung war es, zum einen, Kenntnisse der im Verteidigungsfall drohenden Gefahren zu vermitteln, zum anderen, die Teilnehmer zu motivieren, aktiv im Selbstschutz der Behörden mitzuwirken.

BVS-Dienststellenleiter Hauser war erfreut über die gute Resonanz, die die Tagung bei den Behördenmitarbeitern gefunden hatte. Im Rahmen des umfangreichen Themenkatalogs wurde u. a. die Wirkung von Angriffswaffen angesprochen. Besondere Berücksichtigung fand dabei die Bedeutung des Schutzraumbaus sowohl in öffentlichen als auch in privaten Gebäuden.

Gleichzeitig stellte der BVS seine vielfältigen Aufgaben dar und zeigte die Möglichkeiten zur Unterstützung der Behörden in Fragen des Zivil- und Selbstschutzes auf.

Otterndorf. Fast zeitgleich mit der großen Ausstellung „Unser Heer“ zeigte die BVS-Dienststelle Cuxhaven in den Räumen der Kreissparkasse die Ausstellung „Der Mensch in der Gefahr“. Neben dem Schirmherrn der Veranstaltung, Landrat Martin Steffens, war bei der Eröffnung auch der Kreisdirektor des Landkreises Cuxhaven, Dr. Johannes Höppner, anwesend. „Der Landkreis Cuxhaven steht im Selbstschutz keinesfalls abseits, und wir hoffen, daß diese Ausstellung weitere Denkanstöße gibt, sagte Steffens in seiner Begrüßungsansprache.

Die Ausstellung fand einen guten Anklang und machte viele Besucher mit der Thematik des Zivil- und Selbstschutzes vertraut.

Meppen. Im Sitzungssaal des Rathauses der Stadt Meppen fanden sich die ersten sechs Bürger ein, die eine Ausbildung zum Selbstschutzberater absolviert hatten. Bürgermeister Plate

konnte Bernhard Rawe, Hermann Sievers, Egon Rieken, Heinz-Bernhardt Körte, Friedrich Stöber und Heinrich Bauer die Bestallungsurkunden zum Selbstschutzberater aushändigen.

Plate kritisierte einleitend, daß der Staat viele Jahre lang den Zivilschutz vernachlässigt habe. Vieles müsse noch wesentlich verbessert werden. Angesichts dieser Tatsache sei es besonders



Die ersten Selbstschutzberater der Stadt Meppen. (Foto: Hagen)

anerkanntenswert, daß sich einige Bürger bereiterklärt hätten, die ehrenamtliche Tätigkeit eines Selbstschutzberaters für die Stadt zu übernehmen. Im weiteren Gespräch wurde erläutert, daß es das Ziel der Stadt Meppen sei, in jedem der insgesamt sieben Wohnbereiche möglichst sechs Selbstschutzberater zur Verfügung zu haben.

Zwischenzeitlich sind auch Heinz Albers, Heinz Conen sowie Clemens Hagen zum Selbstschutzberater bestellt worden. Weitere acht Bürger befinden sich in der Ausbildung.

Meppen. Zu einer realistischen Selbstschutz-Ausbildung gehört auch die Möglichkeit, praktische Übungen durchführen zu können. Diese Möglichkeit hat jetzt die BVS-Dienststelle Osnabrück mit der Inbetriebnahme des Übungsgeländes in Meppen verwirklichen können. Nach Jahren der Improvisation ist ein Ausbaustand erreicht worden, der einen regelmäßigen Lehrgangs- bzw. Übungsbetrieb gestattet.

Geübt werden konnte schon seit längerer Zeit. Die „offizielle Inbetriebnahme“ wurde vom BVS jetzt vorgenommen. In einer kleinen Feierstunde, zu der die Dienststelle Osnabrück eingeladen hatte, wurde den Vertretern aus Politik und Verwaltung das Übungsgelände erläutert.

Dienststellenleiter Werner Köster erinnerte einleitend an die Aufgaben des BVS. Er trug vor, welche Aufgaben die Gemeinden auf dem Gebiete des Selbstschutzes haben und stellte fest, die Kommunen müßten noch erhebliche Anstrengungen machen, um einen guten Aufbaustand des Selbstschutzes zu erreichen. Köster appellierte aber auch an alle, den Selbstschutz nicht einigen

wenigen zu überlassen. Jedermann sei aufgerufen, für sich und seine Angehörigen die notwendigen Schutzmaßnahmen zu treffen, bzw. eine entsprechende Ausbildung zu absolvieren. „Selbstschutz darf nicht auf die Klasse Geübter und Ausgebildeter beschränkt bleiben“, betonte Köster.

Im weiteren Verlauf der Feierstunde wurde noch einmal der Werdegang des Übungsgeländes erläutert: Auf dem ehemaligen Bauernhof Grote, von dem nur noch die Reste eines Stalls erhalten blieben, konnte in den Jahren 1976/77 erstmals ein einfacher Übungsbetrieb aufgenommen werden. 1978 wurde mit wesentlicher Hilfe der Stadt Meppen unter Federführung des städt. Werkhofs ein Feldhaus errichtet. 1981 wurde wiederum mit Unterstützung der Stadt Meppen (mit Zuschüssen der Landkreise Emsland und Grafschaft Bentheim) eine Erweiterung des Feldhauses um einen sanitären Trakt vorgenommen. Jetzt konnte ein stärkerer Ausbildungsbetrieb anlaufen.



Viele Gäste sind zur Eröffnung des BVS-Übungsgeländes erschienen. (Foto: Hagen)

Auf dem Gelände ist von Mitarbeitern des BVS eine Rettungsstrecke errichtet worden. Der ehemalige Stall findet als Brandübungshaus Verwendung.

Man sei mit den geschaffenen Einrichtungen sehr zufrieden, stellte Köster fest. Es bleiben aber für die Zukunft noch wichtige Aufgaben: So muß z. B. das mittlerweile baufällig gewordene Brandübungshaus erneuert werden. Diese Maßnahme wird in diesem Sommer noch verwirklicht. Der Landkreis Emsland und alle dazugehörigen Gemeinden beteiligen sich finanziell an diesem Projekt.

In Namen von Rat und Verwaltung der Stadt Meppen dankte stv. Bürgermeister Tenbruck dem BVS für die Unterstützung bei der Erfüllung der Aufgaben im Bereich des Selbstschutzes. Tenbruck sicherte dem BVS die weitere Unterstützung der Stadt Meppen beim Ausbau des Übungsgeländes zu. Er überreichte Köster als Geschenk ein Bild vom Rathaus der Stadt.

Blickpunkt Nordrhein-Westfalen

Bonn. Schaufensterausstellungen des BVS vereinbarte die Dienststelle Bonn mit dem Apothekerverein der Bundeshauptstadt. Ausstellungstafeln und Fensteraufkleber informierten die Passanten über den Selbstschutz und das Ausbildungsangebot des BVS. Die Apotheker ergänzten die Ausstellungen mit Verbandmaterialien aus ihrem Sortiment. Auch fehlte natürlich nicht der Hinweis auf die BVS-Dienststelle, die für Rat und Auskunft zur Verfügung steht.

Dortmund. An der „8. Internationalen Schulmesse“ in der Dortmunder Westfalenhalle nahm die BVS-Dienststelle Dortmund mit einem Informationsstand teil. Eine Sanitätsbedarfsfirma stellte dem BVS kostenlos den Standplatz zur Verfügung.

Pädagogen und Fachleute erhielten wertvolle Anregungen über den Selbstschutz. In vielen Einzelberatungen wurden z. B. Schulleiter aus dem ganzen Bundesgebiet über das Informations- und Ausbildungsangebot des BVS informiert.

Unna. Um die Aufwertung der Position der Frau im Zivilschutz, insbesondere im Bereich des Selbstschutzes, bemühten sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Unna. Durch langfristige Planung war es möglich, die Aufmerksamkeit der Bevölkerung durch den Einsatz der BVS-Ausstellung „Die Frau im Zivilschutz“ in den stark besuchten Publikumsräumen öffentlicher Dienstleistungsbetriebe in Hamm und Lünen zu gewinnen.

Fragen zu den Themen „Schutzraumbau“ und „Vorsorge“ bildeten oft die Basis für längere Gespräche über eine mögliche Mitarbeit im BVS.

Viersen. Wilhelm Philips, Leiter der BVS-Dienststelle Viersen, wurde in den Ruhestand verabschiedet. Gäste aus Politik und Verwaltung, die ehrenamtlichen Helfer und die hauptamtlichen Mitarbeiter nahmen an der Verabschiedung teil. Landesstellenleiter Peter Eykmann würdigte den Einsatz und die Verdienste Philips in über 20jähriger Tätigkeit im BVS.

Philips, seit dem 1. Februar 1960 Helfer im damaligen BLSV, wurde im Oktober 1960 zum ehrenamtlichen Kreisstellenleiter in Kempen-Krefeld ernannt. Als hauptamtlicher Mitarbeiter übernahm er 1963 die Dienststelle Geldern. Krefeld, Moers, Neuss und Mönchengladbach waren weitere Stationen. 1980 zur BVS-



Aus der Hand von BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann (rechts) nimmt Wilhelm Philips zum Abschied ein Geschenk entgegen.

Dienststelle Viersen versetzt, schließt sich der Kreis: In Viersen, wo Philips seine Bereitschaft zur Mitarbeit im BLSV erklärte, wurde er auch in den Ruhestand entlassen.

Eykmann dankte mit einer Urkunde. Zahlreiche Geschenke von Gästen, Mitarbeitern und Helfern unterstrichen die gute Zusammenarbeit. In seiner Dankesrede erklärte Philips, daß er auch weiterhin dem BVS als ehrenamtlicher Helfer zur Verfügung stehe.

Soest. In Anerkennung seiner Verdienste um den Selbstschutz wurde Stadtdirektor Helmut Holtgrewe in der Winterstube des Rathauses Soest von BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann mit der Ehrennadel des Verbandes ausgezeichnet. In seiner Laudatio betonte Eykmann, Holtgrewe habe es nicht als lästige, vom Gesetzgeber auferlegte Pflicht betrachtet, den Selbstschutzgedanken zu fördern, sondern sich mit Mut und Begeisterung dieser Aufgabe gestellt.



Stadtdirektor Helmut Holtgrewe wird von BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann mit der BVS-Ehrennadel ausgezeichnet. (Foto: Pöschel)

In seinen Dankesworten betonte der Stadtdirektor, daß der Selbstschutz für ihn und die Stadt Soest eine wichtige Aufgabe und Teil einer glaubwürdigen Entspannungs- und Friedenspolitik sei.

Düren. „Selbstschutz – wichtiger Bestandteil des Zivilschutzes“ interessiert verstärkt Kommunalpolitiker. Vor dem Ausschuß für Angelegenheiten der zivilen Verteidigung der Stadt Mechernich mußte BVS-Mitarbeiter Michael Janke

einen großen Wissensdurst stillen. Ausschußvorsitzender Bressgen dankte für die überaus interessanten Informationen und versprach volle Unterstützung bei der schweren Aufgabe, den Selbstschutz weiter auszubauen.

Arnsberg. BVS-Fachlehrer Friedrich Almstedt wurde in einer Feierstunde von Landesstellenleiter Peter Eykmann mit der Ehrennadel des Verbandes ausgezeichnet. Seit über 20 Jahren ist Almstedt als Selbstschutz-Fachlehrer tätig.



BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann zeichnet Friedrich Almstedt mit der Ehrennadel des Verbandes aus. (Foto: Thüner)

Zahlreiche Bürger im Bereich der Dienststelle Arnsberg wurden durch ihn über Gefahren und Schutzmöglichkeiten im Verteidigungsfall in Selbstschutz-Grund- und Fachlehrgängen unterrichtet und ausgebildet. Seit 1972 ist Almstedt auch als Helfervertreter tätig.

Münster. BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann überreichte in einer Feierstunde die Ehrennadel des Verbandes an Wilhelm Lübke und Hans Faber. Lübke war seit 1956 ehrenamtlicher Helfer der damaligen BLSV-Ortsstelle Marl und seit 1964 hauptamtlicher Sachbearbeiter in den Dienststellen Marl, Coesfeld und Lüdenscheid sowie Leiter der BVS-Dienststelle Oberhausen. Nach seinem Ausscheiden als hauptamtlicher Mitarbeiter steht Lübke dem BVS seit 1978 ehrenamtlich als Redner und Fachlehrer zur Verfügung.



BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann (rechts) im Gespräch mit den Ausgezeichneten.

Faber fand 1959 den Weg zum damaligen BLSV. 1960 wurde er ehrenamtlich als Teilabschnittsstellenleiter und Leiter des Ausbildungstrupps eingesetzt und 1963 hauptamtlicher Mitarbeiter der BLSV-Ortsstelle Münster. Von Juli 1968 bis November 1970 war Faber Fachgebietsleiter der BVS-Dienststelle Tecklenburg und ab April 1970 Fachbearbeiter der BVS-Dienststelle Münster. Seit Dezember 1962 ist Faber mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Dienststellenleiters der BVS-Dienststelle Münster beauftragt.

Hessenspiegel

Darmstadt. Im Darmstädter Luisen-Einkaufs-Center hatte die BVS-Dienststelle sieben Tage lang eine Ausstellung über Zivil- und Selbstschutz aufgestellt. Der Stand war mit Schautafeln, Schutzraummodellen und einem elektronischen Frage- und Antwortgerät ausgestattet. Mitarbeiter der Dienststelle standen der Bevölkerung zur Information zur Verfügung.

Gut besucht ist der BVS-Stand im Einkaufs-Center.



Rund 16000 Bürger besuchten den Stand. 354 Anfragen zum Thema Selbstschutz wurden beantwortet. 74 Anfragen zum Schutzraumbau führten zu 40 Beratungen. Das Einkaufs-Center, Anziehungspunkt für Besucher aus ganz Südhessen, ist ein idealer Standort für derartige Veranstaltungen.

Korbach. Am 23. April 1983 fand mit Unterstützung der Stadt Korbach und unter Beteiligung aller Korbacher Hilfsorganisationen ein Sicherheitswettbewerb für Schülerinnen und Schüler der Korbacher Westwalschule auf dem Hauerplatz statt.

Die Schirmherrschaft für diese Veranstaltung hatte Bürgermeister Wolfgang F. Bonhage übernommen. Die Stadt stiftete eine wertvolle Uhr sowie weitere Preise.

An dem Wettbewerb beteiligten sich 46 Schülerinnen und Schüler. Sie hatten



Aus der Hand von Bürgermeister Wolfgang F. Bonhage nimmt eine Schülerin einen wertvollen Preis entgegen.

Anfang dieses Jahres an einem Selbstschutz-Grundlehrgang teilgenommen und konnten so ihr erworbenes Wissen unter Beweis stellen.

Bürgermeister Bonhage regte bei der Siegerehrung an, wenigstens einmal im Jahr einen solchen Wettbewerb durchzuführen. Auch Landrat Dr. Karl Hermann Rexius war Gast der Veranstaltung.

Wetzlar. Der Landrat des Kreises Gießen, Ernst Klingelhöfer, verabschiedete

den bisherigen Leiter der BVS-Dienststelle Wetzlar, Josef Brand, und überreichte ihm eine Ehrengabe des Kreises. Klingelhöfer bedankte sich für die langjährige gute Zusammenarbeit und wünschte Brand eine erfolgreiche Arbeit als Fachgebietsleiter „Ausbildung“ bei der BVS-Landesstelle.



Verabschiedung in der BVS-Dienststelle Wetzlar (von links): BVS-Dienststellenleiter Josef Brand, Landrat Ernst Klingelhöfer, BVS-Dienststellenleiter Josef Schramm, BVS-Landesstellenleiter Gerhard Straube. (Foto: Meier)

Brand gab einen kurzen Abriss über die Aktivitäten während seiner Amtszeit und unterstrich insbesondere die unbürokratische Zusammenarbeit mit dem Kreis und das persönliche Engagement des Landrates.

BVS-Landesstellenleiter Straube stellte im Anschluß den neuen Dienststellenleiter, Josef Schramm, vor.

Gemeinsam diskutierte man danach die Möglichkeiten, inwieweit der Kreis den Aufbau des Selbstschutzes in den Städten noch fördern könne. Die Hauptverwaltungsbeamten sollen in Bürgermeister-Dienstversammlungen erneut auf die Gewinnung von Selbstschutzberatern hingewiesen werden. Eine besondere Bedeutung komme auch den Selbstschutzsachbearbeitern zu, die nach einer entsprechenden Ausbildung für den Bürgermeister eine wichtige Unterstützung seien. Herausgestellt wurden die Städte und Gemeinden, die in Absprache mit der BVS-Dienststelle Veranstaltungsplanungen erstellen und so beim Bau des Selbstschutzes bereits gute Fortschritte erreicht haben.

Wiesbaden. Der Bezirkskatastrophenschutzleiter der Oberpostinspektion Frankfurt, Dörner, hatte von Postämtern in Darmstadt, Frankfurt, Fulda, Kassel, Limburg und Wiesbaden Helfer des Katastrophenschutzes der Bundespost zu einem Selbstschutz-Fachlehrgang „Bergungsgruppe“ eingeladen. Durchgeführt wurde der Lehrgang von der Fahrbaren Schule der BVS-Landesstelle Hessen.



Eine der Aufgaben im Fachlehrgang ist das Erstellen eines Dreibecks zum Heben schwerer Lasten.

Täglich führen die Teilnehmer mit Postbussen zum Übungsgelände der BVS-Dienststelle Darmstadt, einem stillgelegten Steinbruch im Mühlthal. Neben der

Ausbildung am Gerät der Bergungsgruppe wurden auch die Handhabung und der Gebrauch von Leinen geübt.

Bei der Schlußbesprechung stellten alle Beteiligten fest, daß noch viele Übungen notwendig sind, um Sicherheit im Umgang mit der vielseitigen Ausrüstung der Bergungsgruppe zu erlangen.

Wölfersheim. Zum dritten Male veranstaltete die „Arbeitsgemeinschaft Wetterauer Leistungsschau“ in der Wetterauhalle in Wölfersheim eine große Ausstellung unter dem Motto: „Leben, Wohnen, Bauen, Einrichten und Freizeit“.



Auch Bürgermeister Fröhlich machte mit beim Frage- und Antwortspiel des BVS.

Viele Bürger besuchten die reich bestückte Leistungsschau und nahmen die Gelegenheit wahr, sich am BVS-Informationsstand über Selbstschutzmaßnahmen beraten zu lassen. Auch das von der BVS-Dienststelle Friedberg aufgebaute Frage- und Antwortspiel fand reges Interesse.

Wächtersbach. Mit einem Ausstellungsstand beteiligte sich der BVS an der 35. Wächtersbacher Messe. Prominente Besucher am Stand waren Bundstagsabgeordneter Richard Bayha,



Staatsminister Reitz (Bildmitte) am Stand des BVS.

Staatsminister Dr. Vera Rüdiger, Staatsminister Reitz, Bürgermeister Heldmann sowie Landrat Rüter. Die Gäste ließen sich über die Aufgaben des Verbandes und über Selbstschutzmaßnahmen informieren.

Aktuelles aus Rheinland-Pfalz

Birkenfeld. Auf Einladung der BVS-Dienststelle Kaiserslautern besuchten 50 Mitglieder des Werkfeuerwehrverbandes sowie Sicherheitsingenieure aus Rheinland-Pfalz ein Informationsseminar an der BVS-Schule Birkenfeld.

Dienststellenleiter Matheis erläuterte den Aufbau des Zivilschutzes in der Bundesrepublik sowie die Aufgaben und das Ausbildungsangebot des BVS.

Die Dienststellenleiter aus dem Bereich der BVS-Landesstelle hatten die Möglichkeit, sich den Teilnehmern aus ihrem Bereich vorzustellen und Kontakte zu knüpfen. So konnten bereits mit den Seminarteilnehmern BKO-Lehrgänge abgesprochen werden.

Kaiserslautern. Zum Dank für die bisher durchgeführten Lehrgänge für den betrieblichen Katastrophenschutz eines großen Werkes in Rockenhausen lud die Werksleitung die Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Kaiserslautern zu einem Besuch ein.

Werkleiter Groß begrüßte die Teilnehmer und gab einen Überblick über den Aufbau und die Organisation des Werkes. Anschließend erläuterte Sicherheitsingenieur Klöß bei einer Werksbesichtigung mögliche Gefahrenquellen und zeigte den Gästen die in einem Stützpunkt untergebrachte Geräte-Ausstattung des betrieblichen Katastrophenschutzes.

Für die BVS-Lehrkräfte war die Werksbesichtigung eine gute Möglichkeit der Weiterbildung.

Saarland-Rundschau

Merzig. Eine Woche lang konnte sich die Bevölkerung in einem Kaufhaus im Rahmen der Ausstellung „Selbstschutz – ein Bekenntnis zum Leben“ über selbstschutzmäßiges Verhalten informieren und beraten lassen. Als Ergänzung zur Ausstellung wurden Kleinlösch- und Bergungsgeräte gezeigt. Besondere Aufmerksamkeit fanden Vorschläge für eine Lebensmittelbevorratung.

Bei der Eröffnung dankte Schirmherr Bürgermeister Walter Anton der BVS-Dienststelle Saarlouis, insbesondere dem BVS-Kreisbeauftragten Joachim Althoff, für die vielfältigen Bemühungen, der Bevölkerung den Gedanken des Selbstschutzes zu vermitteln.

Der Eröffnung folgten dann vor dem Kaufhaus verschiedene Demonstrationen, wie z. B. das Ablöschen brennender Personen.

Für den Nachmittag hatte sich Kreisbrandinspekteur Bühler bereiterklärt, im Anschluß an eine Selbstschutzübung die Freiwillige Feuerwehr zu alarmieren, um die Rettung von Personen über Rettungsleiter und durch Sprungkissen zu zeigen.

Der saarländische Innenminister Dr. Rainer Wickmayr stattete in Begleitung des Landtagsabgeordneten Alfred Becker der Ausstellung des BVS einen Besuch ab.

Südwest aktuell

Pforzheim. In Zusammenarbeit mit der Stadt Pforzheim informierte die BVS-Dienststelle Karlsruhe bei der Ausstellung „sparen – bauen – wohnen“ über die Möglichkeiten des Selbstschutzes. Der Schwerpunkt lag dabei im Bereich des Schutzraumbaus. Zahlreiche Besucher informierten sich über die baulichen Voraussetzungen und über die Gewährung staatlicher Zuschüsse.

Ulm. Die Präsentation der Ulmer Katastrophenschutz-Einheiten und der BVS-Dienststelle Ulm unter dem Motto: „Vorbeugen – Schützen – Helfen“ hatte bei der diesjährigen Ausstellung eine große Resonanz. Durch eine abwechslungsreiche Selbstdarstellung und vielseitige Demonstrationen aus dem Bereich des Katastrophen- und Selbstschutzes wurden die Besucher umfassend über die einzelnen Aufgaben informiert.

Besonders interessiert waren am Eröffnungstag prominente Besucher wie der Minister für Bundesangelegenheiten des Landes Baden-Württemberg, Frau Annemarie Griesinger, und Oberbürgermeister Dr. Lorenser, Schirmherr dieser Ausstellung.

Der BVS informierte durch Filmvorführungen, praktische Demonstrationen sowie mit einem Informationsstand zahlreiche Besucher über den Selbstschutz.

Oberndorf. In Anknüpfung an die Sirenenprobe vom 16. März 1983 führten die BVS-Helfer aus Oberndorf im Auftrag der Stadt eine Briefkastenaktion durch. Dabei wurden 2700 Falblätter mit Antwortkarte sowie 4000 Stück eines Informationsblattes, das zusammen mit der Stadtverwaltung entworfen worden war, durch die Helfer verteilt.

Die Resonanz war erfreulich: In der BVS-Dienststelle Rottweil trafen viele Antwortkarten von interessierten Bürgern ein.

Karlsruhe. Weit über 3000 Besucher, darunter zahlreiche Repräsentanten des politischen Lebens des Landes Baden-Württemberg und der Stadt Karlsruhe, kamen zur zweiten Info-Börse für Frauen, die nach 1981 zum 6. und 7. Mai 1983 zum zweiten Male in Karlsruhe stattfand. Die Börse stand auch diesmal wieder unter dem Motto: „Mitmachen macht Mut – Frauen können mehr“.



Der Minister für Bundesangelegenheiten des Landes Baden-Württemberg, Frau Annemarie Griesinger (Bildmitte), am Stand des BVS.

Im Landesgewerbeamt hatten über 50 Frauenorganisationen ihre Informationsstände aufgebaut. Am Stand der BVS-Dienststelle Karlsruhe informierte die Frauenfachbearbeiterin der Dienststelle, Eleonore Elsässer, zusammen mit ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen die Besucher über die Aufgaben und Arbeit des BVS. Interessierte hatten Gelegenheit, sich zu Informationsveranstaltungen und Selbstschutz-Grundlehrgängen anzumelden.

Der Minister für Bundesangelegenheiten des Landes Baden-Württemberg, Frau Annemarie Griesinger, hielt die Eröffnungsansprache. Sie besuchte auf ihrem Rundgang auch den Stand des BVS und zeigte sich beeindruckt von der Arbeit des Verbandes.

Stuttgart. „So kurz wie möglich, so lang wie nötig“, getreu diesem journalistischen Grundsatz übten die baden-württembergischen BVS-Dienststellenleiter „Pressefreiheit“. Als sicherlich anstrengende, aber lehrreiche Veranstaltung bezeichnete Landesstellenleiter Raach das erste Presseseminar im Landesstellenbereich. Sein Dank galt vor allem dem Seminarleiter und ehemaligem Chefredakteur der Fellbacher Zeitung, Joachim Kannicht, der es in hervorragender Weise verstand, journalistisches Wissen auf BVS-spezifische Belange abzustimmen und zu vermitteln.

Redaktionsbesuche, Besuch beim Süddeutschen Rundfunk, der Deutschen Presseagentur und dem Flughafen Stutt-

gart brachten willkommene Abwechslung und wichtiges Hintergrundwissen.

Höhepunkt des Seminars war jedoch eine Pressekonferenz mit Staatssekretär Ruder und Ministerialrat Dr. Müller vom Innenministerium Baden-Württemberg sowie BVS-Landesstellenleiter Raach.

Neben den anwesenden „Profis“ – es erschienen Beiträge in über 40 Zeitungen – berichteten auch die BVS-Dienststellenleiter über die Pressekonferenz. Unter der Überschrift „Staatssekretär Ruder für Schutzbaupflicht“ hier das journalistische Ergebnis einer Arbeitsgruppe:

„Die Landesregierung wird Bemühungen der Bundesregierung zur Einführung der Schutzraumbaupflicht unterstützen. Auch die Schweiz hätte ohne eine Schutzbaupflicht nicht für 90 Prozent ihrer Bürger Schutzplätze schaffen können.“ Dies erklärte Staatssekretär Ruder bei einer Pressekonferenz des Innenministeriums von Baden-Württemberg. Zwölf Gemeinden des Landes haben an einem Modellversuch zur Intensivierung des Selbstschutzes teilgenommen. Schon bevor der Versuch ausgewertet sei, müsse festgestellt werden, daß das Fehlen von Schutzplätzen das größte Hemmnis beim Aufbau des Selbstschutzes ist.

Pressekonferenz des Innenministeriums Baden-Württemberg im Haus des Landtags (von links): Ministerialrat Dr. Müller, BVS-Landesstellenleiter Wolfgang Raach, Staatssekretär Ruder, Regierungsdirektor Rieckhoff.



Im Jahr 1980 hat das Innenministerium Initiativen eingeleitet, bei denen es vor allen Dingen um folgende Maßnahmen geht:

- Einteilung des Gemeindegebietes in Wohnbereiche,
- Festlegung von Selbstschutz-Beratungsstellen,
- Bestellung von Selbstschutzberatern.

Bis heute sei in 90 Prozent der Gemeinden die Einteilung erfolgt, von den erforderlichen Selbstschutzberatern konnten jedoch erst 60 Prozent bestellt werden. Immerhin ist deren Zahl von rund 200 im Jahre 1980 auf jetzt über 1000 gestiegen. Die Berater, die vom Bundesverband für den Selbstschutz (BVS) ausgebildet werden, sind ehrenamtlich für die Gemeinde tätig. Sie unterstützen

die Gemeinde bei der Wahrnehmung der Selbstschutzaufgaben. Außerdem hat das Innenministerium auf eine intensive Zusammenarbeit der Gemeinden mit dem BVS und eine verstärkte Ausbildung und Aufklärung der Bevölkerung hingewirkt. Der Leiter der Landesstelle des BVS, Wolfgang Raach, ergänzte, daß die Ausbildung der Selbstschutzberater vierzehn Tage erfordere.

Die zwölf BVS-Dienststellen in Baden-Württemberg würden auch weiterhin der Ausbildung von Selbstschutzberatern Vorrang einräumen. Zur Unterstützung der Bemühungen des Landes hat das Bundesministerium des Innern in 80 Gemeinden des Bundesgebietes einen Modellversuch zur Intensivierung des Selbstschutzes durchgeführt. Aus Baden-Württemberg haben sich zwölf Gemeinden, u. a. Ditzingen und Ludwigsburg, daran beteiligt. Wie Staatssekretär Ruder hervorhob, sei ein wachsendes Interesse der Bevölkerung am Selbstschutz festzustellen. Etwas für den Selbstschutz zu tun – so Ruder –, sei auch dann sinnvoll, wenn in anderen Bereichen des Zivilschutzes, „etwa dem Schutzraumbau“, die Vorkehrungen noch unzureichend sind. Das Fehlen einer Schutzraumbaupflicht sei zu bedauern. Um den finanziellen Aufwand beim Bau von Schutzräumen in Grenzen zu

halten, sollten die technischen und baurechtlichen Vorschriften gesenkt werden.

Nach den Worten Ruders muß der Selbstschutz – wie alle Maßnahmen der zivilen Verteidigung – als eine notwendige Ergänzung der militärischen Verteidigung angesehen werden. Ruder wörtlich: „Militärische Verteidigung und zivile Verteidigung sind unverzichtbar aufeinander angewiesen, wenn die Verteidigungsbereitschaft glaubwürdig gemacht und der Schutz der Bürger gewährleistet werden soll.“

Bleibt noch nachzutragen, daß es bei dem Presseseminar nicht darum ging, Dienststellenleiter zu Redakteuren auszubilden. Ziel war es, unter anderem aufzuzeigen, was zeitungsgerechtes Schreiben bedeutet und wie wichtig der richtige Kontakt zur Presse ist.

Bayern heute

Kaufbeuren. In Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Bauernverband und den Landratsämtern Neu-Ulm und Unterallgäu veranstaltete die BVS-Dienststelle Kaufbeuren zwei Informationstagen „Selbstschutz“ für Ortsbäuerinnen.

nen. Landrat Josef Schick eröffnete die eine Veranstaltung, stv. Landrat Reinold Scheule hielt ein Kurzreferat.

Nach der BVS-Neukonzeption für die Öffentlichkeitsarbeit unternahm die Dienststelle erstmals den Versuch, die Zielgruppe der Ortsbäuerinnen im Rah-

men einer dreistündigen Information für den Selbstschutz zu motivieren.

Kernstück der Wissensvermittlung war der Themenbereich „Vorsorge und Eigenhilfe – ein Auftrag für die Frau“. Die beiden Veranstaltungen waren mit 121 Teilnehmerinnen gut besucht.

GZS Berlin



Zusammenarbeit mit der Verwaltungsakademie

Der Bundesverband für den Selbstschutz beabsichtigte im zweiten Halbjahr des vergangenen Jahres eine Broschüre aufzulegen mit dem Titel „Der Selbstschutz in Behörden“. Durch einen Besuch des Geschäftsführers der Gesellschaft in der BVS-Bundeshauptstelle erfuhr die Gesellschaft von diesem Vorhaben. Ohne Kenntnis der Einzelheiten wurde der Druckerei telefonisch Interesse an der Lieferung der Broschüre bekundet und die Firma gebeten, eine größere Stückzahl für die Gesellschaft mitzudrucken. Da wesentliche Aussagen der 136seitigen Broschüre sich mit den in Berlin nicht geltenden gesetzlichen Bestimmungen für den Bereich des Behördenselbstschutzes befaßten, ergab sich die Notwendigkeit, die anders gelagerte rechtliche Situation in einem Vorwort den Berliner Institutionen zu verdeutlichen.

Mit Beginn des Jahres 1983 kam die Broschüre zur Auslieferung und wurde entsprechend einem bereits vor längerer Zeit aufgestellten Verteilerschlüssel an die verschiedenen Behörden ausgeliefert. Obwohl je Behörde nur ein Exemplar mit begleitenden Zeilen versandt wurde, ergaben sich dennoch rund 1300 Empfänger, was die Mitarbeiter der GZS vor arbeitstechnisch große Probleme stellte und die begrenzte Portokasse extrem belastete.

Das Echo auf diese Broschüre war ausnahmslos positiv. Eine der ersten Reaktionen kam von der Verwaltungsakademie des Landes Berlin. Nach einem kurzen telefonischen Kontakt kam es wenige Tage später bereits zu einer Besprechung in der Geschäftsstelle der Gesellschaft, wobei die Akademie die Frage zu klären suchte, ob die GZS die Schulung von Sicherheits- und Stockwerksbeauftragten Berliner Verwaltungen in der Akademie übernehmen könnte. Gedacht war an ein zehnstündiges Seminar, verteilt über zwei Tage, das bislang in den bewährten Händen von Mitarbeitern der Berliner Feuerwehr lag. Da die berufli-

che Inanspruchnahme der Beamten der Berliner Feuerwehr eine zahlenmäßige Ausdehnung der Seminare nicht zuließ, kam das Ausbildungsangebot der Gesellschaft gerade zum rechten Zeitpunkt.

Eine Prüfung der Wünsche der Akademie unter Berücksichtigung der Themenpläne ergab, daß alle Wünsche abgedeckt werden könnten, es hierzu aber erforderlich wäre, die entsprechenden Vorträge und praktischen Übungen aus den verschiedenen Veranstaltungen zusammenzutragen. Dies ist zwischenzeitlich geschehen und liegt der Akademie als Vorschlag der Gesellschaft bereits vor. Eine Prüfung der Voraussetzungen ergab, daß die Theorie in der Akademie behandelt werden könnte, für die praktischen Maßnahmen des Seminars aber auf die Geschäftsräume der Gesellschaft ausgewichen werden muß.

Für den Herbst dieses Jahres ist ein Seminar als Pilotlehrgang geplant. Sollte dieses Seminar erfolgreich durchgeführt werden, ist vorgesehen, in den Folgejahren verstärkt derartige Veranstaltungen durchzuführen.

Von Bedeutung ist weniger die Tatsache, daß die Gesellschaft erneut in einer Institution Fuß fassen konnte, die ihr bisher verschlossen war, als vielmehr die Tatsache, daß über einen langen Zeitraum betrachtet eine große Zahl von Sicherheitsbeauftragten intensiv durch Lehrkräfte der Gesellschaft geschult wird.

GZS beteiligt sich verstärkt an Veranstaltungen

Im Jahre 1982 feierte der Bezirk Spandau den 750. Jahrestag seiner Gründung. Mit einer wahren Flut von Veranstaltungen wurde diese Jahreszahl entsprechend gewürdigt und gefeiert. Der Katastrophenhilfsdienst, an dem Berliner Feuerwehr, Technisches Hilfswerk, Deutsches Rotes Kreuz, Malteser-Hilfsdienst, Arbeiter-Samariter-Bund, Johan-

niter-Unfall-Hilfe und Deutsche Lebensrettungs-Gesellschaft beteiligt sind, stellte sich in einer größeren Veranstaltung den Berlinern, insbesondere aber den Spandauern vor und zeigte Ausschnitte aus seinem jeweiligen Tätigkeitsbereich.

Die Gesellschaft für den Zivilschutz, die für alle vorgenannten Organisationen in ihren eigenen Veranstaltungen wirbt, war ebenfalls beteiligt.

Die in Spandau gesammelten positiven Erfahrungen und andere Veranstaltungen, wie z. B. der Tag der offenen Tür bei der Berliner Polizei, führten dazu, allen Bezirken eine Beteiligung der GZS an Tagen der offenen Tür, Stadtteilfesten, Sommerfesten etc. anzubieten. Die Reaktion war bereits äußerst positiv, obwohl die Schreiben an die Bürgermeister erst vor kurzem abgesandt wurden. So war die Gesellschaft am 22. Mai mit einem Stand zum Residenz-Straßenfest eingeladen.

Am 29. Mai fand der Tag der offenen Tür bei der Berliner Polizei in ihrer Ausbildungsstätte in Spandau-Ruhleben lebhaften Anklang. Von den gezählten rd. 15 000 Gästen besuchte ein großer Teil auch den Stand der Gesellschaft und ließ sich über das Ausbildungsprogramm informieren.

Das nächste größere derartige Vorhaben ist am Wochenende 11./12. Juni 1983, „Der Markt der Begegnung“, an dem sich verschiedene Kirchengemeinden, die Parteien, Betriebe und Behörden sowie Hilfsorganisationen beteiligen. Die Gesellschaft setzt dort unter anderem einen Filmwagen und einen Informationsstand ein. Weitere konkrete Vorhaben sind die Beteiligung am Deutsch-Amerikanischen Freundschafts-Tag, der am 4. September 1983 stattfindet, und eine Beteiligung am Weihnachtsmarkt in Neukölln.

Für das kommende Jahr wurde der amerikanischen Schutzmacht eine Beteiligung am Tag der offenen Tür auf dem Flugfeld Tempelhof angeboten, eine Veranstaltung, die bisher jedes Jahr Zehntausende anlockte.



Sturmschäden beseitigt

Dagebüll. Am 1. Februar 1983 schien mittags noch die Sonne, und es zeigten sich nur wenige Wolken am Himmel, aber Ungewöhnliches schien in der Luft zu liegen. Am Nachmittag nahm der Wind zu und steigerte sich in kurzer Zeit zu Orkanstärke. 130 km/h wurden in Nordfriesland gemessen. Das Wasser stieg weit über Normal und erreichte am Abend am Pegel in Husum 2,80m über Mitteltide-Hochwasser.

Vorsorglich wurden die Ortsverbände des THW im Kreis Nordfriesland alarmiert. Die Helfer des THW-OV Niebüll und der umliegenden Freiwilligen Feuerwehren wurden zur Mole in Dagebüll gerufen, wo ein Fährschiff der Wyker Dampfschiffs-Reederei leckgeschlagen war. Mit allen zur Verfügung stehenden Pumpen versuchten die Einsatzkräfte, das ins Schiff eingedrungene Wasser zu lenzen. Außerdem bemühten sie sich, das Leck abzudichten. Bis spät in die Nacht hinein waren die Helfer eingesetzt, um das Fährschiff wieder flottzumachen.

In Husum drohte der Sturm das Dach des Husumer Hallenbades wegzureißen. Die Helfer des THW-OV Husum und die Feuerwehr Husum beschwerten das Dach mit Sandsäcken, trotzdem konnte der orkanartige Sturm ca. 100 Quadratmeter der Dachabdeckung abtragen.

Es erfolgten noch mehrere kleine Einsätze, wie Fällen und Zersägen von sturmgeschädigten Bäumen, die auf die Straße gefallen waren und den Verkehr behinderten.

U. M.

Informationsveranstaltung für Soldaten

Hamburg. Zu einer Informationsveranstaltung waren zwanzig Offiziere und Unteroffiziere der Nachschubkompanie 170 zum THW-Landesverband gekommen, um sich über Aufbau, Organisation und Ausrüstung der Hilfsorganisation zu informieren. Seit dem THW-Bundeswettkampf 1981, bei dem die Kompanie den Landesverband bei der Betriebsstoffversorgung unterstützte, besteht zwischen dieser Einheit und dem THW Hamburg ein enges Verhältnis.

Die Hauptsachgebietsleiter trugen den Besuchern die Schwerpunkte ihres Aufgabenbereiches und die Einbindung des THW in den Hamburger Katastrophenschutz vor. Anhand von Filmen und Dias



Offiziere und Unteroffiziere informieren sich beim THW-Landesverband Hamburg über die Aufgaben der Hilfsorganisation. (Foto: Krüger)

wurden die Soldaten anschaulich über alle Einsatzmöglichkeiten des THW informiert.

Bei der anschließenden lebhaften Diskussion wurden Fragen der Freistellung, der Aus- und Weiterbildung von Führern und Unterführern und der Geräteausstattung angesprochen. Es wurde auch der Wunsch geäußert, einmal an einer praktischen Ausbildung teilnehmen zu können. Dieses Vorhaben ist im zweiten Halbjahr 1983 geplant. Die Selbstschutzausbildung der Kompanie soll, zum gegenseitigen Kennenlernen, auch einmal während einer Ganztagsausbildung in einem THW-Bezirksverband stattfinden.

A. K.

Besuch des NATO-Hauptquartiers

Hamburg. Auf Einladung der Pressestelle des Standortkommandos Hamburg besuchte THW-Landesbeauftragter Trautvetter das NATO-Hauptquartier in Brüssel und die militärische Befehlsstelle der NATO, SHAPE.

Zusammen mit 30 weiteren Pressevertretern aus Hamburg wurden die Besucher über allgemeine militär-politische

Ein Gruppenfoto kurz vor dem Abflug zur NATO nach Brüssel.



Fragen des Bündnisses informiert und konnten in lebhaften Diskussionen mit hohen Offizieren wertvolle Einblicke in Aufbau und Wirkung des Verteidigungsbündnisses erlangen. Auch Fragen der zivilen Verteidigung und der zivilmilitärischen Zusammenarbeit fanden in der Aussprache ihren Platz.

Den Abschluß der Informationsreise bildete der Besuch eines Frühwarnverbandes der Luftwaffe.

A. K.

Brückenbauausbildung wieder aufgenommen

Hamburg. Nach fast anderthalb Jahren Unterbrechung haben die Brückenbaugruppen des THW-Landesverbandes Hamburg ihre Ausbildung an der 40-t-D-Brücke der Hansestadt Hamburg wieder aufgenommen.



Wieder aufgenommen: die Ausbildung an der 40-Tonnen-D-Brücke. (Foto: Krüger)

Die D-Brücke der Baubehörde war für eine Brückenerneuerung fest eingebaut worden und steht jetzt für die Ausbildung wieder zur Verfügung. Die THW-Helfer werden von Mitarbeitern der Baubehörde und der Herstellerfirma fachlich eingewiesen und praktisch geschult.

Als Höhepunkt der Ausbildung ist geplant, daß die THW-Helfer während einer Brückenbauausstellung im Rathaus

die D-Brücke auf dem Rathausmarkt vor Publikum aufbauen. A. K.

THW-Jugendgruppe beim „8. Hanstedter Feuerwehrmarsch“

Hamburg. 120 Wehren, darunter 20 Jugendfeuerwehren, nahmen am „8. Hanstedter Feuerwehrmarsch“ teil.

Damit zum Abschluß des Marsches auch noch eine sportliche Aufgabe, die viel Geschicklichkeit erforderte, die Zuschauer anlockte, wurde von den Jugendgruppen aus Hamburg-Altona und Hamburg-Mitte ein Hängesteg mit einer Spannweite von 40 m und mit nur einer Bretttafel über den Hanstedter See gebaut. Außerdem wurde aus Rettungsflößen, die mit Bretttafeln versehen waren, kleine Inseln im Abstand von einem Meter verankert, die durch Überspringen zu überwinden waren.



Oben: Das Überspringen erfordert äußerste Konzentration von den Jugendlichen.

Unten: Sie freuen sich über den 2. Platz beim Hanstedter Feuerwehrmarsch. (Fotos: Düll)



Hier hatten die Zuschauer den meisten Spaß, denn so mancher Feuerwehrmann ging unfreiwillig baden.

Trotz des Handikaps, feuerwehrtechnische Fragen nicht beantworten zu können, startete auch eine der Altonaer THW-Jugendgruppen. Dieses Mal hatten die Jugendlichen Glück: Es gab verstärkt Fragen aus dem Fachbereich der Ersten Hilfe, und hier waren sie topfit und holten alle Punkte.

Jubel brach aus, als über Lautsprecher verkündet wurde, daß die THW-Jugendgruppe aus Altona den zweiten Platz belegt hatte. M. D.

Rolf Dunker dreißig Jahre im THW

Hamburg. Am 10. Februar 1983 feierte Rolf Dunker vom THW-Bezirksverband Hamburg-Mitte sein 30jähriges Jubiläum als ehrenamtlicher Helfer im Kreise seiner Kameraden. Neben Landesbeauftragten Trautvetter waren viele Kameraden aus den Nachbarverbänden sowie Dunkers Vorgesetzte und Kollegen von der Hamburger Berufsfeuerwehr erschienen.



Aus der Hand von THW-Landesbeauftragten Trautvetter nimmt Schirmmeister Dunker die THW-Plakette entgegen. (Foto: Krüger)

Die Laudatio hielt der THW-Bezirksbeauftragte für Hamburg-Mitte, Erwin Siebert. Er bedankte sich für die geleistete Arbeit und hob hervor, wieviel Opfer an Zeit und wieviel Idealismus von Dunker aufgebracht werden mußte. Siebert schloß seine Rede mit dem Dank im Namen aller Kameraden sowie den besten Wünschen für die Zukunft und überreichte einen Zinnteller im Namen des Bezirksverbandes.

Landesbeauftragter Trautvetter hob hervor, daß auf so ein stolzes Jubiläum nur wenige Helfer zurückblicken können. Im Namen des Direktors des THW überreichte er dem Jubilar eine Urkunde sowie die Ehrenmedaille des THW. D. G.

Nachruf

Am 23. Mai 1983 verstarb an den Folgen eines Verkehrsunfalls der THW-Helfer

Andreas Meyer

im Alter von 23 Jahren.

Meyer war ein engagierter Helfer im Bezirksverband Hamburg-Wandsbek.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Bezirksbeauftragte und die Helfer des Bezirksverbandes Hamburg-Wandsbek.

THW-Helfer besuchten Zeitungsverlag

Bremen-Neustadt. Eine Orientierungsfahrt durch die Landkreise Diepholz und Oldenburg absolvierten die Einheiten des THW-OV Bremen-Neustadt. Ziel war das Druck- und Verlagshaus der Kreiszeitung am Ristedter Weg in Syke. Rudolf Nürnberg von der Verlagsleitung begrüßte die Helfer, an ihrer Spitze den Neustädter Ortsbeauftragten Hermann Sedlatschek.



Die THW-Helfer informieren sich über die Arbeit in einem Zeitungsverlag. (Foto: Woltemath)

Während eines Rundganges konnte sich die THW-Helfer ein eigenes Bild von der Arbeit in einem Tageszeitungsverlag machen. Mit großem Interesse führten sie Gespräche in der Redaktion, Setzerei und Druckerei. Sie erfuhren u. a., daß die Kreiszeitung mit den ihr angeschlossenen Verlagen in Verden, Diepholz, Sulingen und Achim täglich eine Auflage von 70 000 Exemplaren erreicht. Modernste Technik gewährleistet dabei einen reibungslosen Produktionsablauf.

U. W.

THW und Stadtwerke erörtern Möglichkeiten der Zusammenarbeit

Bremen. Möglichkeiten der Zusammenarbeit erörterten Vertreter des THW und der Bremer Stadtwerke AG – dem Versorgungsunternehmen der Hansestadt – in einer Gesprächsrunde in der Unterkunft des THW-OV Bremen-Schwachhausen.

Peter Schmaltz und Hinrich Willen, die bei den Stadtwerken unter anderem für den Werk- und Katastrophenschutz verantwortlich sind, zeigten sich dabei beeindruckt vom Ausbildungsstand der THW-Einheiten und von den zur Verfügung stehenden Fahrzeugen und Geräten. Für das THW nahmen an dem Gespräch Landesbeauftragter Dirk Göbel, Kreisbeauftragter Hans Bruns und der Schwachhauser Ortsbeauftragte Erich Behrendt teil.

Bei einem Rundgang durch die Unterkunft, Werkstätten und Garagen hatte

Behrendt zuvor seinen Ortsverband vorgestellt.

Die Mitarbeiter der Stadtwerke interessierten sich natürlich in erster Linie für die Einsatzmöglichkeiten und die Ausstattung des Instandsetzungszuges. Zugführer Konrad Stybel und seine Helfer standen ihnen bereitwillig Rede und Antwort.

U. W.

Jugendgruppen-Leistungsvergleich auf Landesebene

Cloppenburg. Neun der insgesamt 35 niedersächsischen THW-Jugendgruppen traten am Sonntag, dem 8. Mai 1983, auf dem Marktplatz in Cloppenburg gegeneinander an, um bei einem Leistungsvergleich auf Landesebene den Landessieger 1983 und den Teilnehmer am THW-Bundeswettkampf in Darmstadt zu ermitteln.



Vorbereitende Holzarbeiten (Stützbockbau) für das Abstützen einer zwei Meter hohen Wand. (Foto: Bormann)

Für ein interessantes Rahmenprogramm hatte der gastgebende THW-OV Cloppenburg gesorgt. Als Ausgleich für das Fehlen spielerisch-sportlicher Elemente beim Wettkampf wurde ein Bootsübersetzmanöver mit Schlauchbooten auf der Thülsfelder Talsperre durchgeführt und anschließend ein etwa einstündiger Fußmarsch unternommen, der zu einem Grillplatz führte.

Am Sonntag konnte die jeweils wett-kampffreie Gruppe – es wurde auf fünf bzw. vier Bahnen in zwei Etappen gekämpft – das Museumsdorf in Cloppenburg besuchen.

Die Aufgabenstellung des Leistungsvergleiches entsprach in etwa der des Bundeswettkampfes:

- Einweisung eines Mannschaftskraftwagens,
- Einrichtung einer Geräteablage,
- Erstellung und Einbringung eines Bretterschnellsteges in Sonderbauweise,
- Bau und Betrieb einer Seilbahn zum Transport eines geborgenen „Verletzten“,
- Abstützen einer ca. zwei Meter hohen Wand durch Stützbock mit Schwellenreiblade und Knaggen,

– Überwindung dieser Wand nach durchgeführter Abstützung mit Hilfe von Steckleitern,

– Ausleuchten mehrerer Arbeitsstellen mit Petroleum-Starklichtlaternen,

– Bergung eines „Verletzten“ mit Hilfe des Hydraulik-Hebers,

– Abtransport eines geborgenen, auf einer Trage eingebundenen „Verletzten“ mit parallelen Leitern über eine bereits abgestützte Wand,

– Geräteverlastung auf dem MKW,

– Antreten der Gruppe und Abgabe der Schlußmeldung durch den Gruppenführer.

Vier Mannschaften konnten die gestellten Aufgaben innerhalb der vorgegebenen zweieinhalb Stunden lösen, davon mit ca. 30 Minuten Vorsprung vor Uelzen die Jugendgruppe des THW-OV Lüchow-Dannenberg als erste. Auf Platz 3 folgte die Jugendgruppe Leer. Den 4. Rang nahm Hude-Bookholzberg ein.

Um 16 Uhr fand die Siegerehrung statt, bei der Bürgermeister Dipl.-Ing. Bernd Thonemann – der auch die Schirmherrschaft übernommen hatte – der Siegergruppe aus Lüchow-Dannenberg einen von der Stadt Cloppenburg gestifteten Pokal überreichte und allen beteiligten Jugendlichen für das gezeigte Engagement dankte.

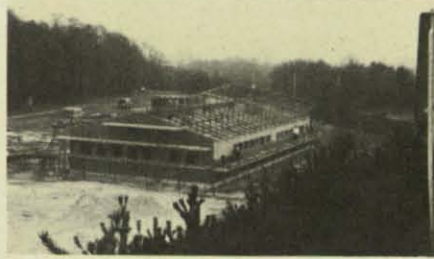
R. B.

Neue Unterkunft für THW Meppen

Meppen. Die in der Vergangenheit sehr beengte Unterbringung und die begrenzten Ausbildungsmöglichkeiten beim THW-OV Meppen gehören bald der Vergangenheit an: Mit einem Kostenaufwand von 1,1 Mio. DM wird in Meppen an der Lathener Straße eine Unterkunft sowie eine Kraftfahrzeughalle gebaut.

Die alte angemietete THW-Unterkunft im Stadtteil Nödiike war viel zu klein geworden. Ein Teil der Fahrzeuge muß im Freien stehen; die Ausbildung der Helfer ist wegen der beengten Verhältnisse sehr schwierig.

Die neuen Gebäude, für die die Stadt Meppen eine Fläche von 40 000 m² zur



Mitten im Bau: Die neue Unterkunft des THW-OV Meppen. (Foto: Hagen)

Verfügung stellte, können alle Fahrzeuge des Ortsverbandes aufnehmen. Das neue Gelände ist groß genug, um alle Ausbildungsmaßnahmen auch im Freien durchführen zu können. Wie die Fahrzeughalle wird auch das Unterkinftsgebäude in Massivbauweise errichtet. Das Gebäude für zwei THW-Züge wird künftig auch die Geschäftsstelle für den THW-Bereich Emsland und Grafschaft Bentheim beherbergen.

Nach dem ersten Spatenstich im Oktober 1982 konnte man bereits im Februar das Richtfest feiern. Hierbei begrüßte Ortsbeauftragter Alois Büring auch Bundestagsabgeordneten Rudolf Seiters als Gast.

Bauleitende Behörde ist das Staatshochbauamt Lingen. Zum Richtfest konnte THW-Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Eckhard Leiser dem Ortsverband Meppen Hoffnung machen, daß bald auch eine THW-Jugendgruppe in Meppen genehmigt werde. Sie wird in den neuen Räumlichkeiten dann eine gute Startbasis finden.

B. H.

Leistungsvergleich niedersächsischer Instandsetzungseinheiten

Hannover. Das Endergebnis des Leistungsvergleiches der THW-Instandsetzungszüge am 23. April 1983 in Bissendorf wies die Einheiten aus Stade und Uelzen vom Erfüllungsgrad der zu bewältigenden Aufgaben her gleich aus. Somit mußten zur Ermittlung des Siegers die Einzelergebnisse der beteiligten Gruppen herangezogen werden.



Helfer einer Elektrogruppe bei Vorbereitungsarbeiten zum Aufschalten eines Erdkabels zu einer Freileitung.

Die Entscheidung für den Sieg des I-Zuges Stade über Uelzen brachte das Ergebnis der Gas/Wasser-Gruppe. Ihre acht Helfer hatten mit einer um 27 Minuten besseren Zeit gegenüber den Kontrahenten die gestellte Aufgabe – Instandsetzung eines Rohrbruchs an einer Druckleitung, Befüllen und Abdrücken der Leitung sowie Einrichten einer Trinkwassernotzapfstelle – als schnellste gelöst.

Das umfangreichste Aufgabengebiet hatten die Elektro-Gruppen zu absolvieren,

die dafür allerdings auch zehn Helfer in die Wettkampfbahn entsenden konnten. Sie mußten ein Erdkabel an eine vorhandene Freileitung aufschalten, den Anschluß eines Baustellenverteilers durchführen, eine Verteilung einrichten und die gesamte Anlage – dies ist allerdings aus technischen Gründen keiner der Gruppen gelungen – in Betrieb nehmen.

Die fünf Helfer der Abwasser/Öl-Gruppe schließlich hatten die Aufgabe, eine Abwasserleitung herzustellen, diese zum Mischwasserkanal hinzuführen und ihn behelfsmäßig instandzusetzen sowie Schmutzwasser aus dem Pumpensumpf abzupumpen.

Erstmals wurden – analog zu den Bedingungen des Bundeswettkampfes am 18. Juni 1983 in Darmstadt – für fachliche Fehler und Verstöße gegen die Sicherheitsbestimmungen fünf-, zehn- und fünfzehnminütige Strafzeiten verhängt.



Oben: Zu den Aufgaben des Leistungsvergleichs gehören auch Schweißarbeiten.

Unten: Ein Mischwasserkanal wird behelfsmäßig instandgesetzt. (Fotos: Wrede)



Besonders häufig traf das zeitlich bedingte „Aus“ die Helfer der Elektro-Gruppe, die es generell versäumten, die Freischaltung zu melden und gegen Wiedereinschalten zu sichern.

Insgesamt kann der Leistungsstand der beteiligten Einheiten aus Celle, Lehrte, Stade und Uelzen nach Aussage von Hauptschiedsrichter Rudolf Engelke, Sarstedt, als zufriedenstellend bezeich-

net werden. Dies vor allem unter dem Aspekt, daß erstmals sämtliche Gruppen eines Zuges zur Erreichung des Auftragsziels im bisher kaum geübten Miteinander tätig werden mußten.

Es hat sich aber auch gezeigt, daß gerade in die THW-Instandsetzungsgruppen fachlich qualifizierte Helfer gehören, die das in der täglichen Praxis Erlernte optimal im Einsatz anwenden können. R. B.

THW-Helfer löschte Zimmerbrand

Hamel. Eine nicht ausgeschaltete Elektro-Herdplatte und ein Topf mit ausgelassenen Flomen waren die Ursache für einen Zimmerbrand in der Wohnung einer 70jährigen Hausfrau in Groß Berkel (Landkreis Hameln-Pyrmont), der aufgrund des schnellen und umsichtigen Handelns des hauptamtlichen Kraftfahrers und Gerätewartes beim THW, Rudi Heppe, noch glimpflich ausging.

Rudi Heppe erzählt: Am Dienstag, dem 29. März 1983, fuhr ich gegen 17.30 Uhr in Richtung Königsforde nach Hause. Als ich in Groß Berkel am Haus Nr. 2 vorbeikam, bemerkte ich, wie Rauch aus den Fenstern einer Wohnung drang. Vor dem Haus hatte sich bereits eine kleine Menschenmenge versammelt. Halt, dachte ich, da muß es brennen, stoppte und fuhr zurück. Ich nahm Helm und Handschuhe aus dem Kofferraum und rannte zum Haus.

Auf meine Frage, was passiert sei, antwortete man mir: „Es brennt!“ Ob sich noch jemand in der Wohnung befindet, konnte man mir nicht sagen.

Kurz entschlossen ließ ich mich hochheben und kletterte durch das offene Badezimmerfenster in die Wohnung. Wegen der starken Rauchentwicklung konnte ich kaum zwei Meter weit sehen. Nach kurzem Suchen entdeckte ich die Wohnungsinhaberin, eine ältere Frau, die mir den Weg zur Küche zeigte. Ich lief hinein und sah, daß sie schon nasse Tücher und Decken über die Flammen geworfen hatte. Nun öffnete ich erst einmal die Fenster und warf alles Brennende hinaus. Den Schwadenabzug, der Feuer gefangen hatte, riß ich von der Wand und warf ihn ebenfalls aus dem Fenster. Als das Feuer gelöscht war, öffnete ich in allen Räumen Fenster und Türen, um den Qualm abziehen zu lassen. Der Wellensittich der Frau, dessen Vogelbauer ebenfalls ausgebrannt war, hatte sich in das Wohnzimmer geflüchtet.

Als sich der Qualm nahezu verzogen hatte und ich feststellen konnte, daß der Brand vollkommen gelöscht war, rief ich die Polizei an, um den Vorfall zu melden

und half anschließend noch beim Aufräumen. Der Schaden, der durch den Zimmerbrand entstanden war, war beträchtlich. Mich hat es gefreut, daß ich helfen konnte und Menschen nicht zu Schaden gekommen sind.

Neue Garagenhalle eingeweiht

Berlin. Dem THW-Landesverband Berlin ist es Ende des Jahres 1982 noch gelungen, eine „kleine Baumaßnahme“ durchzuführen: Ein Teil einer großen Halle aus dem Sondervermögen des Bundes wurde zu einer Großgarage für die Unterbringung von 14 Einsatzfahrzeugen der Bezirksverbände Steglitz und Zehlendorf ausgebaut.

Sieben Tore wurden eingebaut und die Halle mit einer feuerhemmenden Decke versehen. Auch für die Sicherung der Halle mußten verschiedene Baumaßnahmen durchgeführt werden. Aus Bundesmitteln wurden insgesamt 105000 DM aufgewendet. Sämtliche Maler-, aber auch Installations- und Nebearbeiten wurden von den Helfern in Eigenleistung erbracht. Fast 1000 Stunden wurden hierfür geleistet. Der Kostenvoranschlag des Bauamtes konnte dadurch um 25000 DM unterschritten werden.



Die neue Garagenhalle – zur Einweihung als Festsaal hergerichtet. (Foto: Wolf)

Durch die kalte Witterung hatten sich die restlichen Malerarbeiten doch noch etwas hinausgezögert. Von den insgesamt 35 Fahrzeugen und Anhängern der beiden Bezirksverbände sind nun mehr als die Hälfte ordnungsgemäß untergebracht.

In seiner Ansprache zur Einweihung am 15. April 1983 ging THW-Landesbeauftragter Brühl auch auf die weitere Unterkunftplanung sowohl für die Bezirksverbände Steglitz und Zehlendorf als auch auf die überbezirkliche Planung ein. Es wurde dabei mit Freude vermerkt, daß sich in Berlin auch erstmalig auf dem Sektor der Neubaumaßnahmen etwas bewegt und man zuversichtlich mit dem Baubeginn der Unterkunft für die Bezirksverbände Kreuzberg und Neukölln im Jahre 1984 rechnet.

Nach der Aushändigung der Hallenschlüssel an die Bezirksbeauftragten von Steglitz und Zehlendorf übergab der Landesbeauftragte noch neue Gerätekraftwagen an die Bezirksverbände Zehlendorf, Tiergarten und Neukölln.

Erbsensuppe am „Tag der offenen Tür“

Berlin. 500 Portionen Erbsensuppe brachte der THW-Bezirksverband Tempelhof an den „Mann“, als der Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses, Peter Rebsch, zum „Tag der offenen Tür“ ins Rathaus Schöneberg lud.

Unter Leitung des altgedienten Küchenchefs Karl-Heinz Biermann war die Suppe rechtzeitig fertig. Gegen 18.00 Uhr begann die Ausgabe an die herbeiströmende Menge. Bald gingen die für diese Veranstaltung beschafften 500 Suppenschalen zur Neige, aber noch gut 60 Portionen waren übrig, und wenigstens 200 Besucher bekundeten ihr Interesse an diesem Rest. Das Problem konnte gelöst werden: Das Freibier neigte sich dem Ende zu, so daß die restlichen Trinkbecher für die weitere Verteilung der Suppe benutzt werden konnten.

Nach zwei hektischen Stunden war die Küche leer, und der Heimweg konnte angetreten werden. U. V.

Der Präsident des Abgeordnetenhauses Berlin, Peter Rebsch (rechts), unterstützt das Küchenpersonal des THW.

(Foto: Schubert)



THW-Einsatz nach Teileinsturz eines Gebäudes

Berlin. Nach behördlich nicht genehmigten Baumaßnahmen eines Heimwerkers stürzte ein auf zwei Pfeilern stehendes, im ersten Obergeschoß gelegenes Zimmer eines Zweifamilienhauses ein. Glücklicherweise befanden sich zu diesem Zeitpunkt keine Familienangehörigen im Haus, sie saßen im Garten und konnten beobachten, wie die frei in der Baugrube stehenden Pfeiler einknickten.

Die sofort alarmierte Feuerwehr forderte den Einsatzleiter und die Bauaufsicht an. Der Einsatzleiter alarmierte das THW über Funkmeldeempfänger.

Die eingestürzten Gebäudeteile werden zerkleinert und abtransportiert. (Foto: Wolf)



Nach Rücksprache mit dem Ingenieur der Bauaufsicht und dem Einsatzleiter der Feuerwehr sollte das Dach abgestützt und die anderen Bauteile abgerissen werden. Die Einsatzkräfte des THW-Bezirksverbandes Steglitz wurden alarmiert. Zwischenzeitlich bargen die Feuerwehrleute Hausrat und Kleinmöbel aus dem herabhängenden Zimmer. Als die Helfer eintrafen, übergab die Feuerwehr die Einsatzstelle an das THW.

Inzwischen hatte auch die Bauaufsicht das Gebäude eingehend untersucht, die

gang durch die im Garten gelegene Kellertür hergestellt sowie die Trümmer des abgerissenen Dachstuhls zerkleinert und vom Haus weggezogen. U. V.

THW-Alltag

Wuppertal. Es sind oftmals die kleinen Dinge, die das Ansehen des THW in der Öffentlichkeit verbessern: Zivildienstleistende im Umweltschutz bauten unter Anleitung des Garten- und Forstamtes Wuppertal einige Brutflöße für Enten, die in den Teichen und Talsperren rund um Wuppertal ausgesetzt werden sollten. Plötzlich stellte sich ein Problem: Wer bringt die Holzbauten in die Mitte der Seen? Ganz einfach – THW-Bereitschaftsführer Rüsgen alarmierte seine Tauchergruppe, die mit ihren Schlauchbooten diese Arbeiten ausführten.

Forstamtmann Fehr bedankte sich für diese Hilfeleistung. Die Enten in der Ronsdorfer Talsperre und im Nöllenhämertaler Teich noch nicht . . .

THW-Großeinsatz beim Rheinhochwasser im April

Beuel. Das Rheinhochwasser vom 11. bis 16. April 1983 war das vierte Hochwasser seit Februar 1980, zu dem die Technische Einsatzleitung „Beuel-Hochwasser“ und die Katastrophenschutzeinheiten eingesetzt waren. Die Bewohner des Überschwemmungsgebietes in den Vororten der Bundeshauptstadt Bonn haben eine gewisse Erfahrung mit dem Hochwasser, sofern sie lange genug in diesem Gebiet wohnen. Das schließt jedoch nicht aus, daß man stets die Erfahrung des letzten Hochwassers besonders gut in Erinnerung hat. Kein Anwohner hatte jedoch ein Hochwasser in dieser Höhe wie im Monat April erlebt.

Eine Übersicht über die Pegelstände der letzten Hochwasser ergibt für Bonn-

Möglichkeit der Dachabstützung erörtert und sich dann entschieden, daß alles abgerissen werden müsse.

Die Helfer nahmen die Dachhaut auf und stellten fest, daß das angebaute Dach nur noch durch zwei Nägel gehalten wurde. Nach Lösen dieser Nägel stürzte das Dach und die darunterhängende Etage ab.

Zum Wegziehen der Bauteile wurde der MKW als Festpunkt benutzt und der Greifzug statt der Seilwinde verwendet.

Nach beendeten Einreißarbeiten wurde durch die Bauaufsicht angeordnet, daß die nun ins Freie führenden drei Türen, davon zwei im Obergeschoß, gesichert werden mußten. Ferner wurden durch Entfernen von Baumaterialien ein Notzu-

Beuel folgendes Bild: Februar 1970 = 9,44 m, Februar 1980 = 8,75 m, Januar 1982 = 8,30 m, Dezember 1982 = 8,06 m, April 1983 = 9,33 m.

Einsatz der TEL Beuel

Der Einsatz der TEL Beuel erfolgte am Montag, dem 11. April 1983, im Laufe des Vormittages. Die Prognosen deuteten nicht auf einen hohen Pegelstand hin, zumal der Oberrhein verhältnismäßig ruhig blieb. Am Nachmittag wurde zunächst die Jugendgruppe des THW für den leichten Stegebau eingesetzt, wie zu Beginn des Hochwassers im Dezember 1982. Die Feuerwehr versorgte die Anwohner mit Sandsäcken.

Der 2. THW-Instandsetzungszug wurde für 19.00 Uhr alarmiert, und ein Vorkommando setzte um 16.30 Uhr ein Mehrzweckboot in der Rheinaustraße an der Wolfsgasse ein. Ein Schlauchboot wurde um 18.00 Uhr an der Johannesstraße eingesetzt. Der Pegelstand betrug zu diesem Zeitpunkt 8,40 m. Der Instandsetzungszug begann um 19.00 Uhr den Stegebau für die Anlegestellen und setzte weitere Boote ein, die allerdings noch geschoben wurden. Die Helfer des 6. und 7. THW-Bergungszuges wurden für die nächsten Schichten am Dienstag um 6.00 Uhr und für 14.00 Uhr alarmiert.

Die Nacht zum Dienstag verlief verhältnismäßig ruhig, wenn sich auch aus verschiedenen Häusern die Aufträge für den Transport von elektrischen Geräten aus tiefer gelegenen Räumen häuften.

Am Dienstagmorgen wurden die Außenbordmotoren klar zum Einsatz gemacht und je nach Pegelstand eingesetzt. Von 6.00 bis 12.00 Uhr stand der Pegel auf 8,80 m, und die Prognosen des Wasserstraßenamtes sahen noch nicht bedrohlich aus. Als nun aber am Nachmittag das Wasser plötzlich weiter anstieg, traten ähnliche Verhältnisse wie beim Hochwasser 1970 auf. Die Anforderungen nach Sandsäcken stiegen rapide an, das Stegebauaterial des Amtes 37 war aufgebraucht, es mußte Material bei Gerüstbauunternehmen entliehen werden. Das THW hatte bis zu diesem Zeitpunkt fünf Boote und ein Fahrzeug im Fahrverkehr im Einsatz.

Das große Hochwasser

Beim Übersteigen des Pegelstandes von 1980 (8,75 m) kamen zunächst zwei Wohnblocks und etwa 15 Wohnhäuser in den Bereich des Hochwassers. Nun wurden in den Spitzenzeiten des Berufsverkehrs die Fahrreserven der THW-Boote schnell aufgebraucht. Hierbei kam es zu längeren Wartezeiten für die Anwohner, die mit dem Boot nach Hause fahren mußten. In der TEL klingelte lau-

fend das Telefon, vor allem von neu zugezogenen Bürgern, die die Boote als Taxis betrachteten.

An diesem Nachmittag gab es eine bedrohliche Situation an der im Bau befindlichen Kläranlage in der Gemarkung Schwarz-Rheindorf. Die Klärbecken wurden vom Grundwasser umspült. Damit sie keinen Auftrieb bekamen, wurden sie von der Berufsfeuerwehr mit Wasser gefüllt.

Am Spätnachmittag entstand in einem Haus in der Rheinaustraße ein Schmelzbrand. Die Feuerwehr wurde mit einem Boot des THW zur Brandstelle befördert. Der Brand konnte mit Feuerlöschern gelöscht werden. Wasser war nicht notwendig, obwohl reichlich vorhanden. Die THW-Jugendgruppe verlängerte die Stege in den Stichstraßen nach der Landseite hin. Ein Steg wurde in der Nacht in die Wolfsgasse gefloßt, da die Dielen bereits Auftrieb hatten und wegzu-schwimmen drohten.



THW-Helfer transportieren mit Pontons Anwohner zu ihren Häusern. (Foto: Schmitz)

An diesem Dienstag trat auch die TEL in Grau-Rheindorf und in Bad Godesberg in Aktion. Hier wurden umgehend Stege gebaut, wobei das Material bei Gerüstbauunternehmen entliehen werden mußte. Die beiden Schlauchboote auf der linken Rheinseite verblieben dort für auftretende Notfälle, da das Wasser weiter anstieg. Der Sperrdamm am Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau wurde vom THW-OV-Godesberg aus vorgehaltenem Material errichtet.

In der Nacht zum Dienstag hatten die Bewohner des „Bundeshäuschens“ angefragt, ob dort ein Steg gebaut werden könnte. Nach einer Erkundung bei Tageslicht stellten die Helfer fest, daß ein Steg auf die Dauer nicht stehen bleiben würde. So wurden am Dienstagnachmittag die Bewohner mit einem Schlauchboot evakuiert.

Bei all diesen Aktionen erhöhten sich die Funkübermittlungen, was zur Folge hatte, daß die Kapazitäten der Batterien

schneller aufgebraucht waren. Beim Amt 37 wurde der entsprechende Nachschub angefordert.

Am Mittwochnachmittag, bei Pegelstand 9,21 m, war das Ende des Wasseranstiegs noch nicht abzusehen. Da nun auch die Königsheimstraße und die Helenenstraße überflutet waren, wurde erwartet, daß beim weiteren Steigen des Wassers sich die überflutete Fläche um über 50 Prozent erweitern würde. Deshalb wurde – wie im Hochwasserplan vorgesehen – die Bundesgrenzschutzabteilung T-West in Hangelar um Unterstützung gebeten. Ab 13.00 Uhr setzte der BGS in der Johannesstraße zwei Schlauchboote mit Außenbordmotor und zwei Boote mit 10-Mann-Besetzung und Paddel ein.

Ein Steg in der oberen Rheinaustraße mußte mit Sandsäcken beschwert werden, damit er nicht abtrieb. Schließlich wurden die Dielen anderweitig benötigt und der Steg vom Boot aus abgebaut.

Durch die Vorbelastung durch Regen stieg bereits an diesem Tag das Grundwasser landeinwärts stark an. Eine Familie „Im Johdorf“, die beim Hochwasser 1980 erst am fünften Tag evakuiert werden mußte, mußte dies nun bereits am dritten Tag erleben. Am Straßenbahnhof in Limperich wurde ein Pegel installiert und laufend beobachtet. 1970 mußte die Straßenbahn nach Königswinter ihren Betrieb auf dieser Teilstrecke einstellen, da die Elektromotoren mit dem Wasser in Berührung kamen. Als dieser Pegelstand am Donnerstag die Marke von 1 m überstieg, wurde die Freiwillige Feuerwehr mit Pumpen eingesetzt. Sie konnte den Pegelstand auf 0,85 m heruntersinken und auch halten, so daß der Fahrbetrieb nicht eingestellt zu werden brauchte.

Am Mittwochabend um 21.00 Uhr, bei Pegelstand 9,33 m, waren auf der 1,5 km langen Rheinaustraße im Einsatz:

THW-Beuel: Zwei Mehrzweckboote mit Aubo an der Wolfsgasse, ein Mehr-

zweckboot zum Schieben in der Combahnstraße, ein GWK an der Friedrich-Breuer-Straße, ein Schlauchboot mit Aubo an der Marienstraße, ein Halbponon mit Aubo an der Steinerstraße, ein Stahlboot mit Aubo an der Steinerstraße.

Bundesgrenzschutz: Ein Schlauchboot mit Aubo an der Johannesstraße, ein Schlauchboot mit Paddel an der Johannesstraße, ein Schlauchboot mit Aubo an der Königsheimstraße, ein Schlauchboot mit Paddel an der Königsheimstraße, ein Mannschaftswagen an der Ringstraße.

In der Nacht zum Donnerstag begann der Wasserstand zu fallen. Alle Maßnahmen wurden jetzt je nach Pegelstand zurückgestuft. Da keine Transporte in den Häusern mehr anfielen, trat eine gewisse Ruhe ein, und die Anspannung bei den Bewohnern und Helfern löste sich. Der Transport von Sandsäcken hörte völlig auf, die Feuerwehrlaute konnten aufatmen. Die Stege wurden bereits an der Landseite abgebaut und zu den Lagern zurücktransportiert. Die Prognosen über den Rückgang des Wassers traten wider Erwarten auch ein.

Alle Einheiten räumten am Freitag nach und nach das Stegebaumaterial und die Sandsäcke ab und transportierten alles in die Lager zurück. Die Nachtschicht von Freitag auf Samstag wurde nach entsprechender Unterrichtung wieder nach Hause geschickt. Die TEL Beul blieb noch weiter bestehen.

Eine Rundfahrt der TEL am Freitagnachmittag ergab, daß auch das Grundwasser hinter dem Rheindeich eine beträchtliche Höhe hatte. Am Freitagabend stellte sich heraus, daß in der unteren Rheinstraße noch Wasser vor den tiefstgelegenen Häusern stand, obwohl der Hochwasserspiegel bereits tiefer lag. Der Bereitschaftsdienst des Kanalreinigungsamtes wurde angerufen. Er reinigte noch in den späten Abendstunden die unter Wasser liegenden Gullys. Das Wasser floß ab, und die letzten Häuser waren nun wieder trockenen Fußes zu erreichen. Das letzte Fahrzeug des THW konnte endgültig abgezogen werden.

Am Samstagmorgen rückte das Stadtreinigungsamt an, stellte Container auf und reinigte die Straßen vom angeschwemmten Unrat. Das THW und die Feuerwehr sorgten für die Einsatzfähigkeit von Gerät und Fahrzeug. Die TEL wurde am Samstag aufgelöst, nachdem am Bahnhof Limperich nicht mehr gepumpt werden mußte.

Schlußbetrachtung

Das Hochwasser 1983 ist nur mit dem Hochwasser von 1970 zu vergleichen, wo ebenfalls am zweiten Tag eine besondere Belastung der Helfer auftrat. Die an diesem Tage plötzlich verlangten

Hilfeleistungen überstiegen die Kapazität der zur Verfügung stehenden THW-Helfer. Es wird eine Bestandsaufnahme notwendig sein, um festzustellen, von welchem Zeitpunkt an der Bundesgrenzschutz zusätzlich eingesetzt werden muß. Das Hochwasser hat einen stets wiederkehrenden Ablauf, der sich allerdings in seiner Dynamik und in seinem höchsten Wasserstand stets ändern wird.

Sch. G.

Gestohlenes Auto im Boden vergraben

Alsfeld. Die Alsfelder Kriminalpolizei brachte in Erfahrung, daß ein Sportwagen, der Ende der siebziger Jahre in Offenbach als gestohlen gemeldet worden

Jahrelang war das Fahrzeug im Erdboden eingegraben.



war, in einem Alsfelder Stadtteil im Erdboden vergraben worden war. Das THW barg jetzt das Fahrzeug im Rahmen einer Einsatzübung.

W. G.

Brückenschlag über den Neckar

Kirchheim. Samstagmorgen, 5.30 Uhr: Pünktlich versammelten sich die Helfer des THW-OV Kirchheim/Teck in ihrer Unterkunft. An diesem Wochenende galt es, erstmals beim Bau einer Brücke mit Bailey-Material mitzuarbeiten. Als der

Bergungszug nach einem kurzen Motomarsch in der Nürtinger Teilgemeinde Zizishausen eintraf, waren bereits zahlreiche THW-Helfer anwesend. Durch den Brückenbauleiter erfolgte die Einweisung der Helfer in ihre Aufgaben.

Im Zuge von Hochwasserschutzmaßnahmen muß die Neckarbrücke für ca. sechs Monate gesperrt und angehoben werden. Die nächste Brücke ist mehrere Kilometer entfernt. Für den Fußgängerverkehr ist daher der Bau einer Behelfsbrücke zwingend erforderlich, da sich auf der einen Seite des Neckars der alte Ortskern mit den Wohnvierteln befindet, auf der anderen Seite die Schulen und ein großer Teil der Betriebe.

Die Notbrücke wurde als Bailey-Brücke freitragend auf zwei Auflagern gebaut; die Brückenstrecke beläuft sich auf

knapp 60 m, die nutzbare Breite beträgt 3,30 m. Noch eine andere Zahl macht den Umfang der Aufgabe deutlich: Insgesamt wurden zum Bau des Übergangs etwa 120t Stahl verarbeitet.

An der Baustelle waren inzwischen rund 100 Helfer aus den THW-OV Geislingen, Göppingen und Kirchheim/Teck eingetroffen. Bereits am Vortag hatte der Brückenbauzug des THW-OV Öhringen in Zizishausen Quartier bezogen und das Material, das im Laufe der Woche aus den baden-württembergischen Materiallagern herangeschafft worden war, gesichtet. Dabei wurde festgestellt, daß weiteres Bailey-Material benötigt wurde.

Im freien Vorschub wird die Bailey-Brücke über den Neckar gebaut. (Foto: Becker)



Der THW-Landesverband Baden-Württemberg mußte zu helfen: Das benötigte Material war im Lager Schiefbahn vorhanden. Einziger Schönheitsfehler – dieses Materiallager befindet sich im Bundesland Nordrhein-Westfalen, ca. 500 km von der Baustelle entfernt. Daß es den Verantwortlichen dennoch gelang, rechtzeitig vor Baubeginn das benötigte Material heranzuschaffen, beweist einmal mehr die Flexibilität des THW.

Zurück zum Einsatzort: Die Führungskräfte des Brückenbauzuges teilten die Helfer in mehrere Trupps mit verschiedenen Funktionen ein. Innerhalb kürzester Zeit mußte jeder, welche Aufgaben er hatte, und die Arbeit konnte beginnen. Der Aufbau der Brücke erfolgte im freien Vorschub, d. h. die Brücke wurde auf dem Land gebaut und je nach Baufortschritt über den Fluß zum jenseitigen Ufer geschoben. Hinderlich war vor allem der Umstand, daß diese Brücke in einem Wohngebiet gebaut wurde und nur eine schmale Stichstraße als „Bauplatz“ zur Verfügung stand.

So kam es immer wieder zu Verzögerungen. Dennoch waren die Verantwortlichen stets zuversichtlich, daß die Brücke zumindest auf Land am Samstag fertiggestellt werden konnte. Nachdem die Helfer bereits über zwölf Stunden im Einsatz waren und der Bau entsprechende Fortschritte machte, zogen dunkle Wolken am Himmel auf. Eine halbe Stunde später setzte ein starkes Gewitter ein und zwang wegen der Gefahr eines Blitzschlages zum Abbruch der Arbeiten. So mußten etwa 30 Helfer am Sonntagmorgen nochmals anrücken. Erst gegen Abend endete für sie ein langes Dienstwochenende.

Nun müssen noch die beiden Brückentrampen vom Wasserwirtschaftsamt Nürtingen angelegt und eine Verschleißschicht aus Bitumen auf den Bohlenbelag der Brücke gebracht werden, dann kann der Fußgängerverkehr ungehindert strömen.

Für den Brückenbauzug des THW-ÖV Öhringen war dies übrigens die 52. Brücke, die unter der Anleitung der THW-Spezialisten gebaut wurde. J. B.

Nur ein Steinhaufen blieb übrig

Schopfheim. In Schopfheim wurde der höchste Kamin des Ortes vom THW gesprengt. Nach der Fallschlitzmethode wurde der Schornstein vom Kreisbeauftragten und THW-Sprengmeister Klaus Schrenk mit 380 Gramm Sprengstoff sachgemäß in eine schmale Gasse gelegt. Die Gasse bildeten zwei Wohnhäuser, an denen das Sprengobjekt mit nur



Zentimetergenau wird der Kamin in eine schmale Gasse gelegt. (Foto: Schneeberger)

30 cm Abstand herunterfallen mußte. Durch die gute Verdämmung mit Lehm und die Abdeckung der Sprenglöcher mit Strohmatte und Maschendraht trat kein Steinflug auf.

Viele Schaulustige hatten sich zu diesem seltenen Schauspiel eingefunden. Nicht einmal ein Regenschauer konnten sie von ihren „Logenplätzen“ vertreiben. K. Sch.

Großübung im Raum Stuttgart

Stuttgart. Flugzeug-Absturz, Waldbrand, Zusammenstoß zweier vollbesetzter Reisebusse, Tankzug-Explosion, Schiffs- und Silobrand im Hafen, Gasexplosion in Fabrikgebäude, Verschüttete nach Erdbeben in einem Bergwerk, und überall Verletzte.

Dies war die Ausgangslage einer Großübung mit Einsatz sämtlicher Hilfsorganisationen im Raum Stuttgart. Der THW-ÖV Stuttgart, mit über 250 Helfern dabei, hatte eine besonders vielfältige Aufgabenstellung. An sämtlichen „Katastrophenorten“ wurden beinahe gleichzeitig Helfer benötigt. Die zentrale Einsatzleitung wurde im Rathaus installiert; eine Technische Einsatzleitung befand sich außerhalb der Stadt nahe dem „explodierten“ Fabrikgebäude. Von diesen Stellen aus wurden die Einheiten alarmiert und dirigiert.



Alle Hände voll zu tun hat die Technische Einsatzleitung des THW. (Foto: Schober)

So galt es, das Flugzeug in einer unzugänglichen Region zu finden, die Unfallstelle und das Wrack zu sichern und den hoch in einem Baum hängenden „verletzten“ Piloten zu bergen und zu versorgen. Im Hafen mußte eine Seilbahn zur Rettung der vom Feuer eingeschlossenen Personen installiert werden, und dies bei einer Höhe von über 50 Metern!

Aus dem durch die Gasexplosion einsturzgefährdeten Fabrikgebäude wurden über 20 „Verletzte“ und „Verschüttete“ geborgen und den Sanitätseinheiten zur Erstversorgung übergeben.

Als äußerst schwierig gestaltete sich die Bergung der im Bergwerk – einem ausgedienten Bunker-System aus dem Zweiten Weltkrieg – „Verschütteten“. Es galt, zwei schwere Stahltüren von außen aufzubrechen. Aber auch dies wurde von den THW-Helfern gemeistert. Die „Verschütteten“ wurden aus ihren aufwendig vorbereiteten Verstecken geborgen und versorgt. H. Sch.

Millionenschäden durch Hochwasser

Stuttgart. Ab Samstag, 9. April 1983, kam es auch in Baden-Württemberg durch die äußerst ergiebigen Niederschläge in einigen Landesteilen zu örtlichen Überflutungen. Die extremen Regenfälle ließen an diesem Wochenende Flüsse und Bäche über die Ufer treten. Zahlreiche Straßen, Äcker, Wiesen und Keller wurden überschwemmt. Auch im Südwesten traten Sachschäden in Millionenhöhe auf. Allerdings waren die Auswirkungen nicht derart katastrophal wie in Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und im Saarland.

Überwiegend wurden auf Anforderung der für die Gefahrenabwehr zuständigen Behörden Einheiten (Teileinheiten) des Bergungs-, Instandsetzungs- und Versorgungsdienstes aus den THW-ÖV Leoberg, Neckargemünd, Haßmersheim, Mannheim, Mühlacker, Karlsruhe, Titisee-Neustadt, Tuttlingen, Waldshut-Tiengen, Reutlingen, Ulm und Riedlingen eingesetzt. Die verschiedenartigsten Aufgaben waren vom THW je nach Lage zu erfüllen. So mußten Sandsäcke gefüllt und den Schadenstellen zugeführt werden. Kellerräume waren auszupumpen und verschmutzte Verkehrswege zu reinigen. Gefährdetes Inventar, Gerät, bedrohte Fahrzeuge, Tiere sowie Vorräte galt es zu sichern oder zu bergen sowie Personen mit Wasserfahrzeugen zu transportieren. An einer Wehranlage waren Sprengarbeiten notwendig, um den raschen und ungehinderten Hochwasserabfluß zu gewährleisten. Einsatzkräfte

anderer Hilfsorganisationen wurden gepflegt.

Die Situation war aber nicht mit den sintflutartigen Regengüssen, die im Mai 1978 zu einer großflächigen Hochwasserkatastrophe führten, vergleichbar. Das jeweils örtlich verfügbare Potential zur technischen Gefahrenabwehr bzw. -minderung reichte aus. Die vorsorglich durch die THW-Landesleitung Baden-Württemberg eingeplanten punktuellen Verstärkungsmaßnahmen brauchten nicht in Anspruch genommen werden. Der schwerpunktartige überörtliche Einsatz von zusätzlichen Kräften mit besonderer Ausstattung, wie Notstrom-Pumpengruppen, Pontongruppen und Führungsmitteln, mußte nicht angeordnet werden.

G. K.

Technische Hilfe auf Verkehrswegen hat sich bewährt

Stuttgart. Auch 1982 wurde die Technische Hilfe auf Verkehrswegen in Baden-Württemberg planmäßig durchgeführt. An 20 Stellen im Nahbereich stark befahrener Autobahnstrecken und sonstiger Fernstraßen waren Kräfte des THW als Bereitschaftsdienst für die sofortige Technische Hilfe während der Verkehrsspitzen (Oster-, Pfingst- und Hauptreiseverkehr) postiert.

Die Einsatzplanung für diesen Bereitschaftsdienst wurde wie in den vergangenen Jahren zwischen den vier Regierungspräsidien, den zuständigen Führungsstellen der Polizei auf der Bezirksebene und den Geschäftsführerstellen des THW am Sitze der Regierungspräsidien einvernehmlich abgestimmt. Das reibungslose Zusammenwirken zwischen den örtlichen Einsatzkräften der Polizei, des Rettungsdienstes, der Feuerwehr und dem THW wurde 1982 weiter verfestigt. Hierzu ist noch zu ergänzen, daß in einem Erlaß des Innenministeriums Baden-Württemberg vom 21. Februar 1977 festgehalten ist, daß dieser Bereitschaftsdienst des THW in Einklang steht mit dem Beschluß der Ständigen Konferenz der Innenminister des Bundes und der Länder vom 20. Juni 1975, in dem Einzelheiten zu der Hilfeleistung des THW bei Verkehrsunfällen geregelt wurden.

Die schnellen, leichten Bergungstrupps des THW – jeweils ein Unterführer und vier Helfer mit einem Kombi und entsprechender Ausstattung – leisteten in 684 Fällen kurzfristig Hilfe verschiedenster Art bei Unfällen, Verkehrsstörungen und ähnlichen Geschehnissen. Ferner kommt hinzu, daß der Bereitschaftsdienst des THW im Sinne der Verkehrs-

sicherheit präventiv wirkte. Diese Maßnahmen sind allerdings nicht konkret meßbar. Zwecks optimaler Einsatzlenkung wurde während des Bereitschaftsdienstes in zwei Regierungsbezirken jeweils eine Funkleitstelle des THW betrieben. So wurde die Koordination vereinfacht und die Zahl der unmittelbaren Ansprechpartner wesentlich verringert.

Abschließend ist feststellbar, daß der Bereitschaftsdienst des THW – in größerem Umfang ab 1971 in Baden-Württemberg durchgeführt – grundsätzlich allgemein anerkannt wird. Das Potential des THW (Personal, Ausstattung und Ausbildung), über das die Hilfsorganisation zum Aufgabenvollzug nach dem Erziehungserlaß vom 25. August 1953 sowie dem Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes vom 9. Juli 1968 verfügt, wurde in den vergangenen Jahren durch diesen Bereitschaftsdienst noch nachhaltiger in die friedensmäßige Gefahrenabwehr zur Beseitigung von Sicherheitsstörungen eingebunden. Der vor über zehn Jahren eingeschlagene Weg war somit richtungweisend. Das Hilfeleistungssystem während der verkehrskritischen Zeiten wird erfolgreich verdichtet.

1983 werden Bereitschaftskräfte des THW an bestimmten Gefahrenpunkten gezielt im Verbund mit den im Unfallrettungswesen primär tätigen Diensten und Einrichtungen wieder vorgehalten. Die nötigen Vorbereitungen auf allen Stufen sind getroffen.

G. K.

Die Flüsse traten über die Ufer

Neckargemünd. Der THW-Ortsverband Neckargemünd war 48 Stunden im Einsatz, um mit dem vor einem Jahr von der Stadt zur Verfügung gestellten Schlauchboot und einem vom THW-Ortsverband Neuenkirchen ausgeliehenen Schlauchboot einen Pendeldienst für die vom Hochwasser eingeschlossenen Anwohner der überfluteten Straßen sicherzustellen. Außerdem leisteten die THW-Helfer den Bürgern der Stadt Hilfe beim Ausräumen der Keller.

Auch die THW-Unterkunft des Ortsverbandes Neckargemünd stand unter Wasser, dieses Mal jedoch „nur“ 1,50 m. Am Morgen ging das Wasser zurück und hinterließ eine 50 cm dicke Schlammsschicht. Der Ortsverband setzte die Pumpen ein, nicht nur um die eigene Unterkunft und deren Vorplatz zu räumen, vielmehr erledigte das THW gleich die Reinigung der gesamten Mühlgasse, so daß die städtische Straßenreinigung hier nicht eingesetzt werden mußte.

Sch. K.

Nachrufe

Der THW-Ortsverband Laufenburg trauert um seinen Kameraden

Manfred Gschwind

der im Alter von 20 Jahren an den Folgen eines Verkehrsunfalles starb.

Sein stets kameradschaftliches Verhalten ist uns Verpflichtung, ihm ein ehrendes Andenken zu bewahren.

Der Ortsbeauftragte und die Helfer des THW-Ortsverbandes Laufenburg

*

Am 10. Mai 1983 verstarb im Alter von 58 Jahren unser Geschäftsführer und Kamerad

Willi Gibbat

Gibbat war Bergungszugführer beim früheren THW-Ortsverband Wasseralfingen, seit 1970 hauptamtlicher Geschäftsführer für den GFB Aalen. Sein kameradschaftliches Wirken war Ansporn für alle Helfer.

Mit dem Verstorbenen haben wir einen sehr guten und engagierten Kameraden verloren.

Die THW-Ortsbeauftragten und Helfer im Geschäftsbereich Aalen und die Kollegen der Geschäftsstelle Aalen

Ehrenmedaille für Horst Schwark

Kulmbach. Bei der Kommandantenversammlung der Freiwilligen Feuerwehren und der Werkfeuerwehren im Vereinshaus zeichnete Landrat Kurt Held THW-Kreisbeauftragten Horst Schwark, Kulmbach, mit der Ehrenmedaille des Deutschen Feuerwehrverbandes aus.



THW-Ortsbeauftragter Horst Schwark freut sich sichtlich über die Auszeichnung. In der Mitte Landrat Kurt Held, links Kreisbrandrat Karl Dietzel.

Damit, so Kreisbrandrat Karl Dietzel, werde die gute Zusammenarbeit zwischen den beiden Hilfsorganisationen gewürdigt. Landrat Kurt Held wies darauf hin, daß das THW unter der Leitung von Schwark zu einer hochspezialisierten und tatkräftigen Organisation ausgebaut worden sei.

Teilnahme am Leistungswettkampf

Würzburg. Der THW-OV Würzburg nahm erstmals mit seinem Instandsetzungszug an einem Leistungswettkampf in Regensburg teil. Es galt, eine Freileitungsstrecke (380 V) zu erstellen, daran ein Erdkabel aufzulegen und über eine Verbindungsmuffe einen Stromverteiler 380/220 V anzuschließen. Außerdem mußten eine behelfsmäßige Trinkwasser-Ringleitung verlegt und eine Trinkwasser-Zapfstelle mit acht Anschlüssen gebaut werden.



Einen hohen Ausbildungsstand beweisen die Helfer des THW-OV Würzburg. (Foto: Kleinert)

Zugführer Günter Wolny zeigte sich von der Leistung seiner Mannschaft beeindruckt und sprach ihnen seinen Dank aus. Der Leistungswettkampf unterstrich den hohen Ausbildungsstand der Helfer.

Klar aufgezeigt wurden aber auch die Grenzen und Nachteile der Würzburger Helfer gegenüber denen anderer Ortsverbände, weil hier ein eigenes Übungsgelände fehlt, trotz ständiger Bemühungen, diesen Mißstand zu beseitigen.

W. K.

Beim Wettkampf gut behauptet

Amberg. Mit dem zweiten Platz beim THW-Landeswettkampf der Instandsetzungszüge in Bayern erreichte der Ortsverband Amberg einen ausgezeichneten Erfolg. Er nimmt nunmehr am THW-Bundeswettkampf in Darmstadt teil, zu dem sich insgesamt elf Landessieger angemeldet haben. Der THW-OV Regensburg hatte wegen des für den Sieg ausschlaggebenden Heimvorteils auf den Anspruch des ersten Platzes verzichtet und damit den Start für die Amberger freigegeben.

Die Aufgaben waren schwierig und erforderten fachmännisches Können und

Wissen. THW-Landesbeauftragter Reiner Vorholz hatte zu Beginn des Wettkampfes, der gleichzeitig auch einen Leistungsspiegel darstellte, eine „katastrophale“ Situation gezeichnet: „Tagelange Regenfälle haben der Strom- und Trinkwasserversorgung arg zugesetzt. Auch die Bevölkerung von Regensburg ist bedroht.“ Damit hatten sich dann über zwei Stunden lang ca. 250 THW-Helfer mit ihrer Führungsscrew auf dem Dultplatz der Donaustadt auseinanderzusetzen.

So galt es, von einer vorhandenen Freileitung Stromanschlüsse zu schaffen für den Betrieb von Beleuchtungseinrichtungen und Pumpen. Ferner mußten die Helfer zeigen, daß sie mit elektrischen Meßgeräten und einem Kabelschießgerät umzugehen verstanden, daß sie eine Wasserversorgungsleitung aufbauen, diese unter Druck stehend anbohren und Rohrschäden beseitigen können.



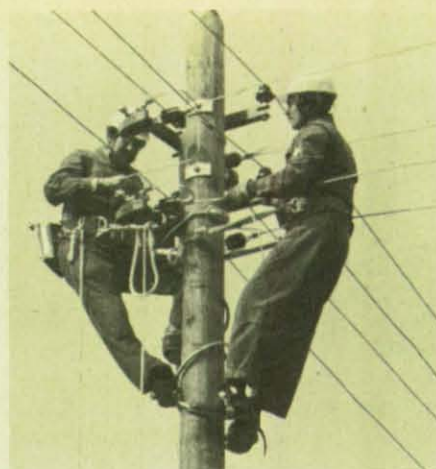
Oben: Die Herstellung von Rohrschellen erfordert eine solide Ausbildung.

Unten: Mit zu den Aufgaben gehörte die Erstellung einer Trinkwasserversorgung. (Fotos: Delle)



Zu den Aufgaben gehörten auch Gas-schweißen, Brennschneiden und Lichtbogenhandschweißen, die behelfsmäßige Instandsetzung einer Abwasserkanalleitung aus Betonrohren, wobei eine Rohrlänge durch eine offene Rinne aus Holz mit wasserdichter Auskleidung zu ersetzen war, die Erstellung einer Abwassersammelstelle aus Holz und das Arbeiten unter schwerem Atemschutz beim Abdichten verschiedener Rohranschlüsse im Schacht. Das alles mußte im Zusammenwirken der zwei Amberger Einsatzgruppen des I-Zuges reibungslos und ineinandergreifend klappen.

Zugführer Alfred Heiß hielt neben der fachlichen Genauigkeit, mit der gearbeitet werden mußte, die Disziplin der



Hoch auf dem Mast wurden Stromanschlüsse geschaffen.

„Truppe“ letztlich für ausschlaggebend, so einen unerwarteten Erfolg erzielt zu haben. Bei 57 Instandsetzungszügen mit rund 2000 Helfern in Bayern wiegt das um so mehr. Auch die Schiedsrichter, die neben fachmännischer Arbeit peinlich genau auf die Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften zu achten hatten, waren mit den Leistungen der I-Züge sehr zufrieden.

W. Sch.

THW-OV Donauwörth beim Bundesgrenzschutz

Donauwörth. Zu einer „Sonderausbildung“ für Führungskräfte und Sprechfunker aller Fachdienste hatte die Fernmelde-Hundertschaft Süd des Bundesgrenzschutzes in München die Führungskräfte des THW-OV Donauwörth nach München eingeladen. Im Vordergrund stand dabei das persönliche Kennenlernen der im Einsatzfall Zuständigen und die dann notwendige Koordination der verschiedenen Einheiten.

Polizeihauptmeister im BGS Keil, als zuständiger Ausbilder, referierte informativ über Aufgaben, Einsatz und Ausrüstung des BGS.

Nach einem gemeinsamen Mittagessen hatte der BGS noch ein „Schmankerl“ bereit: Polizeiobermeister im BGS Klaus Runge hatte einen gemeinsamen Besuch der Feuerwache 1 der Berufsfeuerwehr München organisiert. Dabei erhielten die THW-Führungskräfte einen Überblick über das Feuerwehrwesen einer Großstadt: 1500 hauptamtliche Feuerwehrleute, verteilt auf neun Feuerwachen, werden von einer Leitzentrale aus dirigiert. Eine Besichtigung der Fahrzeuge und Ausrüstung sowie eine Vorführung der neuesten Drehleiter boten Einblick in die Arbeit der Münchener Feuerwehren.

Mit einer informativen Tonbildschau über Einsätze der letzten Jahre und einem Besuch des Feuerwehrmuseums klang das Tagesprogramm aus.

W. K.



Ulrich W. Sahn

Blickpunkt Thailand:

Zauberei im Zeichen des Roten Kreuzes

Das „Zentrum für traditionelle Medizin“ im Flüchtlingslager Khao I Dang – Die Medizinmänner und die europäischen Ärzte sind „Kollegen“

„Nur wer an die Medizin glaubt, kann geheilt werden. Aber Sie müssen deshalb kein Buddhist sein“, sagt Sap Niet, Obermeister der traditionellen Medizinmänner im Flüchtlingslager Khao I Dang im Osten Thailands. Als Sap Niet 1979 aus der Heimat in Kampuchea vor den Vietnamesen flüchtete, trat er im Dschungel an der thailändischen Grenze auf eine Mine. Sein amputiertes Bein verhüllt der sechzigjährige buddhistische Medizinmann mit einer blauen Leinenhose. „Ich habe schon vor zwanzig Jahren bei einem weisen Kru (Lehrer) gelernt, aber nicht in einer Schule“, erzählt Sap Niet, dem die Frauen und Kinder in dem riesigen Saal aus Bambusgeflecht durch tiefe Verbeugungen ihre Ehrfurcht bezeugen. Der Bambuspalast mit einer magischen Dusche, einer Kräuterküche, einer „Apotheke“, Holzkastensauna und dem großen Empfangsraum, wurde schon 1979 bei der Entstehung des Flüchtlingslagers mit Mitteln des Internationalen Roten Kreuzes von den Khmer selbst gebaut.

„Zentrum für traditionelle Medizin“

„Krankheiten, bei denen unsere moderne Medizin monatelang nichts ausrichten konnte, wurden durch die traditionellen Medizinmänner in kurzer Zeit kuriert“, rechtfertigt der französische Psychiater Dr. Jean Pierre Lejeule diesen finanziellen wie personellen Aufwand der Schweizer Humanitär-Organisation. Ein junger Amerikaner, Wayne Cartwright, der selber in Phnom Penh gelebt und dort die Landessprache der Khmer-Flüchtlinge gelernt hat, arbeitet seit einigen Monaten in diesem „Zentrum für traditionelle Medizin“ (TMC). Im Eingangssaal dieses Gebäudes, das ganz aus Bambus gebaut worden ist, bringen mandelartige Khmers dem Besucher eine helle Flüssigkeit, die als „Gesundheitstee“ deklariert wird und angeblich Manneskraft wie Wohlbefinden erzeugen soll. Der Tee schmeckte nach nichts.

Gleich links an einer Theke stehen ein paar Flüchtlingsfrauen in grellfarbigen Kleidern, um ihre Medikamente in Empfang zu nehmen. In dem Raum hinter der Theke befindet sich die Küche. In fast meterhohen Tonkrügen mit Drachenmuster brodelt Wasser. Heilkräuter und Holzstückchen schwimmen darin.

In der Apotheke am anderen Ende des Empfangssaales liegen in Jutesäcken Berge von Kräutern. Auf Regalen stehen Plastik- und Glasgefäße mit Pulver in den verschiedensten Farben. Auf einer Bastmatte auf dem Fußboden sitzt ein Mann mit dickem Bauch wie Buddha und knetet zusammen mit zwei hü-



Intensiv-Station des Feldhospitals in Khao I Dang (Thailand): Ein frisch operierter Patient wird von seinen Familienangehörigen betreut.

Ein junger Khmer rührt gelegentlich die Tees und andere geheimnisvolle Flüssigkeiten auf dem altmodisch gemauerten Holzkohleofen mit einem Holzstab um. Diese Küche erinnert an märchenhafte Hexenküchen.

„Die Medizinmänner gehen selber in den Wald, um Wurzeln, Kräuter und Hölzer zu suchen. Was sie nicht finden, kaufen wir für sie in besonderen Geschäften in Bangkok ein“, sagt Wayne. „Aus eigener Erfahrung sehe ich gute Erfolge. Ich kenne nicht die chemische Zusammensetzung der einzelnen Medikamente, die in dieser Küche gebraut werden, aber ich weiß, daß sie eine erstaunliche Wirkung haben, wo unsere wissenschaftliche Medizin oft versagt.“

schen Khmermädchen eine dunkelbraune Masse. Wayne übersetzt das Rezept: „Sie stellen hier Pillen her. Sie enthalten Eukalyptus und Kräuter, Honig für den Wohlgeschmack und Schweinefett, damit sie weich werden.“ Den Namen der Krankheit, für die diese Pillen ein Wundermittel sein soll, konnte Wayne nicht übersetzen. Gleich neben der Apotheke hacken drei Männer Holz, das in der Küche zu Tee verkocht werden soll.

Die „magische Dusche“

Neben dem Eingang zum Hauptbehandlungssaal, wo Sap Niet auf einer erhöhten Bühne thront, deutet Wayne auf ei-

nen kleinen Bambusverschlag: „Das ist die magische Dusche“. Verunsicherte Menschen, Depressive oder Patienten, denen gerade ein Bein abgenommen worden ist, waschen sich hier mit geweihtem Wasser. Dazu singt ein buddhistischer Mönch Gebete. „Die Patienten fühlen sich danach viel besser“, meint Wayne aus langer Erfahrung. „Die magische Dusche ist eine der wichtigsten Therapien hier“, fügt er hinzu.

Um den großen Saal betreten zu dürfen, müssen die Schuhe abgestreift werden. Auf der Bühne rundum sitzen vor Töpfen, Salbentuben und kleinen Kisten halbnackte Männer mit geschorenen Haaren. Das sind die Medizinmänner. Jeder ist Spezialist für eine andere Krankheit. Die Patienten, Frauen, Kleinkinder und kriegsverletzte Männer, müssen sich bei einem Schreiber erst registrieren lassen. Dann wechseln sie mit Sap Niet, dem großen Meister, ein paar Worte. Alles geht hier sehr ruhig zu. Eine Frau mit Baby wird zu dem Fachmann für Hautkrankheiten geschickt. Der stellt das Baby vor sich hin, steckt etwas in seinen Mund und besprüht das Baby mit der Mischung aus geschluckter Medizin und Speichel. Andere Frauen sitzen dabei, reichen ihren Kindern die Brust und lachen. Sie sind sicher, daß es hier Heilung gibt.

Professor Bernd Domres, vom Deutschen Roten Kreuz nach Khao I Dang geschickt, um Kriegsverletzte zu operieren, hat da keine hygienischen Bedenken: „Unsere Kollegen vom TMC besprühen auch so die Wunden der frisch Operierten, natürlich nachdem wir sie gut verbunden haben.“ Selbst die beste moderne Chirurgie könnte keine Heilung herbeiführen, wenn beim Patienten die Seele nicht mitmacht. Die traditionellen Mediziner sind ganz entscheidend für den raschen Heilprozeß.

„Hilfe zur Selbsthilfe“

Auch moderne Medikamente, die in deutschen Apotheken zu kaufen sind, enthalten oft Heilkräuter, deren Wirkung seit Jahrhunderten bekannt ist. Längst nicht alles ist Chemie. Und viele organische Erkrankungen haben oft eine psychologische Ursache. „Anstatt eine Psychiatrie hier aufzubauen, deren Erfolgchancen wahrscheinlich sehr gering wäre, waren wir darauf bedacht, die Flüchtlinge aus Kampuchea sich nach ihren eigenen Methoden heilen zu lassen. Damit die Flüchtlinge zurück in ihre Heimatdörfer gehen können, wollen wir sie gar nicht erst von einer westlich orientierten Medizin abhängig machen. Wir müssen die alten Strukturen erhalten, weil sonst nicht mehr wieder aufgebaut werden kann“. Professor Domres spricht damit ein wichtiges Prinzip mo-



Heilbehandlung durch einen Khmer-Praktiker im Flüchtlingslager Khao I Dang.



Chefarzt-Visite im chirurgischen Hospital an der thailändisch-kambodschanischen Grenze.

(Fotos: Sahn)

derner Entwicklungshilfe an, nämlich „Hilfe zur Selbsthilfe“.

Der französische Psychologe, der im Auftrag des Malteser-Ordens heute das Zentrum betreut, erklärte uns am Beispiel der Schizophrenie, wie die traditionelle Therapie der Medizinmänner funktioniert: „Diese Menschen glauben, von einem Geist besessen zu sein. Der Medizinmann bringt also nicht den Patienten, sondern nur dessen Geist zum Sprechen und bemüht sich, diesen Geist auszutreiben. So verliert der Patient nicht das Gesicht, und auch die Familie und Umwelt kann den Kranken eher akzeptieren. Der Übeltäter ist ja nicht der Kranke, sondern nur der Geist in ihm. Letztlich funktioniert unsere europäische Therapie für Schizophrenie genauso . . .“

Die Medizinmänner in Khao I Dang behandeln fast alle Krankheiten. Nur die Chirurgie überlassen sie den europäischen Ärzten in den grünen Kitteln. Aber selbst einem Khmersoldat mit gesplittetem Beinbruch geht es offensichtlich viel besser, seitdem er das einoperierte Metallgestänge von Professor Domres ohne Betäubung herausgeris-

sen hat und sich bei den Medizinmännern mit Bambusstäben sein Bein hat schienen lassen. Das ist ein Einzelfall, und die Medizinmänner sehen ein, daß es vielleicht doch besser wäre, noch einmal den Arzt aus Deutschland operieren zu lassen. Aber noch ist der Patient glücklich und humpelt durch das Zentrum für traditionelle Medizin.

„Wir ergänzen uns“

Professor Domres hat seine Erfahrungen in der Katastrophenmedizin in Deutschland, Afrika und Asien gesammelt. Er weiß, daß durch seinen Einsatz als Chirurg hier im Grenzgebiet zwischen Thailand und Kampuchea, wo es fast täglich zu bewaffneten Auseinandersetzungen oder Minenexplosionen kommt, schon tausenden Menschen das Leben gerettet worden ist. Ebenso weiß er aber auch, daß er hier in einem ganz anderen Kulturkreis tätig ist. Deshalb sagt er über die traditionellen Medizinmänner, die weder Penizillin noch die europäischen Vorstellungen ärztlicher Sterilität kennen: „Wir ergänzen uns. Das sind meine Kollegen und keine Konkurrenten.“

Im Katastrophen- und Verteidigungsfall:

Wer pflegt die Verletzten?

DRK-Instruktoren aus Nordrhein besichtigten Stützpunkt Uedem –
Das Problem des Personals für Reservelazarette

Im Katastrophenfall oder in der schlimmsten aller Katastrophen, im Verteidigungsfall, können in Nordrhein-Westfalen 120 zusätzliche Krankenhäuser mit insgesamt 24000 Betten eingerichtet werden. Wenn alle vorgesehenen Gebäude, meist Kasernen, in Reservelazarette umfunktioniert werden, steht alle 30 bis 50 km ein Krankenhaus. Die gesamte Einrichtung bis zur OP-Ausrüstung von 24 Lazarettgruppen für Nordrhein-Westfalen lagert in verschiedenen Stützpunkten.

Die Besichtigung eines dieser Lager – der Stützpunkt Uedem – stand auf dem Programm der Tagung, zu der 26 Instruktoren des Deutschen Roten Kreuzes aus dem Bereich Nordrhein kürzlich nach Goch gekommen waren. Eine Reservelazarettgruppe, wie sie in Uedem auf Abruf bereitliegt, umfaßt fünf Lazarette mit je 200 Betten. Um eine Lazarettgruppe in Betrieb nehmen zu können, sind 486 Personen notwendig, wobei die Bundeswehr 252 (Reservisten) stellt. 234 Personen sind Zivilisten, die aus den Reihen der Krankenschwestern, Laborantinnen, Röntgenassistentinnen, medizinisch-technischen Assistentinnen und DRK-Schwesternhelferinnen kommen sollten.

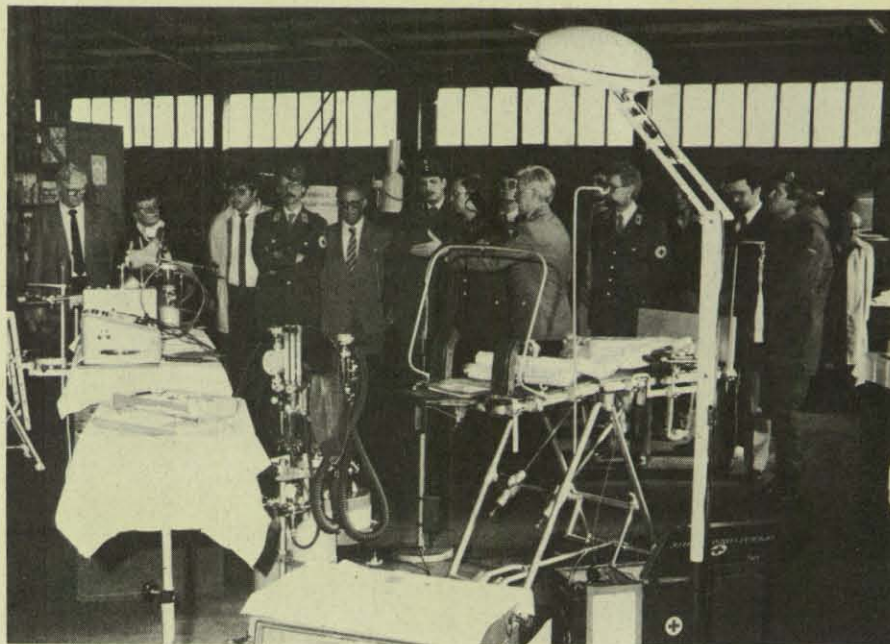
Oberstarzt Dr. Hans-Edwin Gurn, Kommandeur des Sanitätskommandos 800, bedauerte, daß es zur Zeit noch keine gesetzliche Grundlage zur Erfassung der Zivilisten gibt, die in einem Katastrophenfall dringend gebraucht werden. Die Behörden sind darauf angewiesen, in einem Aufruf an die Bevölkerung zu appellieren, sich freiwillig zur Verfügung zu stellen. Die Bundeswehr hofft, daß sich dann aus dem näheren Einzugsbereich der Reservelazarette, das heißt bis zu einer Stunde Anfahrtweg, ausreichend und qualifiziertes Pflegefachpersonal meldet, das nicht in Zivilkrankenhäusern tätig ist.

Denn auch die Zivilkrankenhäuser müssen im Ernstfall voll funktionsfähig sein. Es kommen also nur solche Krankenschwestern, MTA usw. infrage, die beispielsweise aus familiären Gründen aus ihrem Beruf ausgeschieden sind. Aber die große Frage bleibt, ob sie sich im akuten Fall zur Hilfe entschließen. Dem

Versuch der Bundeswehr, Schwesternhelferinnen zu Informationsveranstaltungen einzuladen, war bisher kein großer Erfolg beschieden. So bleibt nach wie

vor unklar, ob und wer sich im Ernstfall bereitfindet, verletzten Zivilisten und Soldaten zu helfen.

Christine Stöhr



Oben: 26 Instruktoren des DRK aus dem Bereich Nordrhein ließen sich die Ausstattung einer Reservelazarettgruppe erläutern.



Rechts: Eine Reservelazarettgruppe umfaßt das Material für fünf Lazarette mit je 200 Betten; 486 Kräfte sind erforderlich, um den Betrieb durchführen zu können.

Durch den Schlamm zum Einsatzort

Katastrophenschutzübung bei katastrophalem Wetter

Sanitätszug III des Kreises Offenbach kämpfte mit dem Wetter und „Schikanen“

Schlechte Witterungsbedingungen begleiten die Katastrophenschutzübung des DRK Mühlheim.



Katastrophale Wetterverhältnisse waren die äußeren Begleitumstände einer Einsatzübung des aus den DRK-Ortsvereinigungen Mühlheim, Dietesheim, Lämmerspiel und Hausen zusammengesetzten Sanitätszuges III innerhalb der Katastrophenschutzeinheiten des Kreises Offenbach. So kam es, daß die Übung unter extremen Bedingungen ablief.

Um 8 Uhr gab es Alarm. Die Gruppen trafen sich am Mühlheimer Feuerwehrhaus, wo als erste „Schikane“ der Einsatzort anhand von Koordinaten errech-

net werden mußte. Im Konvoi fuhren 51 Helferinnen und Helfer mit zwei Ärzten zur Bulau bei Urberach. Auf dem Weg dorthin war eine weitere Schikane eingeplant: Auf der Straße wurde ein Verkehrsunfall zwischen einem Radfahrer und einem Pkw simuliert. Die Aufgabe der Versorgung der zwei „Verletzten“ wurde glänzend bewältigt.

Inzwischen trafen die DRK-Fahrzeuge auf der Bulauhöhe ein. Zelte wurden errichtet, die ersten Suchtrupps gingen ins Gelände, um die dort liegenden Verletz-

ten zu versorgen und zum Verbandplatz zu bringen.

Bei der Übung legte das DRK in diesem Jahr verstärkt Wert auf die Führungstechnik, die in einem Ernstfall wichtig für den geordneten Ablauf des Rettungsgeschehens ist. So wurde auch die Registrierung der „Verletzten“ geübt, da im Ernstfall sichergestellt sein muß, daß das DRK Angehörigen gegenüber klare Auskünfte über den Verbleib verletzter Personen geben kann.

B. S.

Deutsches Rotes Kreuz setzt Polen-Hilfe fort

Im ersten Quartal dieses Jahres unterstützte das DRK die nach wie vor unterversorgten polnischen Zivilkrankenhäuser mit medizinisch-technischen Hilfsgütern im Wert von mehr als 7 Millionen DM. 54 Konvois, die von ehrenamtlichen Helfern des DRK gefahren wurden, beförderten rund 164t Hilfsgüter in 86 Provinz- und Distriktkrankenhäuser Polens.

Weitere Lieferungen, die vorwiegend von der Europäischen Gemeinschaft finanziert werden, waren für die Monate Mai und Juni vorgesehen und kommen 274 Krankenhäusern direkt zugute. Der Gesamtwert der vom DRK bisher durchgeführten Hilfen für Polen überschreitet

inzwischen die 50-Millionen-DM-Grenze.

Besondere Beachtung sollte zudem die Initiative des Deutschen Jugendrotkreuzes finden, das sich zum Ziel gesetzt hatte, neugeborene Kinder und ihre Mütter mit Babynahrung, -kleidung und Hygieneartikeln zu unterstützen. Durch vielfältige Aktivitäten wie Verkauf eines Kunstkalenders des polnischen Plakat-künstlers Jan Lenica, Basare und Benefizveranstaltungen konnten die Not dieser besonders betroffenen Bevölkerungsgruppe mit Hilfsmitteln im Wert von rund 900000 DM gelindert werden.

8205 Helfer im Katastrophenschutz des ASB

Freiwilligkeit – tragende Säule des Hilfeleistungssystems

Ein Auszug aus dem Geschäftsbericht 1982 des ASB-Bundesvorstandes

Vor den Gefahren einer Katastrophe kann sich der Bürger nicht oder nur unvollkommen schützen. Hier ist das Gemeinwesen, der Staat, aufgerufen, Vorsorge sowohl zum Schutz als auch zur raschen und ausreichenden Hilfeleistung zu treffen. Der Schutz der Menschen ist in einem demokratischen Staat ein vorrangiges Ziel.

Bei einer Katastrophe handelt es sich um eine durch Naturereignisse, Unglücksfälle oder Explosionen verursachte unmittelbare Gefährdung, wobei Leben oder Gesundheit zahlreicher Menschen, erhebliche Sachwerte oder die lebensnotwendige Unterkunft und Versorgung der Bevölkerung unmittelbar gefährdet oder wesentlich beeinflusst werden.

Der ASB sieht in seiner Mitwirkung im Katastrophenschutz eine elementare Aufgabe, der sich alle Organisationsglie-

derungen mit der Aufstellung von Sanitäts-, Betreuungs-, Funk- und Versorgungseinheiten verpflichten. Insgesamt hat der ASB 191 Katastrophenschutz-Einheiten (Züge) aufgestellt. Das Engagement des ASB bezieht sich dabei auf die Mitwirkung im Sanitätsdienst, Betreuungsdienst, Fernmeldedienst und ABC-Dienst.

Die in den Bundesländern bereitgehaltenen Katastrophenschutz-Einheiten sind in Tabelle 1, die am stärksten im Katastrophenschutz engagierten Ortsverbände sind in Tabelle 2 aufgeführt.

Ohne die freiwillige, ehrenamtliche und aktive Beteiligung der Bürger innerhalb der humanitären Hilfsgemeinschaften ist ein wirksamer Katastrophenschutz nicht möglich. Das Prinzip der Freiwilligkeit ist eine tragende Säule dieses Hilfeleistungssystems. Dazu ist es notwendig,

die Quote der für den Katastrophenschutz vom Wehrdienst freizustellenden Helfer deutlich zu erhöhen.

Für die Mitarbeit in den Zügen und Einheiten des ASB-Katastrophenschutzes stehen neben den ehrenamtlichen Helfern 4807 vom Wehrdienst oder vom Zivildienst freigestellte Helfer zur Verfügung.

Der überwiegende Teil dieser Helfer leistet etwa 200 Stunden im Jahr und damit rund 2000 Stunden bei der erforderlichen zehnjährigen Verpflichtung. Wehrpflichtige leisten in 15 Monaten bei einer 40-Stunden-Woche rund 2400 Stunden. Die Bundesregierung betont, daß die Differenz von 400 Stunden in Anbetracht der langen Verpflichtungszeit und der Tatsache, daß die Ausbildung im Katastrophenschutz grundsätzlich an Wochenenden stattfinden angemessen ist.

1

Katastrophenschutz-Einheiten/Züge im ASB

Landesverband	Sanitätsdienst	Betreuungsdienst	Fernmeldedienst	ABC-Dienst
Baden-Württemberg	9	4	-	-
Bayern	14	4	-	1
Berlin	3,5	1	-	-
Bremen	11	1	-	-
Hamburg	4	1	-	-
Hessen	22,5	1	-	-
Niedersachsen	12	9	-	-
Nordrhein-Westfalen	48	6	2	1
Rheinland-Pfalz	9	3	-	-
Saarland	-	1	-	-
Schleswig-Holstein	10	12	1	-
Gesamt	143	43	3	2

2	Ortsverband	Helfer in Sanitätszügen	Helfer in sonstigen Zügen	Gesamt-Helfer
	1. Köln	447	28 Betreuungsdienst 14 Fernmeldedienst	489
	2. Bremen (LV)	376	36 Betreuungsdienst	412
	3. Düsseldorf	251	34 Betreuungsdienst	285
	4. Dortmund	109	98 Betreuungsdienst	207
	5. Essen	180	22 Betreuungsdienst	202
	6. München	180		180
	7. Hannover-Stadt	42	117 Betreuungsdienst	159
	8. Kassel	156		156
	9. Wiesbaden	118	38 Betreuungsdienst	156
	10. Bochum	145		145
	11. Bremen-Nord	149		149
	12. Bad Segeberg	122	18 Betreuungsdienst	140
	13. Hannover-Land	59	67 Betreuungsdienst	126
	14. Heiligenhafen	75	50 Betreuungsdienst	125
	15. Offenbach	125		125
	16. Pirmasens	117	6 Betreuungsdienst	123
	17. Bottrop	107	12 Betreuungsdienst	119
	18. Oberhausen	79	34 Betreuungsdienst	113
	19. Stormarn	52	54 Betreuungsdienst	106
	20. Herne	100		100
	21. Frankfurt	100		100

3

Ausstattung des Katastrophenschutzes im ASB

Landesverband	Fahrzeuge	Anhänger	Zelte	Notstromaggregate	Feldküchen	Wasseraufbereitungsanlagen	Sanitätskästen	Beatmungsgeräte
Baden-Württemb.	10/4	6	24/6	6/-	1/-	-/2	34/12	20/4
Bayern	17/28	24	28/8	8/4	6/1	1/1	37/6	44/12
Berlin	2/3	3	11/-	8/-	2/1	1/-	7/-	7/-
Bremen	30/20	2	2/11	1/6	-/5	-/3	-/27	3/10
Hamburg	8/32	5	5/6	1/3	1/5	-/-	9/3	4/10
Hessen	24/18	17	38/15	11/10	3/3	2/1	33/18	63/24
Niedersachsen	62/4	19	45/5	16/6	8/1	1/2	43/53	54/23
Nordrhein-Westf.	19/79	5	30/33	2/20	2/3	1/3	27/63	31/43
Rheinl.-Pfalz	11/6	16	34/13	6/6	14/2	-/-	9/24	29/10
Saarland	---	--	2/1	---	-/1	---	---	6/-
Schlesw.-Holst.	26/37	10	29/9	9/3	5/15	1/1	17/9	41/20
Gesamt	209/231	107	248/107	68/58	42/37	7/13	216/215	302/156

Erläuterung: Die Zahl vor dem Schrägstrich ist ASB-Eigentum / die Zahl hinter dem Schrägstrich ist vom Hauptverwaltungsbeamten zur Verfügung gestellt.

Jürgen Mackensen neuer technischer Leiter des ASB

Zum neuen technischen Leiter des ASB wurde Jürgen Mackensen von den Delegierten der Bundeskonferenz gewählt.

Von ihm betreut werden das Rettungswesen, der Zivil- und Katastrophenschutz, die humanitäre Auslandshilfe und das Fernmeldewesen.

Mackensen ist seit über zwanzig Jahren im ASB. Er kam 1969 als Fachdienstleiter für den Fernmeldedienst in den Vorstand des ASB Niedersachsen und wurde hier 1976 technischer Leiter. Sein Aufgabenbereich war der Katastrophenschutz im In- und Ausland, den er betreute und ausbaute.

Bundeswettkampf der Johanniter-Unfall-Hilfe

Augsburg, Celle und Lübeck wurden Bundessieger

JUH-Helfer bewiesen hohen Ausbildungsstand – Die JUH demonstriert täglich tätige Nächstenliebe

Die Helferinnen und Helfer aus Augsburg (A-Mannschaft), Celle (B-Mannschaft) und Lübeck (S-Mannschaft) der Johanniter-Unfall-Hilfe sind die neuen Sieger beim Bundeswettkampf, der vor wenigen Tagen beendet wurde. Viele der Besucher waren zur Eröffnung auf das Gut des bekannten Olympiareiters Magnus v. Buchwaldt gekommen. Er hatte in großzügiger Weise alle notwendigen Voraussetzungen für eine solche Veranstaltung ermöglicht.

Bei der Begrüßung der Ehrengäste, an der Spitze der schleswig-holsteinische Landtagspräsident Titzck und Konteradmiral Deckert, sprach der Präsident der JUH, Graf Schwerin, die Wichtigkeit eines hervorragenden Ausbildungsstandes der Helferinnen und Helfer und deren Überprüfung durch Wettkämpfe an.



Kritische und fachkundige Zuschauer verfolgen die Handgriffe der Wettkampfteams.

An dem Bundeswettkampf, der alle drei Jahre stattfindet, nahmen insgesamt 13 Mannschaften aus den acht Landesverbänden teil. Acht Mannschaften bildeten das Kontingent der A-Gruppe, also der Teilnehmer ab 16 Jahren. Sechs B-Mannschaften waren am Start (in den B-Gruppen starteten die jungen Helferinnen und Helfer bis 16 Jahre). Die „Profis“, also Rettungssanitäter und Ausbilder, stellten vier Mannschaften.

Die Bayern haben in Augsburg die beste A-Mannschaft, sie war auf dem sechs Stationen umfassenden Parcours nicht zu schlagen. Der Wettbewerb besteht aus einem theoretischen und einem praktischen Teil. Es gibt eine Diagnostikstation und einen Erste-Hilfe-Einsatz. Alle Handgriffe, Diagnosen und Fehler werden von Schiedsrichtern beurteilt. Augsburg bot nicht nur die herausragende Leistung des Tages, sondern distanzierte das Feld klar.

Die B-Mannschaft aus Celle, in ihrer Klasse Gesamtsieger, unterstrich erneut die gute Arbeit, die in diesem Ort geleistet wird. Celle ist einer der aktivsten JUH-Standorte im niedersächsischen Landesverband.

Unbeschreiblicher Jubel begleitete die Siegerehrung der Lübecker S-Mannschaft. Schon seit Jahren ist dieses Team, das nur aus Rettungssanitätern und Ausbildern besteht, in Deutschland konkurrenzlos. Die Hanseaten gewannen den Wanderpokal des Bundesministers des Innern, Dr. Friedrich Zimmermann. Die Augsburger und Cellesche Mannschaft gewannen neben wertvollen Sachpreisen auch eine Reise zu einem Erste-Hilfe-Wettbewerb nach England im kommenden Jahr.

Die Preise, die von zahlreichen Firmen gestiftet wurden, überreichte der Präsident der Johanniter-Unfall-Hilfe, Wilhelm Graf Schwerin. Er bedankte sich bei den ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern für ihren unermüdlichen Einsatz, Kranken, Verletzten und gebrechlichen Menschen zu helfen. Unter dem achtspeitzigen Kreuz, das die acht Seligpreisungen der Bergpredigt verdeutlicht, demonstriert die JUH täglich viele tausendmal, was heute nicht mehr alltäglich ist: tätige Nächstenliebe, wie Graf Schwerin ausführte.

Der Bundesarzt der JUH, Dr. Wolfgang Krawietz, stellte bei der Preisverleihung fest, daß die Helferinnen und Helfer der Johanniter-Unfall-Hilfe einen hohen Ausbildungsstand besitzen. „Ich bin über das hohe Niveau der Ausbildung sehr erfreut“, sagte Dr. Krawietz. „Wir können unsere freiwilligen Helferinnen und Helfer in den Einsatz schicken, weil wir wissen, daß die Verletzten und Hilfesuchenden bei uns gut versorgt werden.“



Eine Jugendmannschaft (B) im praktischen Test.

Der schleswig-holsteinische Landesverband der JUH führte zum ersten Male den Bundeswettkampf im nördlichsten Bundesland durch. Der Landesbeauftragte der JUH Schleswig-Holstein, Arnd von Reinersdorff, sah in dem Bundeswettkampf aber noch viel mehr als nur eine Leistungsschau: „Wir sind sehr froh, daß so viele junge Menschen hier sind, denn es ist auch wichtig, daß man

sich untereinander kennenlernt, miteinander spricht und Erfahrungen austauscht.“

Mit einem Feldgottesdienst endete der Wettkampf. In vielen Gesprächen auf der Heimreise wurde das „Gestern“ erörtert und das „Übermorgen“, der Bundeswettkampf 1985 in Berlin, besprochen. Viele wollen wieder dabei sein.



Gewonnen! Nach harter Arbeit herrscht helle Freude über den Sieg.

(Fotos: EX-Press)

Unvergeßliche Augenblicke:

Sanitätsdienst auf dem Petersplatz

Erstes MHD-Team vom Einsatz in Rom zurück –
Der Höhepunkt: Die Generalaudienz

Ein Vielfaches dessen, was Petersdom und Petersplatz gewöhnlich an Menschenströmen über sich ergehen lassen, ist in diesem Jahr in Rom zu erwarten. Die Ausrufung des Heiligen Jahres 1983/84 durch Papst Johannes Paul II. bedeutet, daß die ohnehin hohen Besucherzahlen im Vatikan in die Höhe schnellen. Für so viele Gäste will gesorgt sein – auch in sanitätsdienstlicher Hinsicht. Mit dieser Aufgabe ist auch diesmal der Malteser-Orden betraut worden. Er nimmt die Koordination des Dienstes wahr, der von Malteser-Helfern aus verschiedenen Ländern getragen wird.

Wesentlichen Anteil daran hat der Malteser-Hilfsdienst. Zwölf 14tägige Einsätze hat der MHD inzwischen übernommen. Mehrere einwöchige Einsatzaufträge sind noch zu erwarten. Die deutschen Teams kommen aus den verschiedensten Orten.

Zahlreich sind die Meldungen, die von MHD-Gruppen beim MHD-Auslandsdienst in Köln eingehen. Wer möchte nicht einmal auf dem Petersplatz Sanitätsdienst geleistet haben? Die Teams bestehen aus mindestens acht Personen, darunter ein Arzt, eine Krankenschwester, Rettungssanitäter, Schwesterhelferinnen und Sanitäter.

Das erste Einsatzteam des MHD kam aus Meerbusch und Aachen. Über die Erfahrungen vor Ort verfaßte der Ortsbeauftragte aus Meerbusch, Wolfgang Becker, einen Bericht, den wir nachfolgend im Auszug wiedergeben.

Noch eine Woche vorher hätten wir uns nicht träumen lassen, an einem solchen Einsatz teilnehmen zu können. Ein kurzfristig entstandener Engpaß führte zu unserem spontanen Aufbruch. Am Freitag, dem 6. Mai, machten wir uns von der Dienststelle in Meerbusch (Erzdiözese Köln) auf den Weg; „wir“, das heißt ein Team von fünf Meerbuschern,

zwei Aachenern und einem Mönchengladbacher Helfer.

Nach etwa 19stündiger Fahrt legten wir Samstagmittag kurz vor Rom die letzte Rast ein. Unser erstes Ziel war der Sanitätsposten im Vatikan, welcher für die kommende Woche unser Einsatzort werden sollte. Die dort diensthabende französische Gruppe begrüßte uns sehr herzlich und machte uns kurz mit den Räumlichkeiten und dem Dienstablauf vertraut. Eine Krankenschwester begleitete uns anschließend zu unserer Wohnung, welche wir nach 20minütiger Fahrt quer durch die Stadt erreichten.

Auf der Via Guido d'Arezzo erwartete uns ein wunderschönes altes Haus, auf dessen zweiter Etage eine weiträumige Wohnung zur Verfügung steht. Ein großes kombiniertes EB- und Wohnzimmer, fünf Schlafzimmer sowie ein Zimmer für die Bedienstete des Hauses, eine große Küche, zwei Toiletten und drei Duschen bieten ausreichend Platz und Komfort für alle.

Sonntagvormittag versahen die italienischen Kollegen den Dienst auf dem Petersplatz, wodurch wir Zeit hatten, uns in der Wohnung einzurichten, und erste Besichtigungen in der näheren Umgebung durchzuführen. Um 15 Uhr meldeten wir uns im Sanitätsposten, wo unser Dienst dann begann und wir zunächst eine Einweisung durch Generalarzt Dr. Melandri erhielten. Die Station besteht aus einem größeren Raum mit einem Ausgang direkt zum Petersplatz und einem Ausgang zum Vorhof der Generalaudienzhalle. Im rechten Winkel schließt daran ein kleinerer Untersuchungsraum an, welcher durch einen Vorhang abgeteilt ist. Hierin befinden sich eine Untersuchungs- und ein Medikamenten- und ein Kühlschrankschrank. Daneben gibt es noch zwei Toiletten und eine Waschküche. In dem größeren Raum sind drei Betten, jeweils durch spanische Wände voneinander getrennt, sowie ein Stahl-

schrankschrank mit Vorräten und ein Schreibtisch mit Telefonanschluß untergebracht. Alle Patienten, deren Unwohlsein länger als 20 Minuten anhält, sollen mit dem dafür bereitstehenden Krankenwagen in das Heilig-Geist-Krankenhaus gebracht werden, welches je nach Verkehr in ca. 15 Minuten zu erreichen ist. Der Krankenwagen des Ordens, der nach unseren Verhältnissen sehr gut ausgestattet ist, wird von einem ständig bereitstehenden italienischen Helfer gefahren. Verbrauchte Medikamente werden durch die Vatikanapotheke ersetzt.

Die Dienstzeiten wurden uns vorgegeben: morgens von 8 bis 13 Uhr und nachmittags von 15 bis 19 Uhr.

Da wir vor Ort durch zwei Angehörige von Ordensmitgliedern unterstützt wurden, konnten zwei Schichten mit je fünf Helferinnen bzw. Helfern festgelegt werden.

Bei Großveranstaltungen, wie z. B. der Generalaudienz am Mittwoch, müssen grundsätzlich alle Einsatzkräfte anwesend sein. Jeder Schicht steht zusätzlich ein Dolmetscher zur Verfügung. Das Mittagessen kann jeweils um 14 Uhr in der Mensa des Vatikans eingenommen werden. Die Mahlzeiten sind schmackhaft und durchaus ausreichend, müssen jedoch jeweils vorher bestellt werden.

Neben unseren Aufgaben im Sanitätsdienst kamen ständig eine große Flut verschiedenster Anfragen auf uns zu. Trotz eindeutiger Beschreibung wollten immer wieder Pilger Briefmarken und Souvenirs bei uns kaufen. Fragen, wie z. B. an welchem Fenster der Heilige Vater zu sehen sein würde oder aber nach dem Postamt oder den Toiletten, sind ebenso regelmäßig zu beantworten gewesen.

Aufgrund der noch nicht allzu heißen Jahreszeit hatten wir täglich ca. zehn Hilfeleistungen zu verzeichnen, und durchschnittlich kam es zu sechs Kran-

Die deutschen MHD-Helfer zusammen mit Mitgliedern des Malteser-Ordens vor der Sanitätsstation auf dem Petersplatz.



kentransporten in das erwähnte Hospital „Santo Spirito“. Häufigster Anlaß für Hilfeleistungen waren durch die klimatische Umstellung bedingte Kreislaufbeschwerden oder durch Stürze bedingte kleinere Verletzungen. Situationskomik, wie z. B. die Handverletzung eines Schweizer Gardisten, welche er sich bei der Beendigung des Dienstes an der eigenen Hellebarde zugezogen hatte, gehörte auch zum Tagesablauf.

Der Höhepunkt unseres Einsatzes war zweifellos die Generalaudienz am Mittwoch. Bereits seit zwei Tagen hatte man Absperrungen und ca. 20 000 Stühle für die Pilger aufgebaut. Um 11 Uhr sollte der Heilige Vater in einem offenen Wagen auf den Petersplatz fahren. Einzelne Pilgergruppen warteten schon stundenlang, um gute Plätze zu erhalten. Auch wir warteten gespannt, da der Papst auf seinem Weg auf den Petersplatz an uns vorbeikommen würde. Unser mitgebrachtes Banner hatten wir auf eine Absperrung vor dem Sanitätsposten gespannt.

Kurz nach 11 Uhr war es dann soweit. Der offene weiße Wagen verließ die Vatikanausfahrt und fuhr direkt auf uns zu. Begeisterter Applaus und Hochrufe erfüllten den Petersplatz. Die unbeschreibliche Atmosphäre griff auch auf uns über, und es waren für uns alle unver-

geßliche Augenblicke, als der Heilige Vater langsam vorbeifahrend uns als erste begrüßte.

Ein mehrstündiges Programm folgte nun. Nach einer sehr langen Ansprache, welche er in mehreren Sprachen hielt, wurden viele Gruppen aus den verschiedensten Ländern vorgestellt und überreichten dem Heiligen Vater ihre Gastgeschenke. Als die Vorstellung der endlos scheinenden Schlange der Besuchergruppen beendet war, begab sich Papst Johannes Paul II. in die Menschenmenge, um möglichst viele Pilger persönlich zu begrüßen.

Inzwischen war eine Frau in die Station gebracht worden, die unter heftigen Rückenschmerzen litt. Möglicherweise handelte es sich um einen eingeklemmten Ischias, und wir erklärten ihr, daß eine genaue Diagnose und Hilfe nur im Krankenhaus möglich sei.

Die Frau lehnte jedoch entschieden ab, ins Krankenhaus zu gehen, bevor sie den Heiligen Vater von nahem gesehen habe, da sie hauptsächlich der Generalaudienz wegen nach Rom gekommen sei.

Wir hoben sie also vorsichtig in einen Rollstuhl und brachten sie zu den anderen Rollstuhlfahrern, die immer einen besonders guten Platz haben und zuerst persönlich begrüßt werden. Unverges-

sene Augenblicke für sie wie für uns, als der Heilige Vater ihr als einer der ersten die Hand auflegte. Nachdem sich der Petersplatz später von den zahlreichen Pilgern geleert hatte, konnten auch wir unseren Dienst beenden.

Mit dem Samstag kam der Tag unserer Rückfahrt. Schweren Herzens begannen wir Abschied zu nehmen. Vormittags versahen wir noch Dienst, und nach der Mittagspause wurde der Posten wieder von unseren italienischen Kollegen übernommen. Generalarzt Dr. Melandri vollzog die offizielle Übergabe der Station. In der Kirche des Campo Santo Teutonico feierten wir mit Vikar Michael Freiherr von Fürstenberg eine Abschlußmesse.

Nach dem Abschluß- und Reisesegen nahmen wir Abschied vom Vatikan, Abschied von Rom und vielen neuen Freunden und machten uns um 16.55 Uhr auf die 19stündige Heimfahrt, die uns erleichtert wurde, durch die Gewißheit, nicht alles zurücklassen zu müssen.

Die fast ausnahmslos angenehmen Erinnerungen und vielfältigen Eindrücke bleiben, und vielleicht werden sich auch noch die Münzen lohnen, die wir in den Trevi-Brunnen geworfen haben, mit dem Wunsch, einmal wiederkommen zu können.

31. Delegiertenversammlung des DFV:

Berichte aus der Facharbeit des Verbandes

Präsident Struve: In der Öffentlichkeitsarbeit liegt eine große Aufgabe

DFV-Präsident Struve



Auf dieser Delegiertenversammlung 1983 in Helmstedt haben wir versucht, den Teilnehmern einmal einen Teil der Probleme, die laufend vom Vorstand und den Fachausschüssen bearbeitet werden müssen, vorzustellen. Zwei Bereiche, die neben den anderen in letzter Zeit besondere Wichtigkeit erlangt haben, möchte ich persönlich ansprechen.

In der heutigen Zeit genügt es anscheinend nicht, nur Gutes zu tun, sondern man muß darüber auch berichten. Sicher ist vor Ort die Berichterstattung über unsere Feuerwehren gut. Hier ist noch die Nähe zum Bürger und damit auch zur Presse vorhanden. Aber schon auf Kreis- und Landesebene nimmt die Darstellung der Verbandsarbeit in der Öffentlichkeit ab. Dem Deutschen Feuerwehrverband ist es, von einigen Ausnahmen abgesehen, bislang nicht möglich gewesen, hier einen Durchbruch zu schaffen. Es ist aber äußerst wichtig, daß einmal die Mitglieder, aber auch die Öffentlichkeit, über die umfangreiche Arbeit, die der DFV für seine Mitglieder verrichtet, informiert werden. Um dieses zu erreichen, benötigen wir die Mitarbeit der Landesfeuerwehrzeitungen und im verstärkten Maße die der öffentlichen Presse.

Hier soll nun der Weg gefunden werden,

daß laufend in kurzen Mitteilungen über Vorstandssitzungen und Sitzungen der Fachausschüsse im DFV berichtet wird. Darüber hinaus erbitten wir aber auch Berichte von den Mitgliedsverbänden und von den Organisationen und Institutionen, die im Brandschutz tätig sind mit dem Ziel, diese Berichte bundesweit zugänglich zu machen. In der Öffentlichkeitsarbeit liegt für den DFV eine große Aufgabe!

Der zweite Bereich ist das Feuerwehrmuseum in Fulda. Nachdem der erste Bauabschnitt seiner Bestimmung übergeben wurde, hat sich in den darauffolgenden Jahren nichts verändert. Ein Teil der Exponate ist in der neuen Halle untergebracht, weitere sind in der ehemaligen Bürgerschule bzw. auf einem ehemaligen Fabrikgelände eingelagert. Wir können uns diesen Zustand nicht weiter leisten. Wenn nicht die Freiwillige Feuerwehr Fulda immer wieder bereit gewesen wäre, die Fahrzeuge und Gerätschaften vor dem Verfall zu schützen, die ausgestellten Geräte zu pflegen und die Besucher zu betreuen, wäre das Ende sicher schon dagewesen.

Die Erhaltung dieses Museums, welches die Feuerwehrgeschichte des deutschsprachigen Raumes aufzeigen soll und kann, darf und kann nicht nur die Angelegenheit weniger Engagierter sein, sondern es ist eine gemeinsame Verpflichtung aller im Brandschutz Tätigen, ja, jedes einzelnen! Aus diesen Gründen ist folgender Plan entwickelt worden, der möglichst kurzfristig realisiert werden muß:

Erstellung eines weiteren Bauabschnittes. Mit diesem Bauabschnitt soll erreicht werden, daß eine genügend große Ausstellungsfläche zur Verfügung steht, damit alles an einem Ort zusammengefaßt wird. Hierzu werden etwa 2,2 Millionen DM benötigt. Etwa 750 000 DM will die Stadt Fulda und ca. 700 000 DM sollten die Feuerwehren durch eine Umlage von 1 DM je aktives Mitglied aufbringen. Sechs Landesverbände haben

hierzu schon ihre Bereitschaft erklärt. Etwa 750 000 DM sollten, als Träger des Brandschutzes, von den Ländern erbracht werden. Hier steht allerdings die Bereitschaft, abgesehen von zwei Ländern, noch aus.

Es wird nun in Zusammenarbeit mit den Mitgliedsverbänden unsere Aufgabe sein, hier entsprechende Gespräche und Verhandlungen zu führen. Daß neben dem Bund auch andere Institutionen zur finanziellen Mitwirkung angesprochen werden, versteht sich von selbst. Ich glaube, wir können es uns einfach nicht leisten, daß wir das, was unsere Vorgänger mit viel Idealismus und Engagement zusammengetragen haben, verfallen lassen. Damit wäre es für die kommenden Generationen verloren. Aus diesem Grunde ist es sicherlich auch eine Aufgabe unserer Jugendfeuerwehren, sich dafür tatkräftig zu engagieren. Wir brauchen zur Realisierung den guten Willen jedes einzelnen.

In den nachfolgenden Berichten der Herren Vizepräsidenten werden viele Probleme angesprochen. Hierbei geht es nur immer um die Sache. An dieser Stelle möchte ich allen danken, die in den verschiedenen Ausschüssen und Gremien ihr Fachwissen und auch ihre Zeit zur Lösung von Fachfragen zur Verfügung gestellt haben. Um aber in die Zukunft planen und arbeiten zu können, muß man einmal seinen Standort bestimmen. Das setzt voraus, daß man auch den Mut haben muß, den bisher beschrittenen Weg in Frage zu stellen. War jede Entscheidung richtig? Haben wir immer das Gesamte „im Auge gehabt“, oder haben wir bestimmte wichtige Bereiche zu wenig oder gar nicht berücksichtigt? Betrachten Sie deshalb diese Beiträge als Schlüssel zum Öffnen für nutzbringende Gespräche, zum Wohle aller!

Möge mit dem Dargelegten ein Schritt nach vorn getan werden. Ich bitte alle, um der Sache willen, an der Verwirklichung mitzuwirken!

Vizepräsident Dr. Mingenbach:



Mein Fachgebiet IV umfaßt das Fachreferat 2 „Brandschutz und Technische Hilfe“. Es betreut die vier Fachausschüsse:

- 2.1 Abwehrender Brandschutz und Technische Hilfe
- 2.2 Vorbeugender Brandschutz
- 2.3 Strahlen- und Umweltschutz
- 2.4 Flugdienst.

Facharbeit zu leisten ist eine der wichtigsten Aufgaben im Deutschen Feuerwehrverband, neben seiner integrierenden Kraft nach innen und außen Sprecher aller deutschen Feuerwehren zu sein. Facharbeit liefert die Basis für das gesellschaftspolitische Gewicht des DFV. Aufgaben mit solch hohem Wertinhalt dürfen daher nicht verkümmern, sondern mit der sach- und fachgerechten Lösung muß gewuchert werden. Die Arbeit in den Fachgremien steht andererseits unter kritischem Blick der Notwendigkeit und der Effizienz. Der DFV kann es sich nur leisten, sachlich einwandfreie Arbeit mit einem Minimum an Aufwand zu leisten – erst recht in der heutigen Zeit. Die Arbeit des DFV ist gefragt, und deshalb ist die Verpflichtung bei aller Facharbeit Sicherheit in der Aussage, damit jederzeit gerechtfertigt wird: die Feuerwehr „Mädchen für alles“ oder „... sicherheitshalber – Deine Feuerwehr“.

Aktuelle Fachfragen haben die Fachausschüsse im Fachreferat 2 im zurückliegenden Berichtszeitraum vornehmlich beschäftigt. Bei weitem konnte dabei nicht die gesamte Fülle anstehender Fachfragen abgehandelt werden. Vielmehr wurde Wert darauf gelegt, Qualität vor Quantität zu stellen und eine gründliche Beratung vorzunehmen.

FA 2.1 „Abwehrender Brandschutz und Technische Hilfe“

1. Im Bereich öffentlicher Feuerwehren ist ein sinnvolles, abgestimmtes Zusam-

menarbeiten der hauptberuflichen und freiwilligen Kräfte der Feuerwehren unerlässlich für eine gute Gefahrenabwehr. Es geht dabei nicht um die Sachlage, die in der Öffentlichkeit mit dem Schlagwort „Freiwilligkeit“ umschrieben ist, sondern um Lösungen für sinnvollen Einsatz sowohl hauptberuflicher als auch freiwilliger Einheiten; sei es nun durch Zuweisung bestimmter Aufgaben oder gar von Betreuungsbereichen oder um Abstimmung für einen erfolgreichen Einsatz. Die Umfrage zum Themenkreis in den einzelnen Bundesländern – an der Beantwortung haben sich die Bundesländer Hamburg, Niedersachsen, Hessen und Bayern vornehmlich beteiligt – ergab ein umfangreiches Spektrum des Einsatzes beider Feuerwehrkräfte:

1. Hauptberufliche Kräfte nur tagsüber, nachts und an Wochenenden Einsatz von freiwilligen Kräften.
2. Gleichzeitige Alarmierung von haupt- und nebenberuflichen Kräften.
3. Die hauptberuflichen Kräfte bilden den 1. Abmarsch, die freiwilligen Kräfte den 2. Abmarsch.
4. Zuweisung von Ortsteilen an freiwillige Feuerwehrkräfte zur brandschutztechnischen Betreuung.
5. An Wochenenden Verwendung freiwilliger Kräfte im Wachdienst gemeinsam mit hauptberuflichen Kräften.
6. Alarmierung freiwilliger Kräfte nur, wenn dazu ein Erfordernis besteht.
7. Zuweisung von technischen Hilfeleistungen und Sicherheitswachen in bestimmten Ortsteilen bzw. Veranstaltungen.

Schon der flüchtige Blick auf diese Auflistung zeigt, daß sich Einsatzformen entwickelt haben, die auf lange Sicht gesehen die Bereitschaft, freiwillig zur Gefahrenabwehr bereit zu sein, mindern werden, wenn auch vordergründig die Erwartung des Einsatzes darüber hinweggeht. Der freiwillige Feuerwehrmann hat in der Regel seine „Arbeitszeit“ abgeleistet, ehe er in seiner Freizeit für Ersatzaufgaben zur Verfügung steht oder er sich dafür zur Verfügung stellt. Die Motivation zum Erbringen freiwilliger Leistung darf durch Einsatzmodelle nicht negativ beeinflußt werden, wie andererseits die freiwillige Kraft nicht im Stellenwettbewerb mit der hauptberuflichen Kraft stehen will und kann. Gemeinsames Zusammenarbeiten bzw. die Zuweisung von Ortsteilen zur brandschutzmäßigen Betreuung beinhalten für freiwillige Kräfte Bereitsein zur Ausbildung, Weiterbildung und Übungsdienst, soll qualitativ kein Bruch in der feuerwehrspezifischen Leistung eintreten, d. h. die hauptberuflichen Kräfte müssen die Effizienz der freiwilligen Kräfte kennen und umgekehrt. Persönliches Engagement

kann darüber hinaus nur so gut sein, wie die technische Ausrüstung sie zuläßt.

2. Grundsätzliche Überlegungen zur Entwicklung von Einsatzfahrzeugen unter besonderer Berücksichtigung der Fahrzeugkosten: Hier ist eine Umfrage unter den Fachausschußmitgliedern über die Mindestausrüstung der Feuerwehren in den einzelnen Bundesländern eingeleitet. Dieses Thema behandelt einen Aufgabenkreis, den der Fachausschuß 4.1 „Fahrzeuge“ ebenfalls berührt. Hier ist Gedankenaustausch zwischen den Ausschüssen vonnöten, um ein sinnvolles Ergebnis vorlegen zu können. Für die Arbeit des Fachausschusses dürfen Aussagen auf der diesjährigen VFDB-Tagung in Kassel von Wichtigkeit sein.

FA 2.2 „Vorbeugender Brandschutz“

1. Im Rahmen der Arbeit dieses Fachausschusses spielt Erfahrungsaustausch über Verhalten von Baustoffen und Bauteilen im Brandfall eine wesentliche Rolle. Gerade diese Erfahrungen haben mosaiksteinartig stets zu einem durch Praxis erhärteten Gesamtbild geführt. Einen solchen Erfahrungsaustausch pflegt bekanntlich auch der Arbeitskreis „Vorbeugender Brandschutz“ der AGBF, und dieser hat dann Eingang in die Erarbeitung von baurechtlichen Vorschriften gefunden. Die umfangreiche Einsatzliste auch der Freiwilligen- und Werkfeuerwehren kann dazu Wertvolles leisten.

2. Polychlorierte Biphenyle (PcB), einst gefeiert als brandschutztechnisch hervorragender Ersatz der Mineralöfüllungen in elektrischen Betriebsmitteln, sind durch ihren möglichen Anteil an Dioxinen und Furanen bei Zersetzungstemperaturen < 700°C wegen der großen Giftigkeit dieser Stoffe in Verruf geraten. Die Innenministerien der Länder haben dazu zwischenzeitlich Richtlinien erlassen. Der Fachausschuß betrachtet es als eine Aufgabe, den Vollzug dieser Richtlinien zu verfolgen und ggf. die Öffentlichkeit darüber zu informieren.

3. Die Musterbauordnung ist gemäß der Bund/Länder-Vereinbarung vom 21. 1. 1955 (Dürkheimer Vereinbarung) als Unterlage für die Neufassung der Landesbauordnungen erarbeitet worden. Es wird nicht bestritten, daß eine solche Vorschrift weiterentwickelt und fortgeschrieben werden muß. Die Ministerkonferenzen der ARGEBAU haben am 11. 12. 1981 eine neue Musterbauordnung (MBO) verabschiedet. Ziel der Neufassung der MBO war vor allen Dingen, wieder eine größere Praxisnähe in der Handhabung und eine Vereinfachung der Regelatbestände und des Verwaltungsverfahrens zu erreichen. Seit der Verabschiedung bezogen Brandschutzfachleute aller Couleur, der

Materialprüfung und der Versicherungswirtschaft dagegen Stellung, weil eine Minderung des bisher im Baurecht erreichten brandschutztechnischen Sicherheitsstandards befürchtet wird und somit eine Vergrößerung des Brandschadenumfangs für unausweichlich gehalten wird. Welche Folgen das Umsetzen der Musterbauordnung haben dürfte, zeigte die VFDB-Tagung 1982 in Oldenburg. Hier prallten die unterschiedlichen Meinungen hart aufeinander. Eine Risikovergrößerung wird vor allem durch die vorgenommenen Veränderungen in den §§ 6 Abstandsflächen, 28 Brandwände, 29 Decken und 32 Treppenträume erwartet. Die Generalklausel für den Brandschutz in § 17 (1) MBO ist dagegen unverändert übernommen. Sie lautet:

„Bauliche Anlagen müssen so beschaffen sein, daß der Entstehung und der Ausbreitung von Feuer und Rauch vorgebeugt wird und bei einem Brand wirksame Löscharbeiten und die Rettung von Menschen und Tieren möglich ist.“

Die Feuerwehren betonen, daß sie für ihre Einsatzkräfte einer gewissen Schutzfunktion bedürfen, um ihren Einsatzaufgaben gerecht werden zu können. Sie wünschen eine erneute Beratung und eine Berücksichtigung ihrer berechtigten Belange bei der Umsetzung der MBO in die Landesbauordnungen.

4. Die länderübergreifende einheitliche Behandlung von Baugesuchen soll durch Erstellung von Mustersätzen für die Behandlung von Baugesuchen erreicht werden. Standortgebundene Mustersätze sind bekannt. Vergleiche der verschiedenen Mustersätze haben jedoch ergeben, daß sie unterschiedliche Inhalte bei gleichem Themenkreis haben. Hier erfolgt Abstimmung mit dem Arbeitskreis „Vorbeugender Brandschutz“ der AGBF.

FA 2.3 „Strahlen- und Umweltschutz“

Hauptberatungspunkt dieses Fachausschusses war im Berichtszeitraum die Ausbildung von Führungskräften der Feuerwehren zu fachkundigen Führungskräften im Sinne der FwDV 9/1. Diesem Themenkreis kommt insofern Bedeutung zu, als die Landesfeuerweherschulen in diese Ausbildung einsteigen und somit in der Lage sind, einen größeren Personenkreis auszubilden als es dem Strahlenschutz-Institut der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung in Neuherberg möglich ist. Zugleich wird es dadurch möglich, Kosten zu sparen.

Nicht unerwähnt und unbeachtet darf bei der Erörterung des Problemkreises aber auch die mangelnde Bereitschaft der Feuerwehrangehörigen zur Mitarbeit bleiben. Aus nicht ganz erklärlichen

Gründen ist Strahlenschutz ein „Problemthema“, und die Bereitschaft der Anerkennung als Feuerwehraufgabe nur gering. Jede moderne Feuerwehr muß sich voll dem „neuen“ oder veränderten Aufgabenkatalog anpassen und Ausbildung und Ausrüstung dementsprechend fortschreiben. Die Ausbildung sieht einen Drei-Stufen-Plan vor:

1. Stufe Grundausbildung (35 Stunden)
2. Stufe Erweiterung der Grundausbildung (70 Stunden)
3. Stufe Fachkunde im Strahlenschutz für den Feuerwehreinsatz (35 Stunden).

Dieses Thema wird gemeinsam mit dem FA 5.1 „Ausbildung“ abgehandelt, um möglichst einheitliche Lehrpläne an den Landesfeuerweherschulen zu erreichen.

FA 2.4 „Flugdienst“

Dieser Fachausschuß wird von den Landesfeuerwehrverbänden Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hessen getragen. In den beiden ersten Landesfeuerwehrverbänden liegen die größten Erfahrungen im Flugdienst vor und werden dort geregelt. Aktuelle Probleme stehen nicht zur Erörterung an.

Mit diesem Bericht habe ich Ihnen einen kurzen Abriss über die wichtigsten Ausschuß-Arbeiten im Fachgebiet IV gegeben. Es wurde im Berichtszeitraum Wert darauf gelegt, Tagungen nur mit begründeter Berechtigung durchzuführen. Nicht die Vielzahl von Tagungen soll Aktivität belegen, sondern nur die Qualität des Arbeitsergebnisses.

Vizepräsident Bräunig:



Mein Fachgebiet III des Deutschen Feuerwehrverbandes läßt sich mit den Begriffen „Rettungsdienst, Ärztlicher Dienst, Technik“ umschreiben.

Im Bereich des „Rettungsdienstes“ versucht der Deutsche Feuerwehrverband seit geraumer Zeit, dem Gesetzgeber klarzumachen, daß die Aufgabe, den Rettungs- und Krankentransportdienst

durchzuführen, nicht dem freien Wettbewerb überlassen werden darf. Dies führt in einigen Gebieten dazu, daß freie Unternehmer in lukrativen Tageszeiten den etablierten Organisationen Transporte entziehen und ein Geschäft damit machen. Der Gesetzgeber soll durch Änderung des Personenbeförderungsgesetzes dafür sorgen, daß eine objektive Bedarfsprüfung eingeführt wird. Mit großer Sorge sieht der Deutsche Feuerwehrverband auch die Entwicklung, daß die Aufgabe des Rettungs- und Krankentransportdienstes von der Feuerwehr zu anderen Organisationen verlagert werden soll. Hier werden vordergründige wirtschaftliche Überlegungen angeführt, die jedoch meist wichtige leistungsbezogene Daten überdecken.

Im Sachgebiet „Ärztlicher Dienst“ ist es gelungen, die Stellung des Feuerwehrarztes zu umschreiben. Es wird in Kürze ein Papier veröffentlicht, mit dem der Deutsche Feuerwehrverband Aufgaben und Voraussetzungen umschreibt. Besonders für die hauptamtlichen Kräfte wird aus Gründen des ungünstigen Altersaufbaus die Frage der Atemschutzuntauglichkeit und damit auch der Feuerwehrdienstuntauglichkeit in naher Zukunft Bedeutung gewinnen. Hier wird die Stellungnahme der Feuerwehrärzte zur Lösung dieses Problems beitragen müssen.

Der Deutsche Feuerwehrverband ist als Fachverband der Feuerwehren aufgerufen und auch verpflichtet, zum Stand und zur Entwicklung der Feuerwehrentechnik grundsätzliche Gedanken und Stellungnahmen zu sammeln, zu formulieren und sie zur Darstellung der Absichten und der Position nach innen und außen zu vertreten. Dies ist auf dem Gebiet der „Technik“ besonders deshalb vorzuziehen, weil die Grenzen der Wirtschaftsentwicklung und damit der finanziellen Möglichkeiten deutlich werden und weil die fortschreitende Technik immer größere Gefahrenrisiken mit sich bringt. Auch die Aus- und Fortbildung der Einsatzkräfte erfordert besondere Anstrengungen.

Lassen Sie mich zum Schluß die wenigen Gedanken, die ich hier vortragen konnte, in zehn Forderungen zusammenfassen:

1. Normen sind notwendiger denn je, aber sie müssen sich auf wenige notwendige und regelungsbedürftige Fälle beziehen. Sie müssen mehr als bisher in Beziehung gesetzt werden zu ihrem möglichen und sinnvollen Regelungs-inhalt. Das bedeutet also, bestehende Normen, Regelungen und Vorschriften auf ihren Inhalt und ihre Notwendigkeit zu untersuchen.
2. Die Arbeitsfähigkeit und Arbeitsmöglichkeit der Normenausschüsse ist in

personeller Hinsicht auf Umfang und Zusammensetzung zu prüfen. Auch sollte die Legitimation anderer Gremien, Stellen und Institutionen, Vorschriften für den Bereich der Feuerwehr zu erlassen, kritischer betrachtet werden.

3. Die genormten Fahrzeuge und Geräte in stark eingeschränkter Typenvielfalt sind preiswert anzubieten, wobei notwendige Sonderausführungen auch weiterhin auf besonderen Wunsch zu liefern sind.

4. Die Betriebssicherheit der Fahrzeuge und Geräte ist zu erhöhen und ihre Bedienung zu vereinfachen.

5. Notwendige und wirtschaftlich techni-

sche Lösungen sind unter Zurückstellung wünschenswerter Modelle voranzutreiben.

6. Es sind verstärkt Maßnahmen zur Werterhaltung vorzusehen.

7. Die Prüf- und Wartungsvorschriften sind zu vereinfachen und zu vereinheitlichen.

8. Die Forschung ganz allgemein und besonders nach wirtschaftlichen und betriebssicheren Lösungen ist zu intensivieren.

9. Die Vielfalt der Anbieter ist zu erhalten.

10. Eine gleichmäßige, von der Konjunk-

tur unabhängige, nur an der zu erfüllenden Aufgabe und am vertretbaren Risiko zu messende Intensivstrategie ist vorzusehen.

Zum Schluß lassen Sie mich feststellen, daß die Grenzen erreicht sind, wo man noch Einsatzkräfte durch Fahrzeug- und Gerätetechnik ersetzen kann.

Wir fordern die deutschen Feuerwehren, ihre Gremien und Arbeitsausschüsse, die Industrie und alle Stellen und Institutionen auf, zusammen mit dem Deutschen Feuerwehrverband an der Verwirklichung der aufgezeigten Ziele ernsthaft mitzuarbeiten.

THW-Ehrenzeichen für DFV-Präsidenten Struve

Bundesinnenminister Dr. Zimmermann würdigte die Bemühungen Struves um die partnerschaftliche Zusammenarbeit von Feuerwehren und THW

Für seine Verdienste um die Zusammenarbeit zwischen Feuerwehren und THW wurde der Präsident des DFV, Hinrich Struve, anlässlich eines rund viertelstündigen Empfangs im Bundesministerium des Innern am 14. Juni 1983 durch Bundesinnenminister Dr. Friedrich Zimmermann mit dem „Ehrenzeichen in Silber der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk“ ausgezeichnet. Der Minister, dessen zur Verfügung stehende Zeit dienstlich sehr begrenzt war, sagte in seiner Laudatio:

„Der Anlaß, der uns heute hier zusammengeführt hat, dient der Auszeichnung eines Mannes, der sich um die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Freiwilligen Feuerwehren und der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk in besonderem Maße verdient gemacht hat. Sie, Herr Präsident Struve, haben sich tatkräftig und erfolgreich bemüht um ein faires Miteinander beider Organisationen, die zu den tragenden Säulen des erweiterten Katastrophenschutzes

gehören. Hierdurch haben Sie einen vorbildlichen Beitrag zur Verwirklichung der Konzeption des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes geleistet, das ja das in den verschiedenen Hilfsorganisationen organisierte, gesellschaftspolitisch so wichtige ehrenamtliche Element für die staatliche Aufgabe des Zivilschutzes nutzbar macht.

Ich bin sicher, daß Sie auch weiterhin in Ihrem Amt als Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes alles in Ihren Kräften stehende tun werden, um überall in unserem Land zur weiteren Verständigung und Kooperationsbereitschaft von Feuerwehren und Technischem Hilfswerk beizutragen und zum Nutzen unserer Mitbürger die Leistungskraft des Katastrophenschutzes zu stärken.

Für Ihre Verdienste um das Technische Hilfswerk verleihe ich Ihnen daher das Ehrenzeichen in Silber der Bundesanstalt und spreche Ihnen hierzu meine herzlichen Glückwünsche aus.“



Trotz der begrenzten Zeit des Ministers gab es noch kurz Gelegenheit zu einem allgemeinen Gespräch nach der Verleihung des THW-Ehrenzeichens (von rechts): der THW-Landesbeauftragte für Schleswig-Holstein, Meier, DFV-Präsident Struve, Bundesinnenminister Zimmermann, THW-Direktor Ahrens und DFV-Bundesgeschäftsführer Voßmeier. (Foto: Hilberath/THW)

Leistungen im Rettungsschwimmen gewürdigt

Bundeswehrsoldaten erwarben 1982 6551 DLRG-Rettungsschwimmurkunden

Wanderpreise des Deutschen Bundeswehr-Verbandes für die besten Bundeswehreinheiten

„Der internen DLRG-Arbeit in den Sportstunden der Bundeswehr messen wir große Bedeutung zu, Körperliche Fitness, Ausdauer und hohe Leistungsfähigkeit können durch Schwimmen, besonders durch Rettungsschwimmen im Dienst der Bundeswehr gefördert werden“, sagte Vizepräsident Hans-Joachim Bartholdt von der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft anlässlich einer Feierstunde im Ausbildungszentrum des DLRG-Landesverbandes Westfalen in Warendorf.

Anlaß war die Überreichung der Wanderpreise an die Siegereinheiten im Bundeswehrwettbewerb „Schwimmen und Retten 1982“. Der vom Deutschen Bundeswehr-Verband und der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft gemeinsam ins Leben gerufene Wettbewerb würdigt jährlich die Leistungen von Bundeswehreinheiten und Dienststellen der Bundeswehr in der Schwimm- und Rettungsschwimmerausbildung. Insgesamt haben sich 53 Einheiten aller drei Teilstreitkräfte am sechsten Wettbewerb beteiligt. 8532 Schwimmfertigungszeugnisse und 6551 Rettungsschwimmurkunden wurden von diesen Einheiten im Jahr 1982 nachgewiesen.

Die höchste Wertungszahl erreichte das 7. Gebirgs-Flugabwehr-Regiment 8 mit 14,7. Der Sieg dieser Einheit zeigt, daß kleine Einheiten leichter hohe Wertungszahlen erreichen können als solche mit großer Stärke. Die meisten Urkunden wurden bei dem 5. Sanitätsbataillon 310 abgenommen (608 Schwimmfertigungszeugnisse und 494 Rettungsschwimmabzeichen). Die große Zahl der in dieser Einheit ausgebildeten Soldaten verhinderte aber, daß ein vorderer Platz belegt wurde.

In diesem Jahr hat sich die Marinefernmeldeschool mit sieben Inspektionen am Wettbewerb beteiligt. Das Pionierbataillon 3 nahm mit drei Einheiten teil, wobei dessen fünfte Kompanie nach viermaligem Sieg in ununterbrochener Reihenfolge geschlagen wurde. Die IX. Inspektion der Artillerieschule nahm zum



Der Bürgermeister von Warendorf, Dr. Drescher, Jochen Bartholdt, Vizepräsident der DLRG, Kapitänleutnant Bierwirth vom Bundeswehr-Verband und Professor Dr. Gelzer, Landesverbandspräsident von Westfalen (von links).

zehnten Male an einem Wettbewerb der DLRG teil, das 4. Nachschubbataillon 3 nahm zum sechsten Male teil und konnte nach fünf Jahren wieder einen der vorderen Plätze belegen. Fünf Einheiten beteiligten sich zum fünften Male, acht Einheiten zum vierten Male und vier Einheiten zum dritten Male am Wettbewerb.

„Wir hoffen, daß trotz der vielfältigen Belastung der Truppe und der geringen Zahl von Sportstunden und der damit verbundenen Setzung von Schwerpunkten dieser Wettbewerb über den Erwerb oder die Wiederholung von Schwimm- und Rettungsschwimmurkunden weitere Verbreitung findet. Aufgeschlossene Vorgesetzte und Soldaten als aktive Mitglieder der DLRG können dazu beitragen, daß der Wettbewerb in der Bundeswehr bekannter wird und daß die eine oder andere Einheit noch für den Wettbewerb gewonnen werden kann“, fuhr Vizepräsident Bartholdt in seinen kurzen Ausführungen vor der Verleihung der Wanderpreise und Ehrengaben fort.

Zahlreiche Gäste aus dem Bereich der Bundeswehr, Oberstarzt Dr. Vichowsky als Vertreter des Heeresinspektors und Oberst Rudi als Vertreter des Inspek-

teurs der Luftwaffe sowie Bürgermeister Dr. Drescher aus Warendorf würdigten den Wert des Wettbewerbs und wiesen auf die Bedeutung des Rettungsschwimmens nicht nur als Mittel zur Steigerung der körperlichen Leistungsfähigkeit im Dienst und als Freizeitangebot, sondern auch als Hilfe in der Erziehung zur Kameradschaft hin. Als einzelner der Gemeinschaft zu dienen, bereit sein, anderen zu helfen, sei ein hohes Ziel, das dadurch mit erreicht wird.

Kapitänleutnant Bierwirth überbrachte die Glückwünsche des Bundesvorstandes des Bundeswehr-Verbandes. Er bedauerte, daß die Aktivitäten im Schwimmsport oftmals gegenüber den Forderungen nach hoher Einsatzbereitschaft zurücktreten müßten. Auch er bat, den Wettbewerb mehr zu unterstützen und versprach, die gute Zusammenarbeit mit der DLRG weiter zu fördern.

Wanderpreise und Urkunden wurden durch Vizepräsident Bartholdt und Kapitänleutnant Bierwirth an folgende Siegereinheiten überreicht:

Einsatzeinheiten: 1. Preis: 7. Gebirgs-Flugabwehr-Regiment 8, Traunstein;



Die Vertreter der Siegereinheiten erhalten von DLRG-Vizepräsident Bartholdt die Preise.
(Fotos: Gotthardt)

2. Preis: 4. Nachschubbataillon 3, Bremen-Grohn; 3. Preis: Drohnen-Batterie 300, Yuma/Arizona, USA.

Ausbildungseinheiten: 1. Preis: I. Inspektion der Kampftruppenschule 1, Hammelburg; 2. Preis: II. Inspektion der Kampftruppenschule 2, Munster; 3. Preis: 8. Sanitätsbataillon 10, Stetten am Kalten Markt.

Ämter und vergleichbare Dienststellen: 1. Preis: Bundeswehrkrankenhaus Bad Zwischenahn; 2. Preis: Luftwaffenwerft 21, Wunstorf; 3. Preis: Medizinische Untersuchungsstelle der Bundeswehr V, Stuttgart.

Im Anschluß an die Siegerehrung erfolgte ein Erfahrungsaustausch der Vertreter der Siegereinheiten mit den Repräsentanten der DLRG. Die Diskussion ergab vielfältige Ideen zur Neugestaltung des Wettbewerbs, aber auch die Feststellung, daß immer noch Informationslücken bestehen, die es gilt, in gemeinsamer Anstrengung von DLRG und ihren Gliederungen, der Bundeswehr, dort vor allem von ihren Öffentlichkeitsorganen, und dem Deutschen Bundeswehr-Verband zu schließen, um noch mehr Einheiten und Dienststellen für die Beteiligung am Wettbewerb zu gewinnen.

H. Gotthardt

320 DLRG-Rettungstaucher aus dem gesamten Bundesgebiet demonstrierten in Cloppenburg hohen Leistungsstand

Zum mittlerweile traditionellen Frühjahrschwimmen trafen sich in diesem Jahr DLRG-Rettungsschwimmer und DLRG-Rettungstaucher an der Thülsfelder Tal Sperre in Cloppenburg. Erfreut waren die Veranstalter über den großen Zuspruch, den ihre Aktion bei den DLRG-Gliederungen im Bundesgebiet und in West-Berlin fand. Insgesamt 320 DLRG-Aktive gingen an den Start.

Die Organisation der Veranstaltung lag in Händen der DLRG-Ortsgruppe Cloppenburg: Zu Hilfe kamen ihr dabei das DRK, das THW sowie die Feuerwehr. Rettungsboote des DLRG-Bezirk Oldenburg-Münsterland sowie der DLRG Oldenburg-Nord sorgten für die Sicherheit der zahlreichen Teilnehmer. Pünktlich um 10.00 Uhr gingen die DLRG-Aktiven bei Wassertemperaturen von nur sechs Grad auf die insgesamt zwei Kilometer lange Strecke. Während der jüngste Teilnehmer gerade ganze sieben Lenze alt war, brachte es der älteste Teilnehmer auf immerhin 53 Jahre.

Nach genau 27,05 Minuten erreichte der erste der 320 Teilnehmer, mit knapp sechs Minuten „Verspätung“ die beste weibliche Teilnehmerin das Ziel. Wengleich der „bronzene Flossenfisch“ der begehrte Preis aller Aktiven war, so zählte am Ende die Teilnahme mehr als der Sieg.

K.-W. Küther



Geschafft: Der Sieger bei den Herren, Hermann Pieland, verläßt das „nasse Element“.



Eine begehrte Trophäe: der „bronzene Flossenfisch“.



320 DLRG-Rettungsschwimmer boten für den Betrachter eine imposante Kulisse.

1. Internationaler Rettungsboot-Wettbewerb wurde ein voller Erfolg

Großveranstaltung der DLRG im Raum Nijmegen mit der holländischen Rettungsgesellschaft KNBRD

Trotz schweren Unwetters wurde ein umfangreiches Programm abgewickelt

Rettungsschwimmer müssen mit überörtlichen Einsätzen rechnen. Das Fahren in fremden Gewässern will also geübt sein. Der DLRG-Landesverband Westfalen nimmt dies zum Anlaß, jährlich eine oder zwei Übungen möglichst außerhalb seiner Grenzen abzuhalten. Ideal, wenn dabei auch noch Teilnehmer aus anderen Landesverbänden oder sogar aus dem Ausland beteiligt werden können. Die holländischen Freunde von dem KNBRD zeigten sich interessiert. So kam es, daß unter der Leitung des Technischen Leiters der westfälischen DLRG, Gerth Neumann, insgesamt elf Motorrettungsboote aus den Bezirken Bielefeld, Bochum, Dortmund, Hellweg, Münster, Südsauerland und Witten vom 11. bis 15. Mai in den Niederlanden waren. Alle Einsätze fanden im Großraum Nijmegen statt. Die Nijmegener Rettungsbrigade übernahm die örtliche Organisation. Zwei Einsätze sollen nachstehend besonders hervorgehoben werden.

Der 1. Internationale Rettungsboot-Wettbewerb fand auf dem Grote Siep in Plasmolen statt. Bei strömendem Regen wurden mit elf holländischen und elf deutschen Gruppen folgende Disziplinen durchlaufen: 1. Slalom-Fahrt und Rettungsballwurf, 2. Slalom-Fahrt und Retten einer Puppe, 3. Slalom-Fahrt, Zeitfahren und Schleppen eines Bootes.

Mittags setzte ein Sturm ein, der die Übungen enorm erschwerte und im Raum des IJsselmeeres sogar Tote forderte.

Die holländischen Boote bestachen durch ihre Beweglichkeit, die deutschen durch ihre Schnelligkeit. So kam es, daß sich die Plätze gleichmäßig verteilten.



Landesverbandspräsident Prof. Dr. Gelzer überbrachte die Grüße des DLRG-Landesverbandes Westfalen. (Foto: Schäfer)

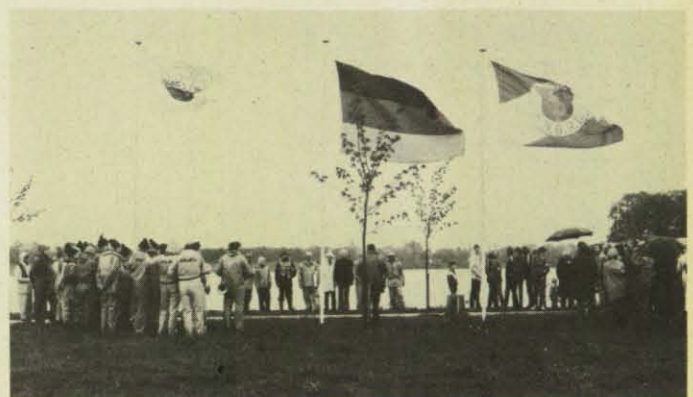
Aufmerksame Beobachter der Wettbewerbe: Präsidiumsmitglieder der holländischen Wasserrettungsgesellschaft KNBRD. (Foto: Schäfer)



Gründlich bereiten sich die Rettungsboot-Mannschaften auf ihre Aufgaben im Wasser vor. (Foto: Gotthardt)



Funktionäre und Mannschaften nehmen vor Beginn der Wettkämpfe letzte Anweisungen und Instruktionen entgegen. (Foto: Schäfer)



Nicht zu beneiden: Die Wettkampfrichter harrten stundenlang bei starkem Wind in ihren Booten aus. (Foto: Schäfer)



Glück für die DLRG, daß die ersten beiden Plätze an Bochum und Bielefeld gingen, gefolgt von der holländischen Mannschaft aus Roermond.

Aufmerksame Beobachter aus dem holländischen Präsidium und aus dem Bezirk Nijmegen waren H. Alberga, K. H. de Bruin, J. Bisenberger, H. van der Maath, Chr. Tijn, Menno Rohn und andere. Das deutsche Präsidium war vertreten durch Bernd Schäfer, Paul Jünke und Manfred Krybus, der Landesverband Westfalen durch Professor Dr. Konrad Gelzer, Dr. Günter Jancik, Gerth Neumann, Brigitte Schulz und Hermann Gotthardt.

Eine Katastrophenschutzübung war durch die holländische Schwestergesellschaft angesetzt worden. Man mußte per Zugfahrzeug die Rettungsboote von Plasmolen über die Mooker Fähre auf die andere Seite der Maas bringen. Der Alarm wurde gegen 5.00 Uhr gegeben, der Abruf etwa gegen 6.00 Uhr. Verblüffend war die Organisation am Einsatzort. Ein riesiger Autokran setzte die Boote ins Wasser, eine lastwagengroße fahrbare Nachrichtenstation sorgte für Verbindung mit der Außenwelt.

Es wurden gemischte Gruppen von holländischen und deutschen Booten gebildet. Ihre Aufgaben waren: 1. das Absuchen des Katastrophengebietes nach Überlebenden und Verletzten, 2. die Versorgung der Verletzten, 3. der Bootstransport zur Zentrale und das Anlandbringen der Verletzten.

Es zeigte sich, daß die gemischten Teams hervorragende Arbeit geleistet



Die Wettbewerbe fanden zahlreiche aufmerksame Beobachter an Land. (Foto: Schäfer)



Die Einsatzzentrale der KNBRD mit Kranwagen und mobiler Fernmeldestation. (Foto: Gotthardt)



In Reih und Glied: DLRG-Einsatzfahrzeuge am Rande des Zeltlagers. (Foto: Schäfer)



Das Ball-Zielwerfen gehörte zu den schwierigsten Übungen. (Foto: Schäfer)

hatten. Ein Fernseh-Team von Radio Hilversum II machte von der Übung Aufzeichnungen. Die Teilnehmer konnten sich abends um 19.00 Uhr und um 20.00 Uhr im NOS-Journal „bewundern“.

Gelobt werden muß die Küche der DLRG, die für ausgezeichnete Verpflegung sorgte, die auch den holländischen Freunden Lob abnötigte. Ein Lob aber auch den Kameraden der Rettungsbriga-



Nach getaner Arbeit schmeckt das Essen auch im Stehen. (Foto: Gotthardt)

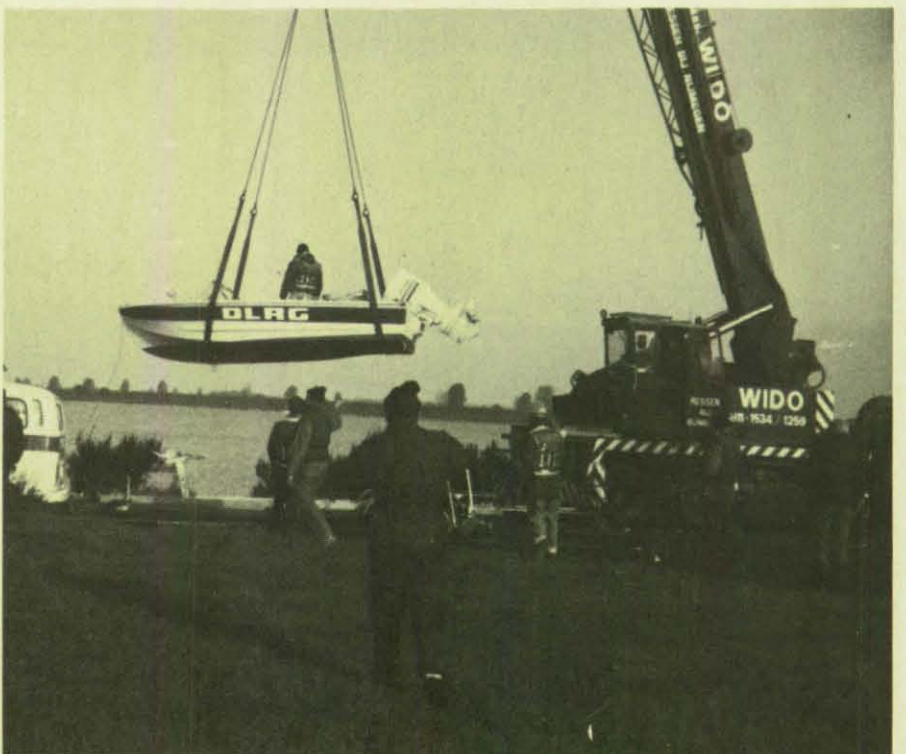


Technischer Leiter Neumann (rechts) erhielt für seine umfangreiche Vorarbeit eine bronzenne Figur. (Foto: Gotthardt)

de für ihre begeistert aufgenommene Grill-Fete und für die örtliche Organisation überhaupt. Angeregt wurde, eine Übung gleicher Art im nächsten Jahr auf deutschen Gewässern durchzuführen.

Vielleicht ist es später sogar möglich, den Wettstreit durch Teams aus Belgien, Frankreich, Spanien usw. zu vergrößern. Aber das sind zunächst noch Zukunftsträume.

H. Gotthardt



Ein Kranwagen hievte die am Wettbewerb beteiligten Motor-Rettungsboote ins Wasser. (Foto: Gotthardt)

Presseschau des Inlands

Bonn will das Problem „Zivilschutz“ angehen

Die Bundesregierung will die langjährige Brache der Zivilverteidigung beackern. Die kürzliche Ankündigung des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesinnenministerium, Carl-Dieter Spranger, nicht nur ein Zivilschutzgesetz zu schaffen, sondern auch sogenannte „Gesamtverteidigungspolitische Richtlinien“ zu entwerfen, weist in diese Richtung. Allerdings wissen die Fachleute, daß es zweierlei ist, ein derartiges Vorhaben anzukündigen und es auch zu realisieren.

Die Probleme auf diesem Gebiet sind groß. In weiten Teilen der Bevölkerung ist die Bereitschaft zur Unterstützung der Politiker bei der Entwicklung eines Gesamtkonzepts des Schutzes der nichtmilitärischen Teile von Staat und Gesellschaft in Katastrophen und Krieg unterentwickelt. Darauf wies jüngst erst wieder der Präsident des Bundesamtes für den Zivilschutz, Paul Kolb, hin. Darüber hinaus stehen dem Vorhaben auch finanzielle Hindernisse entgegen. Am meisten erschwerend für ein Konzept „Gesamtverteidigung“ wirkt sich auch nach Ansicht Sprangers die Ebbe in der Staatskasse aus.

Dennoch soll das Projekt eines Zivilschutzgesetzes angegangen werden. Die Vorarbeiten sind im Bundesinnenministerium im Gange. Sie sind bereits zu einer Vorlage an den Minister gediehen, die nach einer Bestandsaufnahme über den heutigen Ist-Zustand in der Zivilverteidigung einige entscheidungsträchtige Fragen enthält, mit denen Friedrich Zimmermann die Bundesregierung als Ganzes und die christlich-liberale Koalition die Weichen in eine neue Richtung auf diesem Gebiet stellen müssen.

Es geht mit dem Gesetz um weit mehr als nur um eine Zusammenfassung der in mehreren Rechts- und Verwaltungsvorschriften heute zersplitterten Kompetenzen. Es geht um deren Weiterentwicklung und Verstärkung. Die Fragen, die die Regierung und mit ihr die Koalition beantworten müssen, lauten. Soll

künftig eine gestaffelte oder totale Pflicht zum Bau von Schutzplätzen in allen neu zu errichtenden Gebäuden privater, gewerblicher oder öffentlicher Art eingeführt werden? Inwieweit ist diese Baupflicht durch finanzielle Mittel der öffentlichen Hand zu unterstützen? Soll darüber hinaus die Wehrpflicht ausgedehnt werden auf eine Dienstpflicht im Zivildienst?

Im Bundesinnenministerium will man nicht den Eindruck erwecken, als könne das Projekt sehr schnell vollendet werden. Da die Kompetenzen in der Zivilverteidigung auch bei den Bundesländern liegen, rechnet man mit langwierigen Abstimmungsgesprächen. Das gilt auch für die Anhörung der im Zivilschutz tätigen Verbände. Ein Referentenentwurf des Bundesministeriums wird deshalb nicht mehr in diesem Jahr erwartet.

Darüber hinaus geht es darum, zwischen der militärischen und zivilen Verteidigung eine sinnvolle Koordinierung der Vorschriften und der planenden Vorbereitungen, also ihre enge Verzahnung zur Gesamtverteidigung zu betreiben. Diesem Ziel dient die Absicht, gesamtverteidigungspolitische Richtlinien zu formulieren. In dieser Sache sind vor allem die beiden Ministerien für Inneres und Verteidigung gefordert, aber auch das Bundeskanzleramt, in dem letztlich die Koordinierung beider Aufgaben auf der höchsten Ebene der Regierung stattfinden muß.

Der Schutz der Zivilbevölkerung wird von der christlich-liberalen Koalition nach Sprangers Worten nicht nur unter humanitären Gesichtspunkten gesehen. Spranger wies gegenüber der „Welt“ ausdrücklich darauf hin, daß Zivilschutz ein Teil der NATO-Strategie der Abschreckung sein müsse. Denn die militärische Verteidigung gewinne erst dann wirkliche Glaubwürdigkeit, wenn ein Mindestmaß an Schutz für die Bevölkerung garantiert sei.

(Rüdiger Moniac in „Die Welt“, Bonn)

Dr. Kolb: Den Gedanken an den Zivilschutz geläufig machen

„Wir wollen keinen Maulwurfsstaat, wenn es um die zivile Verteidigung geht, sondern wir wollen, daß Schutzmaßnahmen für die zivile Bevölkerung wieder verstärkt in das Bewußtsein rücken.“ Das sagte der Präsident des Bonner Bundesamtes für Zivilschutz, Dr. Paul Kolb, vor Journalisten im Warnamt I in Hohenwestedt . . .

Dr. Kolb erklärte, daß der Staat gegenüber seinen Bürgern die Pflicht habe, im Verteidigungsfall genügend Schutzraum

zur Verfügung zu stellen. Es sei zu hoffen, daß die neue Regierung in Bonn auch in Sachen Zivilverteidigung eine Wende herbeiführe. Ihm, Dr. Kolb, sei jedoch klar, daß das Bewußtsein für den Zivilschutz der Bevölkerung nicht aufgezungen werden könne. Es gehe darum, den heutigen und kommenden Generationen den Gedanken an den Zivilschutz geläufig zu machen.

Auf die Frage nach den Kosten sagte der Präsident, daß man es zum einen versäumt habe, Schutzbauten anzulegen, obwohl man in der Phase des Wiederaufbaus alle Chancen dazu gehabt habe. Ein bis eineinhalb Prozent der Baukosten eines Hauses genügen, um es mit einem Schutzraum auszustatten. Es gehe hier auch in einem Verteidigungsfall darum, das zu Bewahrende zu schützen. Die ständig wiederholte Frage nach den Kosten werde sich erübrigen, wenn erst der Zivilschutz selbstverständlicher geworden sei.

Scharf ging Dr. Kolb mit den Ärzten ins Gericht, die kürzlich erklärt hatten, daß ärztliche Hilfe im Falle einer atomaren Auseinandersetzung sinnlos sei. Ärzte hätten, so lange sie lebten, die Aufgabe zu heilen, zu helfen und zu lindern. Daher mache sich derjenige schuldig, der anders handele. Das gelte übrigens für jeden Mandatsträger oder Träger eines öffentlichen Amtes: Wer den Zivilschutz vernachlässige, mache sich schuldig, sagte der Präsident, der, so wörtlich, „bereits 17 Jahre für den Schutz tätig ist und weiß, wovon er redet“ . . .

Dr. Kolb sah den Zivilschutz als Konzept der Gesamtverteidigung der Bundesrepublik an. Andere Länder wie Finnland, Schweden oder die Schweiz hätten es eingesehen, die Menschen in der Bundesrepublik größtenteils hingegen nicht. Der Präsident warnte davor, ausschließlich von einer atomaren Auseinandersetzung auszugehen, gegen die der Bürger ohnehin machtlos sei. Die Gefahr des atomaren Einsatzes sei sehr gering, weil die über der Bundesrepublik herrschenden Westwinde einem Gegner möglicherweise atomare Staubpartikelchen „bescheren“ könnten. Viel gefährlicher seien hingegen konventionelle Waffen, von denen der Ostblock gerade in jüngster Vergangenheit viele beschafft habe . . .

Nach seinem Besuch im Warnamt I fuhr Präsident Dr. Kolb zu Innenminister Claussen. Dieser gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Bundesregierung nicht noch weitere Mittel für den Zivilschutz streichen werde, weil dann nicht einmal mehr gewährleistet sei, die vielen Sirenen zu warten und zu pflegen.

(Kieler Nachrichten)

Presseschau des Auslands

Schweizerischer Zivilschutzverband: Wichtiger Impuls

Der schweizerische Zivilschutzverband begrüßt die Veröffentlichung des Zivilschutzlageberichtes. Die im Bericht zutage getretenen massiven Unterschiede im Ausbauzustand des Zivilschutzes von Kanton zu Kanton und von Gemeinde zu Gemeinde dürfen nicht einfach zur Kenntnis genommen werden. Diese realistische Bilanz ist als Anstoß und Herausforderung für den weiteren Aus- und Aufbau des Zivilschutzes in der Schweiz zu verstehen. Ein wichtiger und wesentlicher Impuls dazu ist die Absicht der Landesregierung, mit einer geänderten Verordnung Schutzplatzüberangebote zu vermeiden und den Ausgleich innerhalb der Gemeinden und der Kantone zu fördern. Strengere Vorschriften und eine gezielte Subventionspolitik seitens der Eidgenossenschaft allein genügen nicht, um die bestehenden Lücken voll und ganz auszufüllen, denn der Zivilschutz findet in der Gemeinde statt. Die Gemeinden tragen mit dem Zivilschutz eine unmittelbare Verantwortung innerhalb der Landesverteidigung. Der Zivilschutz muß dezentral zum Tragen kommen, das heißt in jeder Gemeinde und in jedem Stadtteil. Der föderalistische Aufbau des Zivilschutzes verlangt, daß jede Gemeinde ihre Organisation und ihre Bauten selber einsatzbereit und funktions-tüchtig hält. Was die Gemeinden nicht tun, wird im Zivilschutz insgesamt nicht unternommen. Dabei darf nicht vergessen werden, daß der Zivilschutz ein wesentliches strategisches Mittel unserer schweizerischen Sicherheitspolitik darstellt. Ohne wirksamen Zivilschutz müßte der Abwehrkampf unserer Armee, auf den sie sich vorbereitet, sinnlos werden. (Stellungnahme des Schweizerischen Zivilschutzverbandes zum Zwischenbericht über den Stand des Zivilschutzes)

Schweiz: Ausbau des Zivilschutzes verschiebt sich um zehn Jahre

Zehn Jahre länger als geplant, nämlich bis zum Jahre 2000, wird der Auf- und Ausbau des schweizerischen Zivilschutzes noch benötigen. In einem Zwischenbericht über den gegenwärtigen Stand der Vorkehrungen zum Schutze der Zivilbevölkerung winkt der Bundesrat mit dem Zaunpfahl in Richtung Kantone: „Bern“ könnte sich bald gezwungen sehen, Fristen zu setzen.

Seit dem Jahre 1951 wird in der Schweiz daran gearbeitet, die Bevölkerung so gut wie irgendwie denkbar vor den katastrophalen Folgen eines Krieges zu schützen. Seit dem Jahre 1971 gilt gemäß modernisierter Zivilschutzkonzeption das Ziel: „Jedem Einwohner der Schweiz ein Schutzplatz“ . . .

In einem rund 80 Seiten starken „Zwischenbericht zum Stand des Zivilschutzes“ (Teile davon sind durch eine Indiskretion bekannt geworden) zieht nun die Landesregierung eine nüchterne Bilanz. Insgesamt sei zwar „ein beachtlicher Stand erreicht“ worden, aber: „Man darf indessen heute nicht übersehen, daß die Unterschiede zwischen den Kantonen, und in den Kantonen zwischen den Gemeinden, zum Teil über das Maß hinausgehen, daß man als Tribut für den gewählten Aufbau hinnehmen kann. In den nächsten Jahren muß ein gleichmäßiger Vorbereitungsstand erreicht werden“ . . .

Daß Verspätungen eingetreten sind, sagt der Bundesrat so: „In der Tat wird der Zivilschutz zu jenem Zeitpunkt in mancher Hinsicht einen guten Stand erreicht haben. Unter den heutigen Rahmenbedingungen dürfte die volle Verwirklichung der wesentlichen Ziele indessen erst um das Jahr 2000 möglich sein.“ Durch entsprechende Setzung der Prioritäten und durch Vorbereitung von Überbrückungsmaßnahmen sei für die Zwischenzeit sicherzustellen, „daß der Zivilschutz bei einem Ernstfall seine Aufgaben jederzeit so gut als möglich erfüllen kann“.

Wenigstens in einer Hinsicht decken sich nach Beurteilung des Bundesrates Zivilschutzplanung und Wirklichkeit nach wie vor: Die Bedrohung der Bevölkerung durch moderne Massenvernichtungsmittel „hat sich nicht wesentlich verändert“. Innerhalb der schweizerischen Gesamtverteidigung hat der Zivilschutz „einen wesentlichen Beitrag zur Verhinderung eines Krieges zu leisten“ und außerdem „im Falle von Angriffen einem möglichst großen Teil der Zivilbevölkerung das unversehrte Überleben zu ermöglichen“ . . .

Ende letzten Jahres waren in der ganzen Schweiz genau 4,75 Millionen belüftete Schutzplätze in Zivilschutzräumen vorhanden. Wenn also morgen schon Bomben fallen und Raketen starten würden, dann wüßten 1,65 Millionen von insgesamt 6,4 Millionen Einwohnern der Schweiz nicht, wo sie sich in Sicherheit bringen könnten. Jeder vierte Bewohner ist zur Zeit mithin ohne Schutz . . .

Vom Zustand der gebauten Schutzräume gibt es kein zuverlässiges Inventar. „Eine Übersicht über die technische Einsatzbereitschaft aller Schutzräume ist nicht vorhanden“, lautet die lapidare Auskunft . . .

Und die Finanzen? Rund 6,75 Milliarden Franken, so schätzte man im Jahre 1971, sollte die Verwirklichung der Zivilschutzkonzeption etwa kosten. Das waren pro Jahr und Einwohner etwa 50 Franken. Doch das wird bei weitem nicht reichen. Auf der Preisbasis von 1981 sind noch einmal rund 7,7 Milliarden Franken in Zivilschutzvorkehrungen zu investieren.

Zum Sparen sei absolut kein Anlaß, berichtet der Bundesrat dem Parlament, im Gegenteil: „Die Erkenntnis, daß eine Ernstfallsituation auch vor der vollumfänglichen Verwirklichung der Konzeption eintreten könnte, zwingt dazu, laufend die bestmögliche Bereitschaft zu erreichen. Angesichts der beim Ausbau des Zivilschutzes eingetretenen Verlangsamung ist dieser Grundsatz heute von großer Bedeutung.“

(Basler Zeitung, Basel/Schweiz)

Wissenschaft & Technik

Kompaktset steuert Brandabschnittstüren

Ohne großen Aufwand und ohne großes Projektierungswissen können jetzt Rauchschutzeinrichtungen montiert werden. Ein großer deutscher Elektrokonzern hat dazu eine kleine Rauchschutzzentrale und zwei Melder als Kompaktset entwickelt. Zusammen mit handelsüblichen Tür-Feststellvorrichtungen lassen sich ohne aufwendige Verkabelung sogenannte Feststellanlagen aufbauen, mit denen Brandabschnittstüren automatisch gesteuert werden können.

Um den Personenverkehr oder Materialfluß nicht zu behindern, werden in vielen Gebäuden die Brandschutzabschnittstüren mit elektromagnetischen oder elektrohydraulischen Feststellvorrichtungen nach dem Ruhestromprinzip offen gehalten. Bei Brand wird der Ruhestrom unterbrochen, die Tür schlägt durch Feder- oder Schwerkraft zu. Der Auslöseimpuls kann dabei von einer großen Brandschutzzentrale oder von einer kleinen, autonomen Einrichtung in unmittelbarer Nähe der jeweiligen Brandabschnittstür kommen.

Das Kompaktset besteht aus einer Rauchschutzzentrale und zwei optischen Rauchmeldern mit den dazugehörigen Fassungen. Die Rauchschutzzentrale wird an die Wand geschraubt. Sie braucht lediglich einen 220-Volt-Netzanschluß sowie Leitungen zu den zwei Meldern und der elektrisch betätigten Feststellvorrichtung. Das Set läßt sich um weitere acht Melder und zusätzliche Feststellvorrichtungen ausbauen.

Hat ein Melder angesprochen oder wird die Taste für Handauslösung an der Zentrale betätigt, gibt die Feststellvorrichtung die Brandabschnittstür frei. An der Rauchschutzzentrale leuchtet eine Anzeigelampe auf. Die Zentrale bleibt im Auslösezustand, bis sie durch Drücken der Rückstelltaste wieder in den Betriebszustand zurückgeschaltet wird. Bei



Drahtbruch oder Kurzschluß auf der Meldelinie oder auch bei Netzausfall schaltet die Rauchschutzzentrale automatisch in den Auslösezustand.

(Foto: Siemens)

Regalsystem mit Sprinkleranlage kombiniert

Hochregallager stellen wegen des hohen Wertes der dort untergebrachten Produkte und der günstigen Bedingungen für eine Feuerausbreitung besondere Anforderungen an den Brandschutz. Optimal hierfür sind Sprinkleranlagen, die ein Feuer automatisch melden und löschen, und für deren Ausführung die Feuerversicherer weltweit Vorschriften erlassen haben. Zur Zeit gewähren die deutschen Feuerversicherer Rabatte bis zu 60 Prozent beim Einbau einer Sprin-

kleranlage – ein Beweis dafür, wie hoch diese Sicherheitsmaßnahme eingeschätzt wird.

Eine herkömmliche Sprinkleranlage im Hochregallager besteht aus Sprinklern und Rohren unter den Decken sowie senkrecht und waagrecht in die Regale eingeführten Rohren mit Regalsprinklern. Diese Rohrleitungen sind an der Regalkonstruktion befestigt. Die Sprinkler sind so platziert, daß sie frühzeitig durch die nach oben steigenden Brandgase ausgelöst werden, entweder infolge der Kaminwirkung innerhalb der Regale oder durch Wärmestau unter dem Dach.

Eine neue Kombination zwischen Hochregallager und herkömmlicher Sprinkleranlage bietet das System „Maurer“. Wesentliches Merkmal ist die wassergefüllte Stahlkonstruktion der Regale, die das Löschwasser zu den angeschlossenen Sprinklern führt. Hiermit ergeben sich folgende Vorteile:

kostengünstigerer Sprinkleranlagenbau, weil viele Verteiler- und Strangrohrleitungen entfallen,

sicheres Unterbringen der Sprinkler im Lagersystem, weil dann nur kurze Anschluß- und Sprinkler-Strangrohre in Regalstützen oder -träger eingeschraubt werden,

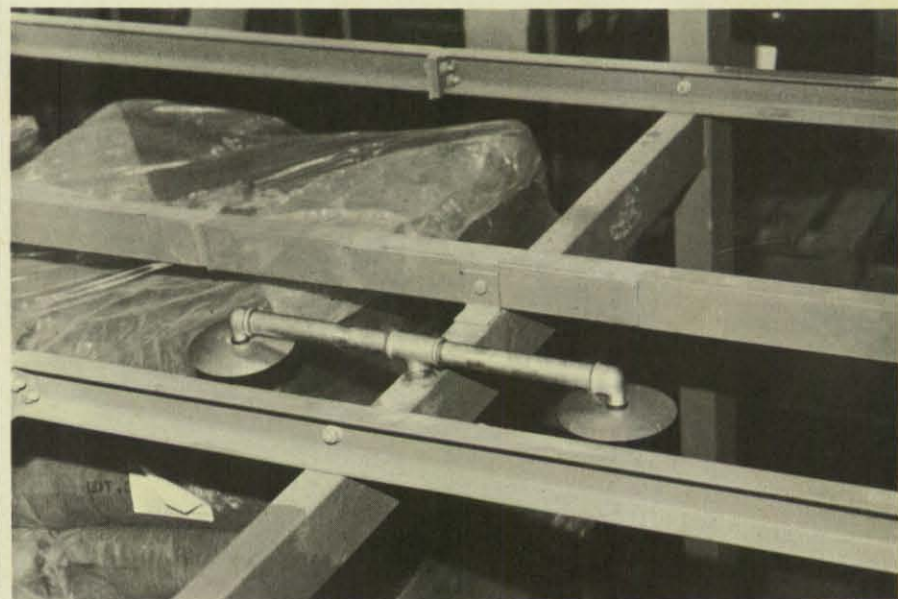
Wasser im Regalsystem-Innenen kühlt im Brandfall die Konstruktion,

kürzere Montagezeit des Systems auf der Baustelle, daher frühere Inbetriebnahme,

System kann gleichzeitig als Heizungsanlage mit niedriger Oberflächentemperatur dienen,

gute Raumausnutzung durch statisch günstige Rechteckrohre, daher weitgehender Verzicht auf Aussteifungen.

(Foto: Krupp)



Neue Bücher

Sicherheit, Brand- und Katastrophenbekämpfung, Notfallrettung

Herausgegeben vom Bundesminister für Forschung und Technologie
Deutscher Gemeindeverlag, Köln

Der vorliegende Band enthält die Vorträge und Diskussionsbeiträge, die auf dem 2. Statusseminar „Sicherheit, Brand- und Katastrophenbekämpfung, Notfallrettung“ des Bundesministers für Forschung und Technologie 1981 in Köln gehalten worden sind.

Anerkannte Fachleute, Projektleiter und Entwicklungsingenieure stellen in dem Buch die Ergebnisse und neuen Erkenntnisse ihrer Untersuchungen sowie ihrer Forschungs- und Entwicklungsarbeiten auf dem Gebiet der Sicherheit, Brand- und Katastrophenbekämpfung und der Notfallrettung vor.

Folgende Themen werden behandelt: Sicherheit wirtschaftsnotwendiger Transportabläufe, Brandsicherheit – vorbeugender Brandschutz, neue Technologien zur Brand- und Katastrophenbekämpfung, verbesserte Technologien zur Notfallrettung und Katastrophenmedizin.

Durch die Themenvielfalt ergibt sich ein transparentes Bild dieses Sachgebietes der technischen Sicherheit, das heute einen hohen Stellenwert in der Öffentlichkeit besitzt. Das Buch zeigt aber auch, welcher Entwicklungsaufwand getrieben werden muß, um die Bevölkerung noch besser vor Gefahren zu schützen. Es schließt an den Bericht des BMFT über das 1. Statusseminar „Sicherheit und Brandbekämpfung“ aus dem Jahre 1979 an und dokumentiert damit auf zahlreichen Teilgebieten die zwischenzeitlich erreichten Fortschritte bei den größeren Förderprojekten.

Der Leser erhält nicht nur Einblick in komplizierte Entwicklungsvorgänge, sondern kann dem Buch auch entnehmen, welches umfassende technische Poten-

tial, welche Geräte und Spezialfahrzeuge von der öffentlichen Hand vorgehalten werden müssen, damit Katastrophen verhindert bzw. bekämpft werden können.

Für den Fachmann enthält der Bericht wertvolle Denkanstöße, zugleich soll er auch zu Überlegungen anregen, wie in zukünftigen Jahren das hohe Niveau der Sicherheit weiter ausgebaut werden kann.

Ergänzungslieferungen zu Sammelwerken

Töpfer/Lind
Notstandsrecht der Bundesrepublik Deutschland
73. Ergänzungslieferung
Verlag R. S. Schulz, Percha

Mit der Vielzahl von Änderungen und Ergänzungen wird das Werk auf den Stand vom 1. September 1982 gebracht. Im Bereich Bundesrecht wurden die Endlagervorausleistungsverordnung, die Seeschiffahrtsaufgaben-Übertragungsverordnung und die Bekanntmachung über die Festsetzung des allgemeinen Kennzeichens für den Zivilschutz neu aufgenommen. Darüber hinaus wird mit der Ergänzungslieferung das Landesrecht von Rheinland-Pfalz aktualisiert.

Heinz Schmidt
VbF-TRbF
16. Ergänzungslieferung
Deutscher Fachschriften-Verlag
Braun GmbH & Co. KG, Wiesbaden

Die Ergänzungslieferung bringt das Werk auf den Stand April 1983. Neben verschiedenen Aktualisierungen werden die vom DAbF verabschiedeten TRbF 002 – Teil 1, TRbF 280, die Neufassung der TRbF 141, Änderungen und Ergänzungen von TRbF sowie Beschlüsse des DAbF aufgenommen bzw. in bestehende TRbF eingearbeitet.

Gerdemann/Korbmann/Kutter/Stramka
Krankentransport und Rettungswesen
22. Ergänzungslieferung
Erich Schmidt Verlag GmbH, Bielefeld

Die Aktualisierung der Beförderungsentgelte für zahlreiche Städte Hessens, Niedersachsens und Nordrhein-Westfalens steht im Mittelpunkt der Lieferung. Daneben sind die Änderungen von Vereinbarungen zwischen Rettungsdienstorganisationen und Krankenkassen in

Hamburg und Rheinland-Pfalz sowie als Neuaufnahme die Satzung der Rettungsstiftung Saar enthalten.

Feuerwehr & Modell

Unabhängige Zeitschrift für den Feuerwehr-Fan und Modellbauer
A. Jenke Verlag, Gehrden

Die neu auf den Markt gekommene Zeitschrift wendet sich speziell an die Sammler und Modellbauer im Kreise der Feuerwehr. Die Zeitschrift soll in erster Linie ein Arbeitsblatt darstellen. Aus diesem Grunde wurde auch das Format DIN A 5 gewählt, das auf jedem Modellbauertisch Platz findet.

Die reich bebilderte Zeitschrift informiert über Marktneuheiten und Bezugsquellen. Ebenfalls werden Umbauberichte gegeben und besonders zu empfehlende Modelle vorgestellt. Die Berichte über Originalfahrzeuge sollen Anregungen für den Modellbau geben. Von besonderer Bedeutung für den fachlich interessierten Feuerwehrmann dürften die Vorstellungen von Feuerwachen und Werkfeuerwehren mit ihren Spezialfahrzeugen sein.

Bei den Freunden des Modellbaus wird die zweimonatlich erscheinende Zeitschrift mit ihrer Fülle an Informationen sicher auf ein besonderes Interesse stoßen.

Arbeitssicherheit und Unfallverhütung im öffentlichen Dienst

Von Michael Graßl und Volker Sinks
ecommed-Verlag, Landsberg

Das Handbuch geht auf die besonderen Arbeitssicherheits-Gegebenheiten und Rechtsgrundlagen in Dienststellen und Betrieben der öffentlichen Hand ein und wendet sich speziell an Behördenleiter, Fachkräfte für Arbeitssicherheit, Betriebsärzte, Mitglieder des Arbeitsschutzausschusses, Sicherheitsbeauftragte, Personalräte und Arbeitsschutzbeauftragte im öffentlichen Dienst.

Aus dem Inhalt:

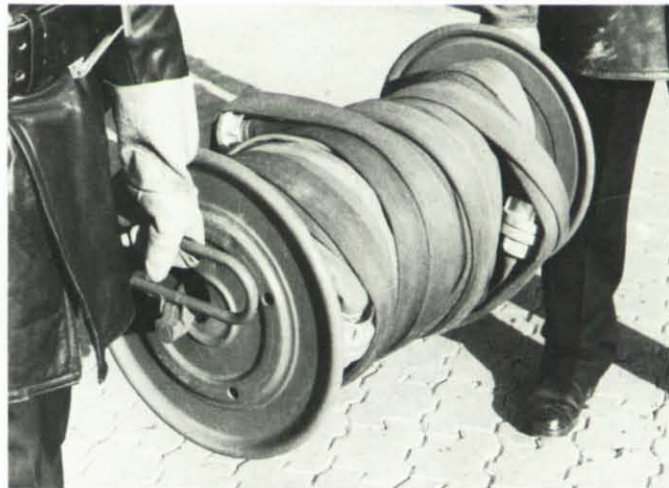
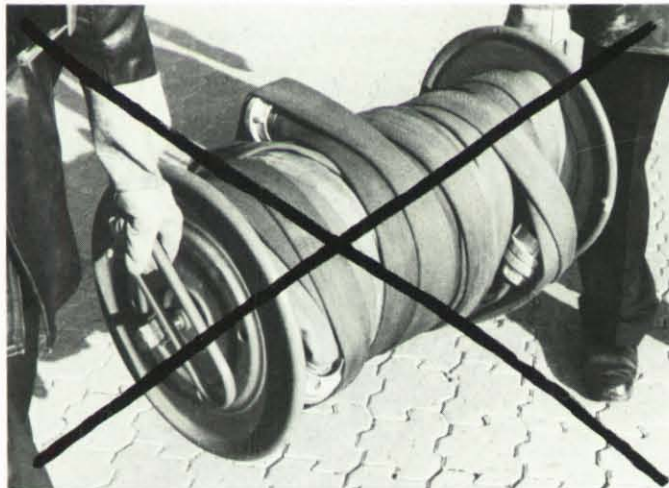
- Wichtige Fachbegriffe
- Arbeitssicherheit und Unfallverhütung im öffentlichen Dienst – Rechtsgrundlagen
- Innerbetriebliche Institutionen für Arbeitssicherheit und Unfallverhütung
- Organisationsvorschläge, -methoden und organisatorische Hilfsmittel
- Sammlung einschlägiger Vorschriften (Auszüge).

Paul Claes

Das Minimagazin

Safety first – im Brandschutzdienst

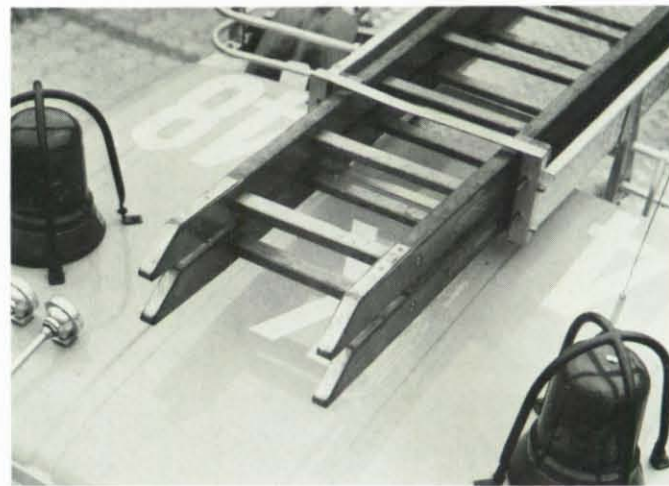
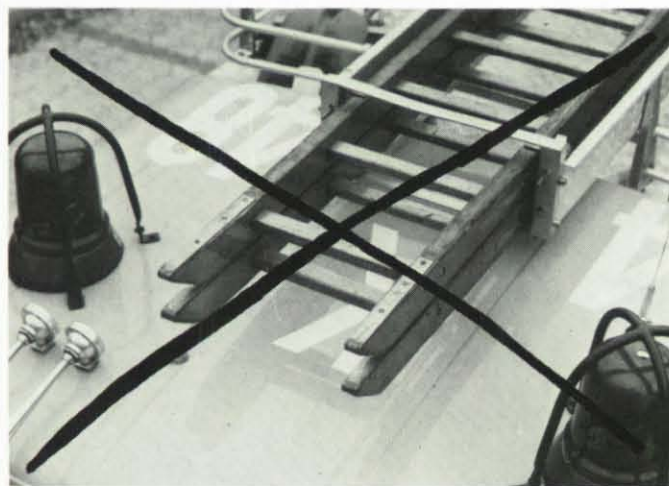
Die jeweilige Paragraphenangabe bezieht sich auf die Unfallverhütungsvorschrift Feuerwehren vom 1. Juli 1972.



Zur Vermeidung von Handverletzungen müssen die Traggriffe der tragbaren Schlauchhaspel beim Abheben vom Fahrzeug und Auslegen der Schlauchleitung stets waagrecht gehalten werden. (Vgl. § 21)



Das Hinauslehnen während der Fahrt ist untersagt, auch Arme nicht herausragen lassen. (Vgl. § 35 UVV „Fahrzeuge“)



Die Schrägflächen der Holmenden am Leiterkopf müssen bei der Lagerung auf dem Fahrzeugdach nach oben zeigen. (FwDV 10)

Eine Werkstatt auf Rädern



Der Werkstattzug, Teil der Logistikbereitschaft der Hilfszugabteilungen des Deutschen Roten Kreuzes, führt im Einsatzraum mit eigenen Mitteln u. a. die Wiederherstellung der Fahrbereitschaft liegengebliebener Fahrzeuge durch, stellt die Versorgung mit Ersatzteilen, Bereifung sowie Betriebsstoff sicher und hält das technische Gerät der Hilfszugabteilung instand.

Neben verschiedenen Lastkraft-, Geräte- und einem Abschleppwagen gehört zur Ausstattung des Werkstattzugs auch ein Instandsetzungswagen. Er ist u. a. ausgerüstet mit einer Drehmaschine, einem elektrischen und autogenen Schweißgerät, einer Feldschmiede, einer hydraulischen Presse, einem Reifenvulkanisiergerät, einer Doppelschleifmaschine sowie einer Standbohrmaschine.

Zusätzliche Geräte sind an den Wänden der hinteren Türen untergebracht; die vielen Schubladen füllen Werkzeug und Kleinmaterial. Für Elektrizität sorgt ein bordeigenes Notstromaggregat. Ein schnell aufgebautes Vorzelt erweitert die Räumlichkeit und schützt vor Regen.

Unser Titelbild und die Fotos auf dieser Seite geben einen Einblick in die umfangreiche Ausstattung dieser „rollenden Werkstatt“.